

HERBST 2020 WWW.ZENITH.ME

zenith

DOSSIER 10 JAHRE ARABISCHER FRÜHLING

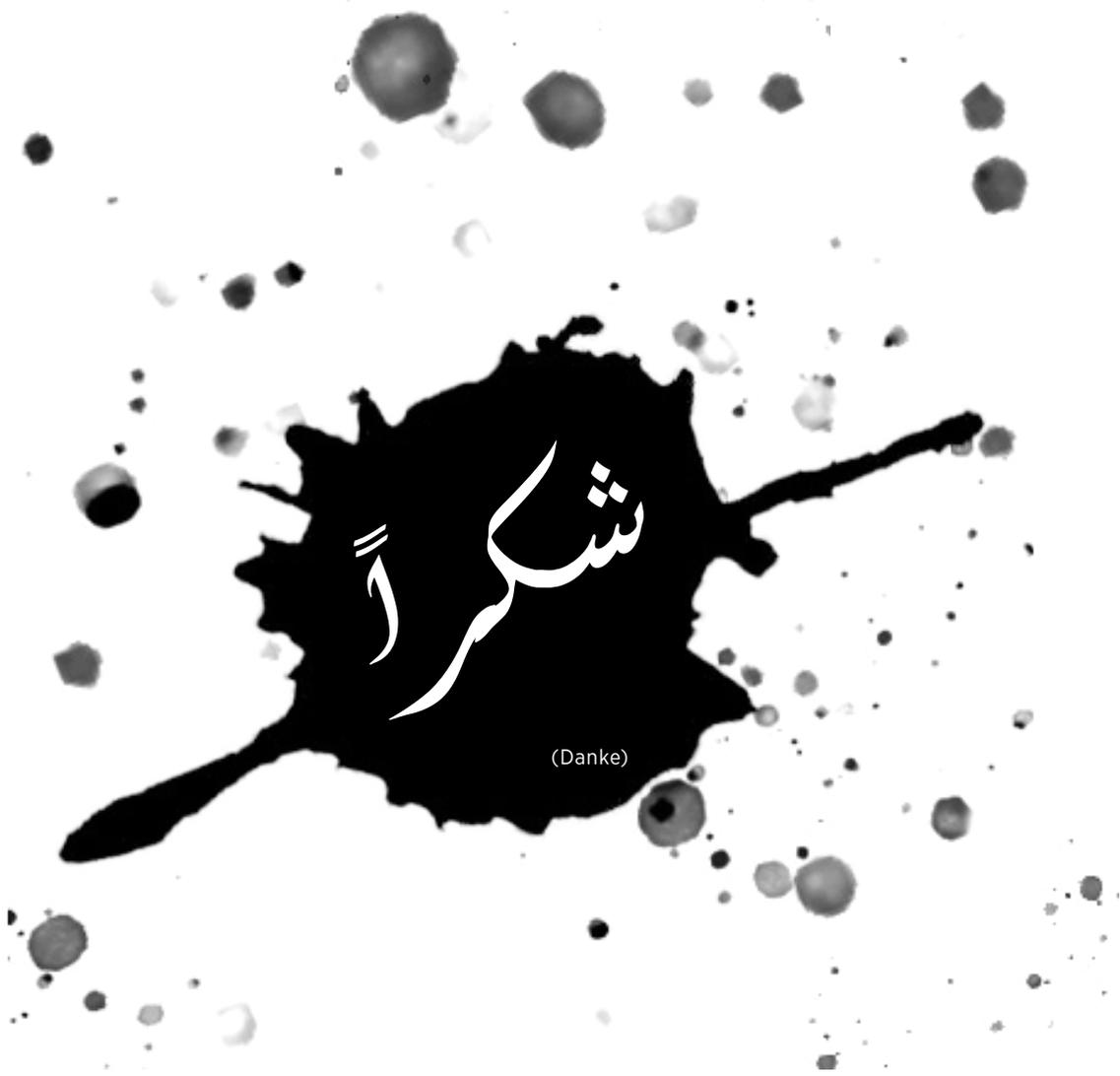
DAS ARABISCHE JAHRZEHNT

ÜBER EINE ZEITENWENDE

FRIEDRICH
EBERT 
STIFTUNG

zenith

candid 



(Danke)

Das Dossier zu 10 Jahren
Arabischer Frühling (S. 40-121)
wurde gefördert durch

**FRIEDRICH
EBERT 
STIFTUNG**

Das arabische Jahrzehnt

Was 2011 begann, ist noch längst nicht vorbei



ILLUSTRATION: AYA TAREK

INHALT

DOSSIER

10 JAHRE ARABISCHER FRÜHLING

Erinnern

6 Ruhm, Exil und Depression
Portrait von Wael Ghonim

7 Aus dem Hintergrund
Portrait von Sima Abbedrabboh

8 Auf mich könnt ihr nicht bauen
Drei Jahrzehnte als Journalist in Syrien

12 Zeitsprung – Revolution und Bürgerkrieg

13 »Ben Alis Flucht war feige«
Interview mit Amel Karbouh, Ministerin a.D.

16 Wir werden es wieder schaffen!
Mit Reggae-Konzerten gegen das Regime

18 »Wir müssen wieder ganz von vorne beginnen«
Portrait von Faisal Swehli

19 Zeitsprung – Bürgerkrieg und Repression

20 Sprechen Sie Revolution?
Das zenith-Glossar zur arabischen Straße

Aufarbeiten

24 Zeugen der Anklage
In Koblenz stehen die Schlächter vor Gericht

28 Öffnet den Markt!
Wenn der Schwarzmarkt boomt

30 »Alles beginnt mit dem Tod junger Menschen«
Interview mit der Künstlerin Lara Baladi

33 Zeitsprung – Restauration und Staatszerfall

34 Neue Bässe braucht das Land
Die kreative Explosion der Musik in Libyen

38 Das grüne Tuch
Portrait von Ibrahim Shebani

39 Das Paradies ist immer anderswo
Eine Reise von Dortmund in den Dschihad

44 Unser Frühling, euer Scheitern
Wir wollten ein Teil des Arabischen Frühlings sein

46 Die Geister unter der Stadt
In Mosul liegen noch immer Leichen in den Trümmern

52 Zeitsprung – Andauernde Proteste

53 Mittendrin
Portrait von Abdul Baset Al-Sarout

54 Ein Umsturz kommt selten allein
Die ägyptischen Revolutionen in den Schulbüchern

Weitermachen

58 Wir sind Schmuggler
Lina Attalah, über das, was sie antreibt

61 Mutter Tahrir
Portrait von Laila Soueif

62 Der Tod macht große Literatur
Schriftsteller verarbeiten die Krise

64 Plan B
Wie das Beirut von morgen aussehen müsste

69 »Ich fühlte mich wie in einem Computerspiel«
Aya Tarek zu ihren Illustrationen

70 Keine Partei, kein Problem
Der Präsident möchte ein Parlament ohne Parteien

71 Zeitsprung – Übergang und Überleben

72 Frühling im Oktober
Die Menschen im Irak wollen sich endlich sicher fühlen

74 Bilder, Bots und Bouteflika
Wenn junger Medienaktivisten das Regime entlarven

76 »Wir brauchen Frauenquoten«
Interview mit der Sudan-Expertin Kholood Khair

79 Agenda 2021
Die junge Generation will jetzt mitgestalten

80 Zähne zeigen, Europa
Die Reformer brauchen unsere Hilfe mehr als je zuvor



ehn Jahre sind vergangen, seit Proteste und Aufstände die Arabische Welt veränderten. Über die epochale Bedeutung des Arabischen Frühlings lässt sich streiten, ebenso über dessen Bilanz. Vordergründig sieht sie so aus: Nur in einem einzigen Land hat sich seit 2011 eine fragile Demokratie entwickelt. Deutlich mehr Länder der Region erlebten Kriegschao oder die Restauration repressiver, autoritärer Regime. Aber vielleicht ist das Entscheidende am Arabischen Frühling eher, dass er Alternativen aufzeigte. Möglichkeiten, Politik, Staat und Gesellschaft anders zu gestalten.

So jedenfalls blickt die ägyptische Journalistin Lina Attalah im vorliegenden Dossier auf Ägypten, wo die Hoffnungen auf Demokratie der Ernüchterung über eine autoritäre Regression gewichen sind: als eine Möglichkeit von vielen. Nur deshalb sieht sie noch einen Sinn in ihrer Arbeit – wissend, dass auch bessere Szenarien möglich sind (Seite 58).

Vor zehn Jahren entfaltete sich dieser Möglichkeitsraum. Dass die arabischen Staaten mal anders beherrscht werden könnten als durch Autokraten wie Ben Ali in Tunesien, Mubarak in Ägypten, Saleh im Jemen oder Gaddafi in Libyen, war bis zu diesem Zeitpunkt zwar theoretisch möglich, gleichwohl jedoch kaum vorstellbar.

Das ist heute anders. Seit 2019 gibt es neue Massenproteste in der Region, diesmal allerdings in Ländern, an denen die »erste Welle« des Arabischen Frühlings vorbeirollte. So unterschiedlich die Umstände in Algerien, im Sudan, im Irak und im Libanon auch sein mögen: Der Traum von einem möglichen Wandel wäre ohne 2011 wohl kaum so stark.

Anders ist heute auch der Blick auf Despoten, die dem An-

sturm der Massen trotzen und – wie während der aktuellen Corona-Pandemie – immer wieder Vorwände suchen, um Demonstrationen und freie Meinungsäußerung zu unterdrücken. Auch dies ist eine Folge: In Syrien ließ das Regime die Proteste brutal niederschlagen. Es folgte ein bewaffneter Aufstand mit Unterstützung regionaler Mächte und schließlich ein weltpolitischer Konflikt, der mittlerweile seit einem Jahrzehnt andauert.

Viele der Hoffnungsträger von einst, aber auch viele Berichterstatter sind seitdem verschwunden oder weitergezogen. Einer, der den Krieg und das internationale Ringen um Syrien von Anfang an beobachtet hat, ist der Journalist Ibrahim Hamidi, diplomatischer Korrespondent von *As-harq al-Awsat* und Syrer aus der Provinz Idlib. In diesem zenith-Dossier erzählt der sonst um Objektivität und Distanz bemühte Hamidi seine persönliche Geschichte. (Seite 8)

Der Arabische Frühling – Beginn einer Zeitenwende? Diese Frage steckt im Kern dieses Hefts. Wir geben darin den Menschen Raum, die 2011 oder 2019 dabei waren. Sie erinnern sich, reflektieren, wie die Ereignisse von damals aufgearbeitet werden können, und fragen, wie es weitergehen kann.

Nicht zuletzt prägten die Kernforderungen der Revolutionen – Freiheit und soziale Gerechtigkeit – im letzten Jahrzehnt auch die Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung im Nahen und Mittleren Osten und Nordafrika. Das Dossier zum zehnjährigen Jubiläum der Umbrüche entstand in Kooperation mit und mit Unterstützung der FES und ihrer zahlreichen regionalen Büros.

Die inhaltliche und redaktionelle Gesamtverantwortung liegt wie immer bei *zenith*.

Ruhm, Exil und Depression

Wael Ghonim war so etwas wie der Netzwerker des ägyptischen Aufstands 2011. Was aus dem Aktivisten nun wurde, gibt seinen Mitstreitern Rätsel auf

VON MAGDOLIN HARMINIA

Es liegt nicht mehr als ein Jahr zwischen diesen Bildern: 2018 präsentierte sich Wael Ghonim beim Oslo Freedom Forum als nachdenklicher Aktivist des Arabischen Frühlings, seit dem Jahr 2019 zeigt er sich auf Twitter barbrüstig und dauerbrabbelnd mit Aussagen, die sich niemandem so leicht erschließen. Wie passt das zusammen?

In Oslo bezeichnete sich Ghonim als »Zufallsberühmtheit« – eingeladen war er als eine Ikone des Aufstands in Ägypten. Seine Karriere als Aktivist war alles andere als typisch. Als Google-Angestellter rief Ghonim 2010 die Facebook-Seite »We are all Khaled Said« ins Leben, in Erinnerung an den jungen Mann aus Alexandria, der in Polizeigewahrsam zu Tode geprügelt worden war.

Nicht zuletzt dank dieser Seite gelang es, Tausende, letztlich sogar Millionen von Ägyptern auf die Straße zu bringen. Ghonim wurde im Januar 2011 verhaftet und verbrachte elf Tage mit verbundenen Augen im Gefängnis. »Sie haben mir alles genommen, sogar meinen Namen. Ich wurde 41 genannt«, sagte Ghonim später. Infolge der Proteste wurde Langzeitherrscher Hosni Mubarak aus dem Amt gedrängt. Die Ägypter träumten von einer Zukunft, die »Brot, Freiheit und soziale Gerechtigkeit« versprach. Ghonim landete ganz oben auf der Liste der weltweit 100 einflussreichsten Personen des *Time Magazine*, da war er gerade 31 Jahre alt.

2012 erschienen seine Memoiren über die »Revolution 2.0«. Die Macht der Menschen sei stärker als die Menschen an der Macht, hieß es dort. Die Entwicklung in Ägypten deutete bald auf das Gegenteil hin.

Die Armee stürzte den frei gewählten Präsidenten Muhammad Morsi, der den Muslim-

brüdern verbunden war, und Feldmarschall Abdel Fatah Al-Sisi ließ sich 2014 zum Präsidenten wählen. Für viele Ägypter bedeutete die Wahl die endgültige Rückkehr des alten Regimes und das Ende der revolutionären Träume. Ghonim ging aus Kairo ins Exil nach Kalifornien, kein leichter Schritt, wie er bei seiner Rede in Oslo bekannte: »Scham und Schuldgefühle überwältigten mich, ich habe meine Sache und meine Freunde im Stich gelassen. Das hat mich in eine tiefe Depression geworfen – ein Zusammenbruch, der mir klar gemacht hat, dass meine Seele gebrochen wurde.« Ghonims zuletzt verwirrende Auftritte in den sozialen Medien lösten bei ehemaligen Weggefährten Besorgnis aus: Einige zweifelten seine psychische Gesundheit an, spekulierten, er leide an einem Posttraumatischen Stress-Syndrom.



Das *Time Magazine* bezeichnete ihn als einen der einflussreichsten Menschen weltweit – da war er gerade 31

Andere brachten die Trennung von seiner Ehefrau, der Mutter seiner beiden Kinder, ins Spiel. Aber möglicherweise bergen auch die Worte von Edward Said eine Erklärung: »Literatur und Geschichte sind voll von heroischen, romantischen, ehrenvollen und sogar triumphalen Episoden im Leben eines Exilanten – sie sind aber nicht mehr als das Bemühen, mit dem lähmenden Schmerz der Entfremdung umzugehen.«

Aus dem Hintergrund

Die Syrerin Sima Abbedrabboh scheint gleichzeitig für und gegen die Aufstände gearbeitet zu haben. Wie kann das gehen?

VON ANNIKA SCHARNAGL

Die Syrerin Sima Abbedrabboh schafft es, auf zwei Stühlen gleichzeitig zu sitzen und sich von einem Interessenskonflikt nicht zerreißen zu lassen. Im Jahr 2010 arbeitet sie als Regierungsberaterin in den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE), als sie ihr Engagement als Aktivistin des Arabischen Frühlings beginnt. Dabei scheint es fast so, als würde sie gleichzeitig für und gegen die Aufstände in der Region arbeiten. Denn die VAE entwickeln sich in dieser Zeit zu einer Kraft, die autoritäre Systeme wie etwa in Ägypten stärkt und versucht, den Umbrüchen Einhalt zu gebieten.

Abbedrabboh wurde in Damaskus geboren, dort erhielt sie ihren Universitätsabschluss in Archäologie. Es folgen weitere – in Frankreich wird sie zur Fachübersetzerin ausgebildet, in London studiert sie Global Diplomacy. Ihr Sprachtalent öffnet ihr viele Türen. Von Dubai aus vernetzt sie Aktivist:innen, die sich in Ländern wie Tunesien und Syrien für mehr Demokratie und Freiheit einsetzen. Sie stellt Kontakte her zwischen internationalen Medien und Geldgebern, auch für Kräfte der syrischen Opposition. Dabei hilft sie, die Verbrechen von Diktatoren gegen Zivilisten und Demonstranten aufzudecken.

Ihr offizieller Arbeitsplatz ist allerdings im Büro von Muhammad Bin Rashid Al Maktum, des Premierministers der VAE. Um ihre Arbeit in Dubai nicht zu beeinträchtigen, bleibt die heute 44-Jährige stets im Hintergrund. Eine bedeutende Strippenzieherin des Arabischen Frühlings ist sie trotzdem.

Immer wieder, sagt Abbedrabboh gegenüber *zenith*, habe sie mit dieser ambivalenten Position gehadert. 2013 entscheidet sie dann, sich voll und ganz ihrem Aktivismus zu widmen. Im »Netzwerk der Demokraten der Arabischen Welt« versucht sie, ihre eigenen Ziele

zu verwirklichen. Sie will der jungen Generation eine Zukunft ermöglichen, in der Stimmen bei Wahlen Wirkung erzielen, und mehr Frauen ermutigen, für ihre Rechte einzustehen. Aber mit Aktivismus allein kommt sie nicht über die Runden. 2015 kehrt Abbedrabboh auf ihren Posten in den Emiraten zurück. Der Standort Dubai und die feste Arbeitsstelle bringen für sie als Aktivistin schließlich auch Vorteile: Einerseits ist sie Anlaufstelle für Demonstrant:innen aus den Ländern der Region, die ihr Informationen zuspielen, andererseits ist sie durch ihre Arbeit finanziell unabhängig von Geldgebern und deren Einfluss.

Doch um diese gegensätzlichen Rollen auszufüllen, muss die Syrerin einen hohen Preis bezahlen. Ihre Ehe endet nach 18 Jahren mit einer Scheidung, und sie steht vor dem anhaltenden Problem, keine offiziell bekannte Stimme des Aufstands zu



Um ihre Arbeit in Dubai nicht zu beeinträchtigen, bleibt die heute 44-Jährige stets im Hintergrund

sein. Wenn sie sich auf dem Parkett der europäischen Politik für Aktivist:innen einsetzt, dann bezeichnet sie sich als Stimme der Stimmlosen. Da ihre eigene Rolle jedoch nie öffentlich preisgegeben wurde, bleibt sie selbst ohne Stimme und muss sich die Kontakte zu Gesprächspartnern jedes Mal neu erarbeiten. Das ist mühsam.

Dennoch, sagt sie, habe das letzte Jahrzehnt gezeigt, wie autoritäre Führungen in der Arabischen Welt gestürzt werden können. Das erlebt zu haben, sei ein Glück, so Abbedrabboh gegenüber *zenith*. Und ganz unbeteiligt daran war sie ja auch nicht.

AUF MICH KÖNNT IHR NICHT BAUEN



Ibrahim Hamidi berichtet seit 30 Jahren aus und über Syrien. Er reiste mit den Assads durch Europa, saß in Damaskus im Gefängnis und gilt beiden Seiten als Verräter

VON IBRAHIM HAMIDI

Aus dem Arabischen von Michael Nuding

A

ls Journalist in einem Land wie Syrien ist es schwierig, am eigenen Beruf und dessen Grundsätzen festzuhalten. Es gibt genau eine Erzählung: die Erzählung des Regimes. Egal, ob man selbst von dieser überzeugt ist oder nicht, man muss sich ihr unterordnen. Journalisten stehen in der ersten Reihe, wenn es darum geht, die Erzählung der Herrschenden zu vermitteln.

Während meiner mehr als zwanzigjährigen Tätigkeit als Reporter für die Zeitung *Al-Hayat* in Damaskus bemühte ich mich stets, die Erzählung der Regierung in aller Genauigkeit wiederzugeben. Gleichzeitig versuchte ich,

die Vielfaltigkeit der syrischen Gesellschaft, Politik, Wirtschaft und Kultur darzustellen. Es war gefährlich, die Buntheit Syriens aufzuzeigen – in diesem Land gibt es nur eine Farbe, nur eine Geschichte, nur eine Partei, nur einen Herrscher.

Meine Versuche kosteten mich viel: Ich saß sechs Monate in Gefängnissen ein, stand weitere sechs Monate unter Hausarrest. Sieben Mal entzog mir die Regierung meine journalistische Lizenz. All dies, obwohl ich nicht einmal zur Opposition gehörte. Im Laufe dieser zwanzig Jahre baute ich professionelle und persönliche Beziehungen zu den meisten syrischen Offiziellen auf, führte mehrere Interviews mit Präsident Baschar Al-Assad und reiste mit ihm nach Europa sowie in die Nachbarländer – ich wollte diese Besuche möglichst farbenfroh erklären.

In diesen zwanzig Jahren lernte ich sowohl den Palast als auch das Gefängnis kennen. 2011 bekam meine Geschichte eine neue Dimension. Erst dann wurde mir klar, wie komplex die Aufgabe eines objektiven Journalisten ist, der täglich über die Geschehnisse im Land berichtet. Auch ein Journalist ist nichts anderes als ein verletzlicher Mensch voller Emotionen, ein Wesen, das im Wettlauf gegen die Zeit täglich eine Geschichte erzählt.

Eines Tages im Jahr 2012 standen plötzlich Dutzende Demonstranten vor dem *Al-Hayat*-Büro in Damaskus. Sie schwenkten Hizbullah-Flaggen und hielten Bilder von Präsident Assad hoch.

Einige versuchten, die Eingangstür einzutreten, weshalb ich sofort zur Evakuierung des Gebäudes aufrief. Als ich Regierungsvertreter nach dem Grund der Proteste fragte, antworteten sie nur: »Wir können doch nicht einfach Pro-Regime-Demonstrationen verbieten.« Zu dieser Zeit wurden Anti-Regime-Demonstrationen nicht nur verboten, sondern mit aller Härte durch Sicherheitskräfte und Armee niedergeschlagen. Keiner der von mir kontaktierten Beamten verhinderte die gewaltsamen Proteste vor unserem Büro. Die Demonstranten stürmten das Haus. Wir bekamen schreckliche Angst, und der Staat beschützte uns nicht.

An einem anderen Tag wohnte ich einer Pressekonferenz von Außenminister Walid Al-Muallim bei, die live im Staatsfernsehen übertragen wurden. Am nächsten Morgen rief mich meine Familie aus der Provinz Idlib im Nordwesten Syriens an. Sie erzählten, in meiner Heimatstadt würden Flugblätter verbreitet, in denen ich als »Agent des Regimes« denunziert werde – weil ich an einer Pressekonferenz teilgenommen habe. Die Arbeit als Journalist wurde immer schwieriger: Wenn ich zu Pressekonferenzen des Regimes ging, wickelte ich die Kameras aus und stellte auch keine Fragen. Andererseits vermied ich es immer wieder, über Oppositionsaktionen oder Angriffe des Regimes auf friedliche Demonstrationen zu schreiben.

Das fiel mir nicht leicht. Ein Journalist sollte zuallererst der Sprecher des Lesers sein. Er ist derjenige, der den Anliegen und Fragen der Menschen eine Stimme gibt, indem er sie bei Konferenzen zur Sprache bringt und die Antworten für alle lesbar aufschreibt. Wie kann sich ein solcher Journalist vor Kameralinsen verstecken, um möglichst nirgends aufzutauchen? Wie kann er bewusst Demonstrationen aus dem Weg gehen?

Alle wollten uns auf ihre Seite ziehen. Viele Kollegen wurden deshalb inhaftiert oder sogar getötet, während andere freiwillig ins Exil gingen oder vertrieben wurden. Es könnte so leicht sein, einfach auf einer Seite zu stehen. Die eigentliche Schwierigkeit besteht darin, auch verschiedene Meinungen und Positionen darzustellen. Mehr als einmal sagte Präsident Assad: »Es gibt keinen Platz für graue Menschen«. Entweder ihr seid für uns oder gegen uns.

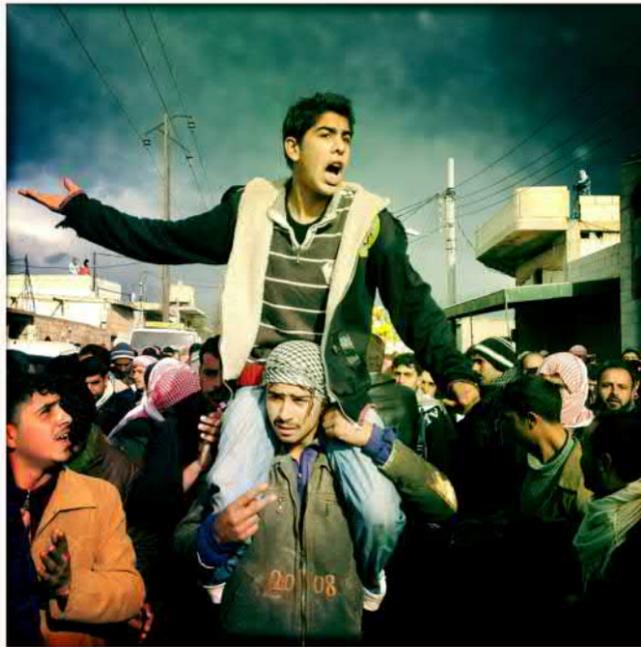
Anfang des Jahres 2014 reiste ich in die Schweiz, um von der zweiten Genfer Friedenskonferenz zu berichten. 45 Länder sowie regionale und internationale Organisationen waren vertreten. Sie alle kamen zusammen, um über die Zukunft Syriens zu entscheiden und die Konfliktparteien zu einer politischen Lösung zu drängen.

Das Hotel, in dem ich einkehrte, kannte ich. Bereits 14 Jahre zuvor, im Jahr 2000, hatte ich dort übernachtet. Damals hatte ich über ein Treffen des ehemaligen syrischen Präsidenten Hafez Al-Assad mit US-Präsident Bill Clinton berichtet. Sie wollten über die Zukunft der Region und einen israelisch-syrischen Friedensprozess entscheiden. Wäre damals ein Friedensabkommen unterzeichnet worden, würden wir heute auf ein anderes Syrien schauen – die ganze Region sähe anders aus.

Objektiver Journalismus ist nicht möglich, wenn die eigene Familie und die eigenen Freunde betroffen sind

Damals war die Dolmetscherin Buthaina Shaaban dabei, sie übersetzte die Gespräche zwischen Assad und Clinton. Nun, so viele Jahre später und gefühlt in einer anderen Welt, traf ich sie wieder in Genf – diesmal verhandelte sie mit der syrischen Opposition als offizielle Vertreterin des Regimes. Diese Reisen in die Schweiz wurden für mich zum Sinnbild der Verwandlung Syriens. Ein Land, das vom Spieler zum Spielfeld wurde. Vom Mitgestalter regionaler Politik zum internationalen Spielfeld, dessen Zukunft von anderen ausgehandelt wird.

Journalisten der *New York Times* oder des *Wall Street Journals* können versuchen, objektiv zu sein. Von einem syrischen Journalisten kann man das nur schwerlich erwarten. Wer schreibt schon objektiv, wenn die eigenen Familienmitglieder auf vielleicht sogar unterschiedlichen Seiten kämpfen? Wer kann schon mit einem kühlen, analytischen Kopf über die Mörder des Bruder oder Freundes sprechen?



Auf einer Demonstration im Umland von Homs im Jahr 2012 ruft ein syrischer Junge Parolen gegen Assads Regime.

In den 1990ern fiel es mir leicht, über die palästinensischen, irakischen oder libanesischen Krisen zu berichten. Ich traf Verantwortliche und Beteiligte unterschiedlicher Seiten und schrieb schlicht Artikel, die verschiedene Positionen widerspiegeln und möglichst gut die Fakten präsentieren. Seit 2011 schreibe ich über mich selbst, über meine Familie, meine Freunde. Stets sah ich die Gesichter meiner Lieben auf dem Notizblock oder dem Computerbildschirm – und fand einfach keinen Anfang.

Ein ganzes Jahr lang konnte ich nicht schreiben, bis ich Anfang 2013 ins Exil nach London ging. In dieser Zeit widerstand ich der Versuchung, selbst in die Politik zu gehen. Viele Syrer gaben ihren Job auf, um sich dem bewaffneten Kampf oder politischem Aktivismus – für oder gegen das Regime – zu verschreiben. Nach reiflichen Überlegungen kam ich zu dem Schluss, allen Gefahren und Versuchungen zu trotzen, und weiterhin meinen Beruf auszuüben: Journalismus, getränkt in Qualen und Schmerzen.

Anfang 2011 wehte der Wind des Arabischen Frühlings und erweckte viele Träume zum Leben. Viele verglichen diese Zeit mit den Veränderungen in Osteuropa Ende der 1980er Jahre. Wie damals träumten die Menschen auch 2011 vom demokratischen Übergang. Diesmal hingegen spielten die Sozialen Medien eine große Rolle, von Tunesien über Ägypten bis nach Syrien.

Anfangs hieß es: Das Hama-Massaker kann sich nicht wiederholen, solange es Youtube, Facebook und Twitter gibt. Die internationale Gemeinschaft würde es in Zeiten der Sozialen Medien nicht erneut dulden, wenn das Regime Zehntausende im eigenen Land niedermetzelt.

Die letzten zehn Jahre haben uns das Gegenteil gelehrt. Die Macht von Facebook und Co. entpuppte sich als Schimäre. Neue Wege der medialen Kommunikation stehen nicht nur der Opposition und ihren Anhängern, sondern auch dem Regime und all seinen Verbündeten zur Verfügung. Anfänglich erlaubte das Regime diese neuen Plattfor-

men sogar – Anfang 2011 hoben die Behörden ein Facebook-Verbot auf.

Als aus den friedlichen Protesten ein militärischer Konflikt wurde, spielten die Sozialen Medien keine große Rolle mehr. Soft Power ist nett, aber Hard Power entscheidet den Krieg. Obwohl Kameras dabei waren, als Raketen vom Himmel stürzten, als Fassbomben wie lauter Regen auf die Menschen niederprasselten. Obwohl die UN mehrere Berichte über den wiederholten Einsatz chemischer Waffen gegen die syrische Bevölkerung veröffentlichte – nicht zuletzt über den C-Waffen-Einsatz in Ghouta im Sommer 2013.

Zweifellos waren die Sozialen Medien zu Beginn der Proteste relevant, doch gleichzeitig schafften sie Illusionen. Menschen mit ähnlichen Meinungen befreundeten sich online. Alle umgaben sich mit Usern, die vielleicht andere Dinge posteten oder andere Worte fanden, aber im Kern die gleiche Sache verteidigten. So verwandelten sich Wünsche in den Köpfen der Menschen bereits zu vollendeten Tatsachen, während objektive Analysen ihre Stellung verloren und von manchen sogar verteuft wurden. Irgendwann traf das Wunschenken auf die Wirklichkeit – dass das Regime sich hielt, hinterließ bittere Enttäuschung und Frustration.

Nicht nur die Menschen lebten in ihren Blase, sondern auch die großen Medien. Wichtige arabische Fernsehsender lebten im Glauben, das Regime würde »morgen« fallen. Während die Kanäle des Regimes so taten, als wäre in Syrien alles wie immer. Als ich 2012 für einige Tage Beirut besuchte und dort den Fernseher einschaltete, bekam ich das Gefühl, in ganz Damaskus seien plötzlich Kämpfe ausgebrochen. Ich traute mich kaum, dorthin zurückzukehren. Natürlich stimmte das nicht. Wenn ich hingegen in meiner Wohnung in Damaskus saß und Staatsfernsehen schaute, fühlte ich mich, als sei ich wieder im Jahr 2010. Die Maschinengewehrsalven und dröhnenden Granatenexplosionen aus benachbarten Stadtteilen wirkten wie ein Actionfilm im Wohnzimmer der Nachbarn.



Auf einer Pro-Regime-Demonstration im Zentrum von Damaskus schwenken die Menschen große Assad-Poster.

Wie schafft es ein Journalist, in dieser Welt nicht unterzugehen? In den 1990ern diktierte ich den Londoner Kollegen die Nachrichten noch durch das Telefon. Welch große Errungenschaft die Faxgeräte waren, die wir irgendwann auf Erlaubnis des Informationsministeriums installieren durften. Allerdings musste ich an meinem auch ein Abfanggerät des Geheimdienstes anbringen, damit alle ein- und ausgehenden Nachrichten mitgelesen werden konnten.

Heutzutage liegen alle Information in Reichweite. Die Ära des traditionellen Journalismus ist vorbei. Früher mussten wir um jedes offizielle Zitat kämpfen, das wir in Texten verwenden wollten. Wir nutzten die volle Klaviatur der Sprache, um Zensurverbote geschickt zu umgehen. Inzwischen sitzen »Bürgerjournalisten« nur wenige Meter entfernt und schreiben, was auch immer sie wollen. Schlagzeilen wie »Die Menschen wollen die Hinrichtung des Präsidenten«. Eine neue Generation von Informationsaktivisten ist entstanden, die sich nicht mehr an »rote Linien« halten muss. Eine Generation, die sich das Leben im alten Regime nicht einmal vorstellen kann. Eine Generation, die sich nicht ständig auf einem Feld voller explosiver Minen bewegen muss. Aktivisten, die ihre eigenen politischen Positionen propagie-

Syrien wurde vom Spieler zu Spielfeld

ren, unterscheiden sich jedoch ganz grundlegend von Journalisten, die ihre Pflicht tun, indem sie Bilder zeichnen, die der Realität möglichst nahe kommen. Für Journalisten wurde die Arbeit angesichts des enormen Informationsflusses und der vielen politischen Agenden immer schwieriger – wie lassen sich in diesem Umfeld Informationen auf ihren Wahrheitsgehalt überprüfen?

Auf jeden Fall hat sich die Diskurshegemonie des Regimes aufgelöst – heute ist Syrien in drei Einflussbereiche unterteilt. Den Nordosten mit seiner De-Facto-Hauptstadt Qamischli, den die kurdisch-arabischen »Syrischen Demokratischen Kräfte« mit amerikanischer Unterstützung kontrollieren. Das türkisch dominierte Gebiet rund um Idlib. Sowie die Gebiete, die das Regime mit iranischer und russischer Unterstützung hält.

Diese Spaltung spiegelt sich auch im medialen Diskurs wider. Die Kriegsparteien haben Mauern zwischen ihren jeweiligen Erzählungen errichtet. Daher habe ich ein Projekt namens »Syrischer Salon« ins Leben gerufen. Ich möchte Journalisten aus Damaskus, Qamischli und Idlib zu gemeinsamen Schulungen und Workshops einladen. Im August 2020 trafen sich so erstmals seit 2011 Journalisten aus allen Teilen des Landes per Videokonferenz, um sich über Berufsethik im Kriegsjournalismus auszutauschen.

Syrien, wie wir es kennen, existiert nicht mehr, weder politisch noch medial. Eine neue Generation junger Medienmacher gedeiht im Exil und betreibt neue Zeitungen und digitale Nachrichtenportale.



In Homs verbrennen Demonstranten eine russische Flagge und ein Bild von Präsident Assad.

Währenddessen versucht das Regime, die Mauern der Angst in den von ihm kontrollierten Gebieten erneut hochzuziehen. Nachdem es die territoriale Kontrolle zurückerobert konnte, begehrt es vermutlich nichts so sehr wie die absolute Hoheit über den medialen Diskurs. Deshalb zensiert Assad mit aller Strenge. Das jüngste Beispiel hierfür ist der Umgang mit der Corona-Pandemie: Berichte weisen auf die Ausbreitung des Virus in Damaskus und allen Regimegebieten hin. Laut Regierungsangaben hat das Virus weite Teile des Landes jedoch noch gar nicht erreicht.



Ibrahim Hamidi, geboren 1969 in Idlib, ist Außenpolitik-Redakteur der Tageszeitung Asharq al-Awsat mit Sitz in London. Vorher arbeitete er 22 Jahre lang in Damaskus als Bürochef für die Zeitung Al-Hayat und den Libanesischen Fernsehsender LBC. Er ist zudem Berater für das Syrien-Programm des Thinktanks Middle East Institute in Washington.

REVOLUTION UND BÜRGERKRIEG

Syrien

16. Februar 2011

In der Stadt Deraa werden mehrere Kinder verhaftet – an einer Schule waren regimekritische Graffiti an die Wände gemalt worden. Aus Protest demonstrieren zunächst in Deraa, später auch in anderen Städten Tausende für mehr Freiheiten.

22. April 2011

Die Sicherheitskräfte gehen gewaltsam gegen Massenproteste vor, die in zahlreichen Städten nach den Freitagsgebeten losziehen. Viele Demonstranten werden getötet. Das Regime riegelt Hochburgen des Protests ab. In der Folge organisiert sich die syrische Opposition im Exil.

6. März 2013

Dschihadisten erobern die Stadt Raqqa. Zunehmend übernimmt der »Islamische Staat im Irak und Syrien«, später IS, die Kontrolle. Ab Herbst 2014 kämpft eine internationale Militäralianz gegen den IS.

7. Dezember 2016

Regierungstruppen erobern mit russischer und iranischer Hilfe die Stadt Aleppo zurück. Die Schlacht legt weite Teile der zweitgrößten Stadt Syriens in Schutt und Asche. Militante Islamisten und Regierungsgegner ziehen sich nach Idlib zurück.

19. Dezember 2019

Das Regime verstärkt seine Angriffe auf die Region Idlib, das letzte von Rebellen gehaltene Gebiet. Dabei kommt es zu Kämpfen gegen türkische Soldaten, die in Idlib stationiert sind. Im Nordosten des Landes brechen immer wieder Kampfhandlungen zwischen US-amerikanischen und russischen Truppen aus.

Tunesien

17. Dezember 2010

Der Gemüsehändler Mohamed Bouazizi verbrennt sich selbst aus Protest gegen Polizeiwilkkür in der Stadt Sidi Bouzid.

13. Januar 2011

Präsident Zine el-Abidine Ben Ali flieht nach wochenlangen Protesten nach Saudi-Arabien. Das Militär hatte sich zuvor auf die Seite der Demonstranten gestellt.

26. Januar 2014

Nach zwei Verhandlungsjahren nimmt die konstitutionelle Versammlung mit Zwei-Drittel-Mehrheit die neue Verfassung an – ein wesentlicher Streitpunkt war die Rolle des Islam in Staat und Gesellschaft.

18. Mai 2015

Bei einem Terroranschlag auf das Nationalmuseum von Bar-do werden 22 Menschen getötet, darunter viele Europäer. Gut zwei Monate später tötet ein Attentäter 38 Menschen in einem Hotel in Port el-Kantaoui bei Sousse.

13. Oktober 2019

Die Tunesier wählen den parteilosen Kais Saied zum neuen Präsidenten. Der Sieg des konservativen Anti-Establishment-Kandidaten drückte die hohe Unzufriedenheit der Bevölkerung mit den seit 2011 dominierenden Parteien aus.

»Ben Alis Flucht war feige«



Zwei Stunden Zeit hatte die tunesische Unternehmerin Amel Karboul für die Entscheidung, als Ministerin der Regierung beizutreten. Ihrem Land wünscht sie auch heute mehr Macher in der Politik

INTERVIEW: MORITZ BEHRENDT

W

ann haben Sie in den Jahren 2010 und 2011 das erste Mal gedacht, dass in Tunesien etwas Großes passiert, dass wirklich Veränderung bevorsteht?

Amel Karboul: Ziemlich früh, ich weiß gar nicht warum. Der 17. Dezember 2010, als Muhammad Bouazizi sich selbst verbrannte, war ein seltsamer

Tag. Ich sollte eigentlich von Deutschland aus nach Südafrika fliegen, aber wegen eines Schneesturms verpasste ich den Flieger. Als ich sah, was in den Sozialen Medien geteilt wurde, hatte ich sehr schnell das Gefühl, dass hier etwas Großes geschieht.

Hatten Sie erwartet, dass Präsident Ben Ali gestürzt werden könnte?

Zu diesem Zeitpunkt noch nicht. Klarer wurde es mir, als in Sfax im Januar Polizisten auf Demonstranten schossen und die Menschen einfach weitermarschierten. Da habe ich mir gedacht, Wow, wenn man die Angst vor dem Tod verliert, dann ist man unbesiegbar. Als Ben Ali das Land verließ, haben viele Tunesier das auch als eine Art Verrat an Tunesien empfunden. Sie hatten Angst vor einem Vakuum. Anfangs hatten wir eher gehofft, dass er Verständnis für die Proteste zeigen und größere Reformen anstoßen würde oder zurücktritt und den Weg für eine Übergangsregierung freimacht. Aber einfach so abzuhaufen, das war schon ziemlich feige. Doch natürlich war das auch ein tolles Gefühl, und zwar überall im Land. Und es hat positiv überrascht, wie gut alle Institutionen auch weiter funktionierten. Selbst die Wasser- und Stromversorgung.

Hatten Sie keine Angst, das Land würde im Chaos versinken?

Das war ja immer Ben Alis Argument gegenüber westlichen Regierungen: Nur ich kann für Sicherheit sorgen.

Es gab schon Momente der Angst, Dörfer und Nachbarschaften verbarrikierten sich. Aber die Angst war möglicherweise größer als die tatsächliche Gefahr. Wir erlebten eine unglaubliche Solidarisation – viele kamen zusammen und lernten zum ersten Mal ihre Nachbarn wirklich kennen – ein bisschen wie zurzeit in England während der Covid-Pandemie, wenn donnerstags immer alle für die Krankenpflegerinnen und Ärzte klatschen.

Aber dann kamen doch auch immer wieder Momente, in denen nicht ganz klar war, wie es mit dem Land weitergeht, etwa nach der Ermordung des linken Oppositionspolitikers Chokri Belaid im Februar 2013 ...

Ja, aber ich denke, da hat man sehr schnell gesehen, wie ungewöhnlich das für viele Tunesier war. Tunesien ist anders als manch anderes arabische Land, in denen politische Morde weit häufiger vorkommen. Vor allem die Frauen haben sich erhoben, um zu zeigen, dass sie nicht in eine andere Art von Gesellschaft rutschen wollten. 2011, nach der anfänglichen Euphorie, war die Enttäuschung bei vielen groß, dass die Islamisten von Ennahda die Wahl zur verfassunggebenden Versammlung gewannen, aber die Zivilgesellschaft hat immer für ausreichend demokratische Kontrolle gesorgt.

Wie kam es eigentlich, dass Sie in die Politik gegangen sind?

Ich wurde gefragt und ich habe »Ja« gesagt. Lustigerweise war ich zu dem Zeitpunkt gerade wieder in Südafrika. Nach dem turbulenten Sommer 2013 – in Ägypten waren die Islamisten gestürzt worden und auf den Sit-ins auf dem Bardo-Platz in Tunis wurde der Rücktritt der Regierung gefordert – hatte die Ennahda Angst, dass ihr Ähnliches passieren könnte. Im Winter wurde dann Mehdi Jomaa beauftragt, eine Technokraten-Regierung anzuführen. Erst fragte mich einer seiner Berater, ob ich bereit wäre, das Umwelt- oder das Tourismusministerium zu übernehmen. Beim Tourismus war meine Hoffnung, in kurzer Zeit mehr verändern zu können – wir wussten ja nicht, wie lange wir im Amt bleiben würden. Dann hörte ich eine Weile nichts, bis mich Mehdi Jomaa höchstpersönlich anrief und fragte, ob ich dabei sein möchte, die erste Demokratie der arabischen Welt aufzubauen. Er gab mir zwei Stunden für die Entscheidung.

Wie groß war Ihre Hoffnung, wirklich schnell und viel ändern zu können?

Die Stimmung in der Regierung war sehr positiv, wir waren ein geschlossenes Team. Unsere Hausaufgabe war klar: die Übergangsphase zu Ende zu bringen und freie Wahlen zu ermöglichen. Gleichzeitig sollten und wollten wir Reformen starten, und ich denke, dass wir das geleistet haben. Der Übergang von unserer zur nächsten Regierung war ein berührender Moment – zum ersten Mal in der arabischen Welt hat eine frei gewählte Regierung die Macht friedlich übernommen. Viele hatten gegen uns gewettet, aber wir haben es geschafft: Die Wahlen waren transparent und demokratisch.

»AUCH IN SIEBEN JAHREN BIN ICH NOCH JUNG GENUG, UM IN DIE POLITIK ZU GEHEN«

Im Ausland wird Tunesien als Musterbeispiel dafür gesehen, parteipolitisch organisierte Islamisten in den politischen Prozess einzubeziehen und damit auch einzuhegen. Liegt das an der Ennahda oder an der Reife der tunesischen Gesellschaft?

Ich denke, das liegt daran, dass die Tunesier bei allen politischen Differenzen ein sehr klares Bild von der Gesellschaft haben, in der sie leben wollen. 2011 hatten sogar noch Uni-Professoren für die Ennahda gestimmt – mit dem Argument, dass sie unter Ben Ali und Bourguiba unterdrückt wurden, und dass die Islamisten gut organisiert seien. Inzwischen ist Ennahda geschwächt – Umfragen sehen sie bei etwa 22 Prozent. Sie hatte ja auch die Chance, zu regieren, und die Tunesier haben gemerkt, dass sie auch nicht besser regiert als andere. Stattdessen hat sie dazu beigetragen, dass die Korruption anstieg, während sich die Lage der Tunesier kaum verbesserte.

Besteht in Tunesien vielleicht, ähnlich wie in Deutschland, ein großer Wunsch nach Konsens, anders als etwa in Großbritannien oder den USA, wo Politik viel stärker polarisiert?

Als Ministerin habe ich gemerkt, dass die Tunesier viel Wert auf Konsens legen und Konfrontationen lieber aus dem Weg gehen. Ich war eine der wenigen, die mal auf den Tisch gehauen haben. Ich erinnere mich daran, dass es in meinem Team große Aufregung gab, als die Reisebüros streikten. Da dachte ich mir: Die können meinetwegen sechs Monate streiken, das ist ihr demokratisches Recht, aber ich lasse mich davon nicht unter Druck setzen. Natürlich bleibe ich im Gespräch mit ihnen, aber ich habe meinen Posten, um eine Strategie durchzusetzen. Vielleicht bin ich da doch angelsächsisch in meiner Haltung und finde es sinnvoll, offen mit Konflikten umzugehen, und dass es nicht immer Konsens braucht.

Sie waren nur ein gutes Jahr im Amt: Bei welchen Projekten sind Sie traurig, dass Sie sie nicht zu Ende gebracht haben?

Da gibt es viele. Schon als ich das Amt antrat, wurde mir oft gesagt: Warum fängst du denn mit dieser großen Reformstrategie an? Die braucht bestimmt zehn Jahre, aber du bist vielleicht nur andert-halb Jahre im Amt.

Was haben Sie den Skeptikern entgegnet?

Wenn ich jetzt anfangen, dann sind danach nur noch neun Jahre übrig. Alle Minister, die vor mir im Amt waren, sagten mir, dass sie es bereut haben, die großen Reformen nicht angestoßen zu haben. Ich glaube an den Staat, an die Institutionen und habe mir gesagt, ich fange einfach an. Es freut mich, wenn ich jetzt lese, dass bestimmte Reformen aus meiner Amtszeit noch umgesetzt werden.

Hätten Sie damals gerne weitergemacht?

Aus persönlicher Sicht nicht. Für mich, meine Kinder, meine Familie war schon ein großes Opfer. In letzter Zeit bin ich mehrfach gefragt worden, ob ich bei den nächsten Wahlen kandidieren möchte. Im Moment will ich mich aber auf die Arbeit an der internationalen Bildungsinitiative konzentrieren, der ich vorstehe. Und ich möchte für meine Kinder da sein, bis sie aus dem Haus sind. Aber in sieben Jahren werde ich auch noch jung genug sein, um Politik zu machen – wenn ich das dann will.



Amel Karboul, 47, arbeitete für mehrere globale Konzerne und gründete ihr eigenes Beratungsunternehmen, bevor sie 2014 zur Tourismusministerin in der Übergangsregierung von Mehdi Jomaa wurde. Zurzeit ist sie Vorstandsvorsitzende der Bildungsinitiative »Education Outcomes Fund«. Karboul lebt in London.

Kurz nach Ihrer Amtszeit folgten die Anschläge auf das Bardo-Museum und das Hotel in Port el-Kantaoui bei Sousse. Wie sehr leidet der tunesische Tourismus noch immer an den Folgen der Anschläge von 2015, bei denen Dutzende Menschen, darunter auch Urlauber, ums Leben kamen?

Es ist traurig, das zu sagen, aber ich glaube, dass sich die Menschen weltweit an Terroranschläge gewöhnt haben. Der Tourismus hat sich in den letzten Jahren recht schnell erholt, 2019 war für Tunesien ein ziemlich gutes Jahr. Nun müssen wir uns mit den Folgen der Covid-19-Pandemie auseinandersetzen, aber natürlich müssen wir auch schauen, was in Libyen geschieht, insbesondere seit der Intervention der Türkei. Die Frage ist, wie wir es schaffen, Sicherheit zu gewährleisten, wenn in der Nachbarschaft Kriege geführt werden.

»DIE TUNESIER HABEN EIN SEHR KLARES BILD VON DER GESELLSCHAFT, IN DER SIE LEBEN WOLLEN«

Sind Sie grundsätzlich hoffnungsvoll, dass sich Tunesien von Entwicklungen in Libyen oder auch Ägypten abgrenzen kann?

Das ist die Frage, ob man auf das halbvolle oder das halbleere Glas schaut. Menschen sind politikmüde, die Populisten sind im Aufschwung, die Wirtschaft verändert sich, und Technologiefirmen schaffen nicht so viele Jobs wie früher die Industrie. Von diesen globalen Trends kann sich auch Tunesien nicht lösen. Dennoch überwiegt das Vertrauen in den demokratischen Prozess, und das bedeutet schon sehr viel. Die vielen Regierungswechsel hatten allerdings zur Folge, dass wirtschaftliche und soziale Reformen stecken geblieben sind.

Wo sehen Sie da die größten Baustellen?

Auf jeden Fall beim Thema Jobs. Auch der Braindrain bleibt ein Problem. Gerade im IT-Bereich zieht es junge Menschen mit guter Ausbildung unverändert ins Ausland, meist nach Frankreich. Zudem sind die Kosten des täglichen Lebens gestiegen.

Können Reformen dennoch etwas bewirken?

Es geht nicht nur um die Inhalte der Reformen, sondern auch um deren Umsetzung. In Tunesien mangelt es häufig am Reform-Management – die geplanten Schritte tatsächlich bis zum Ende durchzuführen. Dafür braucht es vermutlich noch mehr Stabilität. Und viele Politiker gelangen nicht mit Erfahrung in der Umsetzung ins Amt, sondern eher mit einem politischen Hintergrund, in dem Ideen entstehen und diskutiert werden. Da müssen wir in Tunesien besser werden.

Wir werden es wieder schaffen!

Der Musiker Ray Asery war dabei, als im Jemen 2011 plötzlich radikale Veränderung möglich war. Heute glaubt er, dass die Erfahrung von Repression und Krieg in der nächsten Phase der Revolution von Nutzen sein könnten

VON RAY ASERY



Bürgerkrieg – Tausende verloren ihr Leben. Danach versprach die Regierung mal wieder Frieden und Wohlstand. Aber die Realität sah anders aus: Korruption, Selbstbereicherung und Wahlmanipulation gehörten ebenso zur politischen Normalität wie die Unterdrückung, Inhaftierung und Folter von Aktivisten, Journalisten und politischen Gegnern. Und Gewalt war kein Monopol der Regierung: In Moscheen wurden gewaltverherrlichende islamistische Ideologien gepredigt, die Erziehung in Schulen und Familien legte Wert auf militärischen Drill. Wer sich Veränderung wünschte, hatte es schwer – politisch und privat. 2008 wollte ich Gitarre spielen lernen. Meine Eltern, bei denen ich damals lebte, wollten nichts davon wissen – noch nicht einmal den Wunsch durfte ich aussprechen. Also kaufte ich mir heimlich eine Gitarre und versteckte sie im Kleiderschrank. Natürlich fanden sie das heraus. Es dauerte nicht lange. Vor meinen Augen schlugen sie das Instrument in Stücke. Aber 2011, als wir sahen, was in Tunesien und Ägypten passierte, war der Wandel plötzlich greifbar. Zu Tausenden gingen wir auf die Straße, um für

Frieden und unsere Rechte zu demonstrieren. Auf dem »Platz des Wandels« lernte ich unzählige Menschen kennen: Musiker, Aktivisten, Menschenrechtler. Mit einigen von ihnen gründete ich die Künstlergruppe 3 Meters Away.

Unser Kollektiv bestand aus Menschen mit den unterschiedlichsten Lebensgeschichten: Fotografen waren dabei, Musiker, Schriftsteller, aber auch ein Zahnarzt. Uns alle vereinte der Wunsch nach Veränderung. Viele meiner ausländischen Freunde verließen damals aus Sicherheitsgründen das Land. Einer von ihnen bat mich, auf sein Haus aufzupassen, bis sich die Situation wieder beruhigt. So verfügte ich plötzlich über ein Haus mit drei großen Zimmern, hohen Betten, ganz vielen Büchern und einem Garten – voll möbliert und nur 500 Meter vom »Platz des Wandels« entfernt. Dort nahm ich einige meiner revolutionären Künstlerfreunde auf. Damals waren wir Studenten, ich befand mich gerade im zwölften Semester meines Medizinstudiums.

Wir sangen von Freiheit und Widerstand. Wir waren Revolutionäre. Mit Musik und Kunst wollten wir den Jemen befreien. Unsere Bühne war der »Platz des Wandels«, wie wir den Bereich vor der Universität von Sana'a kurzweilig taufte. Zwischen all den Zelten, politischen Debatten und kreativen Workshops spielten wir kostenlose

Reggae-Konzerte. Von hier aus zogen wir los, um zu protestieren – zum Präsidentenpalast, zum Justizministerium und wieder zurück. Es war eine aufregende Zeit. Der Weg war weit, was danach folgte, schmerzhaft.

Aber vielleicht erzähle ich von Anfang an: Im Jahr 1994, als ich neun Jahre alt war, mündete der Nord-Süd-Konflikt im Jemen in einen

Obwohl ich nebenher als Dolmetscher für Human Rights Watch arbeitete, hatte ich, wie die meisten anderen, kaum Geld, um mir Musikinstrumente oder Lautsprecher zu leisten. Doch glücklicherweise bekamen wir Spenden, mit denen wir unsere Musik finanzieren konnten. So brachten wir unsere Botschaft von Revolution und Veränderung unter die Leute.

Aber unser Kunstkollektiv beschränkte sich nicht auf unsere Band. Neben Alben, Konzerten und Tourneen im ganzen Land organisierten wir Debattencamps für Jugendliche, eine Musikinstrumenten-Ausstellung am »Tag der jemenitischen Musik« oder auch Videoprojekte. Allem gemein war, dass wir die Revolution thematisierten wollten – dabei ging es uns nicht nur um Aufklärung, sondern auch um die Einbeziehung der Menschen. Außerdem unterstützten wir das Zentrum für Gesundheit und Kultur in Sana'a, eine Klinik für Psychologie, die Musikunterricht für Klavier, Oud und Qanbus anbietet. Die anfängliche Revolutionsromantik traf aber schnell auf die harte Realität der Repression. Viele Aktivisten wurden von den Sicherheitsbehörden oder



Beide Fotos: Ahmed Asery während einer Demonstration am 5. Juni 2011 auf dem »Platz des Wandels« vor der Universität von Sana'a.

bewaffneten Milizen getötet, andere kamen ins Gefängnis. Einige von uns standen unter großem Druck. Der Stamm meines Freundes und Kollegen, des Fotografen Omar Saad, entführte dessen Kinder und zwang seine Frau, sich von ihm scheiden zu lassen. Mit Waffengewalt forderten die Milizionäre eine große Geldsumme von ihm – dann würden sie ihn in Ruhe lassen, hieß es. Er zahlte, aber sie ließen ihn nicht in Ruhe.

Den großen Erfolg unserer Revolution bejubelten wir im November 2011: Präsidenten Ali Abdullah Saleh erklärte sich endlich bereit, abzutreten – nachdem er sich 33 Jahre mit allen Mitteln an der Macht gehalten hatte. Es folgte eine Übergangsregierung, die den »nationalen Dialog« einläutete, an dessen Ende eine friedliche Einigung für die Zukunft des Landes stehen sollte. Dieser Plan scheiterte spätestens, als die Huthis im Februar 2015 in zahlreiche Städte einmarschierten, das jemenitische Parlament auflösten und die Macht mit Waffengewalt an sich rissen. Im März begannen dann die Luftangriffe der Saudis. Eigentlich heiße ich Ahmed Asery, aber als die saudische Armee anfang, Krieg im Jemen zu führen, wurde das zum Problem: Der damalige Sprecher der saudischen »Operation Decisive Storm«

Die Revolution vereint: Künstler, Ärzte und Aktivisten wohnten und arbeiteten zusammen

hieß Ahmed Al-Asiri. Die offensichtliche Ähnlichkeit unserer Namen brachte mir viel Misstrauen und Ärger ein.

Meine Freunde im Berliner Exil nennen mich »Ray«, der »Lichtstrahl« – jetzt ist mein Künstlernamen also »Ray Asery«. Denn wie viele andere Aktivisten mussten auch meine Künstlerfreunde und ich das Land verlassen. Meine Flucht führte mich über Äthiopien, Dschibuti, Sudan und Großbritannien nach Deutschland. Heute arbeite ich in einem Familienzentrum in Berlin, engagiere mich ehrenamtlich und mache weiterhin Musik.

Zu den meisten Revolutionären vom »Platz des Wandels« habe ich immer noch Kontakt, auch wenn wir mittlerweile in aller Welt verstreut leben. Der Tierarzt Rahman Taha floh über Libanon und Ägypten nach Großbritannien. Omar Saad verschlug es nach Dschibuti, wo er seine Fotografie-Karriere weiterverfolgt.

Unser Freund Abdulrazzaq El Azazi war einer der ersten Journalisten, die in der lokalen und internationalen Presse von den Demonstrationen in Sana'a berichteten. Heute lebt er in Kuwait und leitet ein Projekt, in dem er Menschen über ihre grundlegenden Rechte aufklärt. Zehn Jahre nach der Revolution wünschen sich manche wieder Salehs Diktatur zurück – die sei immerhin besser gewesen als die heutige Situation. Aber ich bin mir sicher: Die Reise geht weiter. Die Menschen haben begonnen, sich ihre Rechte zu vergegenwärtigen – das ist schon die halbe Miete auf dem Weg zur Veränderung.

Natürlich ist noch viel zu tun: Mordende und rachsüchtige Milizen kontrollieren das politische und gesellschaftliche Leben. Während die Kriegstreiber auf sogenannten Friedenskonferenzen debattieren, finanzieren sie weiterhin lieber Waffen als Krankenhäuser, Kitas, Schulen oder Kinderspielplätze.

Aber trotzdem bin ich überzeugt: Zehn Jahre Revolution haben eine stärkere Generation geschaffen. Eine Generation, die in Konfliktlösung und Friedensstiftung geschult ist. Eine Generation, die Krieg erlebt hat und heute mehr denn je an Veränderung glaubt, an ein Leben in Harmonie zwischen Menschen mit unterschiedlichen Hintergründe und Überzeugungen.

All die Aktivisten, Künstler und einfachen Bürger kämpfen weiterhin für die Revolution. Auch wenn wir Unterstützung aus dem Ausland brauchen werden: Wir haben es einmal geschafft, wir werden es wieder schaffen!

Ray Asery ist ein jemenitischer Aktivist und Musiker. In Sana'a gründete er 2011 mit Freunden das Künstlerkollektiv 3 Meters Away. Inzwischen lebt er im Exil in Berlin.

GENERATION 2011

»Wir müssen wieder ganz von vorne beginnen«

Faisal Swehli wollte Libyer aus allen Landesteilen zusammenbringen. Das Experiment scheiterte

VON MIRCO KEILBERTH



Als Tausende Libyer im September 2011 den Sieg über Langzeitherrscher Muammar Al-Gaddafi auf dem Märtyrerplatz in Tripolis feierten, schmiedete Faisal Swehli mit einigen Bekannten bereits ein neues Projekt: *Libya Jadida* (Das neue Libyen) hieß die Zeitung, die ein Spiegelbild der blutig errungenen Freiheit werden sollte. Mit einigen aus der Gaddafi-Zeit bekannten Reportern sowie mit jungen Aktivisten hatte Swehli ohne jegliche eigene

Medienerfahrung eine Redaktion aufgebaut. Die politischen Meinungen im Team waren diametral entgegengesetzt – das war durchaus beabsichtigt. Nach seinem BWL-Studium in London war Swehli seiner Heimat, der Hafenstadt Misrata, jahrelang ferngeblieben, wie viele Kinder aus wohlhabenden Familien. Aber zu Beginn des Aufstandes im Frühjahr 2011 hatte der damals 27-jährige Geschäftsmann aus seinem Exil in London Hilfslieferungen für Libyen über Tunesien organisiert. Libyer aus der ganzen Welt schickten Krankenwagen, Lebensmittel und Medikamente ins Grenzgebiet. Mehr als 250.000 Menschen waren nach der Niederschlagung der Straßenproteste aus Libyen geflohen. Als die Kämpfer aus Benghazi nur noch wenige Kilometer vor der Hauptstadt Tripolis standen, machte sich Swehli selbst auf den Weg in die Flüchtlingslager. »Ich ahnte nicht, dass diese Reise ins Ungewisse bis heute mein Leben auf den Kopf stellen würde«, sagt der 36-Jährige heute. Als im Sommer 2011 in Tripolis immer mehr Menschen verhaftet wurden, organisierten die Exilanten auf Djerba und in den mittlerweile befreiten Nafusa-Bergen südlich von Tripolis neben Verbandsmaterial auch Waffenlieferungen für die Kämpfer. Swehli selbst wollte keine Waffe in die Hand nehmen. In London hatte er Libyer aus allen Landesteilen und politischen Lagern kennengelernt. »Anders als

viele meiner Freunde war mir während der Revolution sehr bewusst, dass in einem Nachkriegslibyen der Versöhnungsprozess nicht nur zwischen Aufständischen und Gaddafi-Gegnern, sondern zwischen Städten und Regionen organisiert werden muss.« Dieses Bewusstsein bestimmte auch den Alltag bei *Libya Jadida*. Auf den Redaktionskonferenzen krachte es regelmäßig. Weil die Zeitung auch in der täglich landesweit verkauften Printausgabe alle Stimmen zu Wort kommen ließ, nahm das Kartell der Hauptstadtmilizen die Journalisten bald ins Visier. »Wir mussten das Experiment trotz aller Gefahren weitermachen, damit die Opfer des Aufstandes nicht umsonst gestorben waren«, so Swehli. »Und wir konnten keine neue Diktatur akzeptieren.« Doch 2014 wurden aus alten Verbündeten gegen das Regime

endgültig Gegner, Städte wie Misrata und Benghazi standen sich in verfeindeten Lagern gegenüber. Auch das Redaktionsteam zerbrach unter den politischen Spannungen im Land. Die meisten Blattmacher mussten

Auf den Redaktionskonferenzen von *Libya Jadida* krachte es regelmäßig – und das war beabsichtigt



die Produktion von gedruckten Zeitungen inzwischen einstampfen. Faisal Swehli hat den Glauben an ein neues Libyen aber nicht aufgegeben: Ab 2021 will er eine Zeitung für Frauen und Sport herausgeben. »Viele Libyer haben ob der Konflikte den Glauben an Politik und Demokratie verloren und sich ins Private zurückgezogen. Wir müssen als Land und Medienmacher wieder ganz von vorne beginnen – wie vor zehn Jahren.«

ZEITSPRUNG

BÜRGERKRIEG UND REPRESSION

Jemen

27. Januar

In der Hauptstadt Sana'a demonstrieren 16.000 Menschen – viele von ihnen Studierende – gegen Pläne des Präsidenten Ali Abdullah Saleh, seine Amtszeit auszuweiten, sowie für Reformen. Im März töten Scharfschützen mehr als 50 Teilnehmer einer Demonstration. Saleh ruft den Ausnahmezustand aus.

23. November 2011

Saleh stimmt nach mehrfacher Verzögerung einer Machtübergabe zu. Nach einem Vermittlungsplan des Golfkooperationsrates tritt er innerhalb von 30 Tagen zurück, sein Amt übernimmt der bisherige Vizepräsident Abd Rabbo Mansur Hadi.

21. Januar 2014

Die »Nationale Dialogkonferenz« endet mit zahlreichen Empfehlungen für einen neuen Gesellschaftsvertrag. Die Huthis aus dem Norden des Landes hatten sich bereits aus den Verhandlungen zurückgezogen. Im September nehmen sie die Hauptstadt Sana'a ein.

26. März 2015

Eine von Saudi-Arabien angeführte Militärkoalition greift aufseiten der Regierung von Präsident Hadi in den Konflikt ein. Die Luftangriffe richten sich gegen die Huthis, immer wieder werden jedoch auch Zivilisten Opfer der Bombardierungen.

20. Juni 2018

Nach heftigen Kämpfen mit den Huthis nimmt die von Saudi-Arabien angeführte Militärallianz den Flughafen der Hafenstadt Hodeida ein. Die Einfuhr von Lebensmitteln und Medikamenten wird im ganzen Land massiv behindert. Die humanitäre Situation bedroht das Leben von Millionen Menschen.

Bahrain

14. Februar 2011

Mehrere Tausend Menschen demonstrieren in der Hauptstadt Manama für Reformen und mehr Rechte für die schiitische Bevölkerungsmehrheit. Sie errichten ein Protestcamp auf dem Perlenplatz – es wird drei Tage später gewaltsam geräumt.

15. März 2011

Auf Bitten der Regierung von König Hamad Al Khalifa entsenden SaudiArabien und die VAE 2.000 Soldaten und Polizisten nach Bahrain. Zahlreiche Aktivisten und Oppositionspolitiker werden festgenommen. Am 18. März wird das Denkmal auf dem Perlenplatz abgerissen.

23. November 2011

Eine vom König ins Leben gerufene Untersuchungskommission wirft der Regierung Verbrechen gegen die Menschlichkeit vor, unter anderem sollen Häftlinge systematisch gefoltert worden sein. Den Empfehlungen der Kommission kommt die Regierung in großen Teilen nicht nach.

22. November 2014

Schiitische und linksgerichtete Parteien boykottieren die Parlamentswahl, da sie nicht mit einer freien und fairen Abstimmung rechnen.

4. November 2018

Der Vorsitzende der inzwischen verbotenen schiitischen Oppositionspartei Al-Wafaq, Ali Salman, wird zu lebenslanger Haft verurteilt.

Sprechen Sie Revolution?

Das zenith-Glossar zur arabischen Straße

VON ROBERT CHATTERJEE, HICHEM ABDESSAMAD, MICHAEL NUDING

Azma (أزمة) – »Krise«. Inflationär von Regimen benutzt, um vom eigenen Versagen abzulenken: Krisen kommen grundsätzlich von außen, oft genug durch.

→ siehe Mu'amara

Balaha (بلحة) – »Dattel«. Ein weit verbreiteter Spottname (ähnlich der »Birne« Helmut Kohl) für den ägyptischen Präsidenten Abdel-Fattah Al-Sisi, popularisiert durch den gleichnamigen Song des Musikers Ramy Essam. Der Frust über die Stagnation unter dem neuen Regime schlägt um in Spott: Mit seinem dattelähnlichen »Schrummelgesicht« macht Sisi auf viele Ägypter einen unbeholfenen Eindruck.

Faatakum al-Qitar (فاتكم القطار) – »Der Zug ist abgefahren«. 2011 schrie der jemenitische Machthaber Ali Abdullah Saleh diesen Satz immer wieder seinen Gegnern entgegen – in einem Land ohne Schienenverkehr. Mit dem Zitat veralbern Aktivisten auch heute noch autoritäre Herrscher, die nur Bahnhof verstehen.

Fuloul (فلول) – »Überreste«. Gemeint sind Politiker, Beamte und Militärs der alten Regime, die weiterhin an der Macht sind oder öffentliche Debatten mitbestimmen.

Harga (حرفة) – »Flucht«. Bedeutet eigentlich »verbrennen«. In diesem Fall sind jedoch die Papiere gemeint, die an der Grenze verbrannt werden. Ein im gesamten Maghreb verbreiteter Begriff für illegale beziehungsweise heimliche Migration.

Hizb al-Kanabe (حزب الكنبة) – »Sofafraktion«. Die vermeintlich schweigende Mehrheit, die nicht an den Protesten teilnimmt und stattdessen vor dem Fernseher hockt und altkluge Kommentare abgibt. Eben eine andere Form von »Sit-in«.

Hogra (حفرة) – »Verachtung«. Geisteshaltung der gesellschaftlichen Eliten gegenüber niedriger stehenden sozialen Schichten, aber auch die Art und Weise der Misshandlung armer Schlucker seitens der Polizei. Gleichzeitig Ausdruck des »Misstrauens« von Jugendlichen gegenüber eben jenen Eliten.

I'tissam (اعتصام) – »Sit-in«. In Mode gekommene Protestform: Die Besetzung eines Platzes oder symbolischen Ortes für eine längere Zeit, um spezifischen Forderungen Gehör zu verschaffen.

Idrab An Al-Taam (إضراب عن الطعام) – »Hungerstreik«. Eine vor allem in Ägypten in den letzten zehn Jahren häufig genutzte Protestform, oft seitens inhaftierter Aktivisten.

Intisaar (انتصار) – »Sieg«. Wenn es für Regime schon keine großen Siege zu verzeichnen gibt, wird jede noch so kleine Kleinigkeit zum Triumph – oder wie Trump sagen würde: »So much winning!«

Irhab (إرهاب) – »Terror«. Sobald Regime einen Grund brauchen, unliebsamen Gegnern den Garaus zu machen, kommt diese rhetorische Allzweckwaffe zum Einsatz. Wer kann schon etwas gegen Terrorbekämpfung haben?

Millioniya (مليونية) – »Marsch der Millionen«. Wortneuschöpfung für Großdemonstrationen, denen Millionen von Menschen beiwohnen – zumindest gefühlt.

Mu'amara (مؤامرة) – »Verschwörung«. Je mehr Akteure im politischen Geschehen mitmischen, desto mehr Mu'amarat geistern durch die Cafés, Taxis und Friseursalons der Städte – irgendwer muss doch die Strippen ziehen.

Muhallil | Khabir al-Stratiji (محلل | خبير الاستراتيجي) – »Strategieexperten«. Die am schnellsten expandierende Branche im nachrevolutionären Medienbetrieb. Häufig unverfänglicher Name für Ex-Militärs, die ihre Vergangenheit nicht öffentlich zur Schau tragen, aber dennoch mitreden wollen.

Mundassin (مندسين) – »Agent Provocateur«. Geheimagenten fremder Mächte, die ganz im Sinne der Mu'amara die Strippen ziehen und Unheil anrichten.

Nizam (نظام) – »Regime«. Ein Wort (und Name) mit langer Geschichte, das so viel wie »Ordnung« oder »System« bedeutet. Inzwischen eher zum Schimpfwort und Inbegriff autoritärer Regime mutiert, deren Sturz gefordert wird.

Schabab al-Tuktuk (شباب التوك توك) – »Die Tuk-Tuk-Jungs«. Junge Tuk-Tuk-Fahrer in Bagdad galten vor allem als Verkehrschaoten. Während der Proteste brachten sie Verletzte schnell in nahe gelegene Krankenhäuser – und wurden zu Helden des Aufstands.

Schabiha (شبيحة) – »Geister«. Bewaffnete Schlägertruppen, häufig auf Motorrädern und auf Krawall gebürstet. Der Name geht womöglich auf die ursprünglich bevorzugten Boliden von Assads Schergen in Syrien zurück, nämlich schwarze Mercedes-S-Klasse-Karosserien.

Scharaiya (شرعية) – »Legitimität«. Wer in irgendeiner Form »demokratische Legitimität« suggerieren kann, fühlt sich direkt sicherer auf dem Herrschersitz. Dieses Konzept, das seine sprachliche Wurzel mit der Scharia teilt, kommt vielen Regime gerade gelegen.

Thawri (ثوري) und Thawraji (ثورجي) – »Revolutionär« und »Revoluzzer«. Der erste Begriff beschreibt diejenigen, die für die »Thawra« (Revolution) kämpfen, der zweite Begriff wird mal spöttisch, mal vorwurfsvoll jenen medienaffinen Aktivisten an den Kopf geworfen, die sich vor allem selber profilieren wollen, vielleicht um in den Klub der Experten aufzusteigen.

→ siehe Muhallil | Khabir al-Stratiji

»Ultras«, Fußballfans, die früher vor allem als Hooligans wahrgenommen wurden. Nach intensiver Protestbeteiligung und Organisation von Demonstrationen vor allem in Ägypten und Tunesien hat sich dieses Bild grundlegend gewandelt – außer bei den Sicherheitsbehörden natürlich.

Zenga Zenga (زنقة زنقة) – »Gasse für Gasse«. Am 22. Februar 2011 hielt der libysche Diktator Muammar Al-Gaddafi eine martialische Rede, in der unter anderem ankündigte, im Kampf gegen die Revolutionäre »Gasse für Gasse« zu durchkämmen. Die Rede hat seitdem ein virtuelles Eigenleben entwickelt, diente als Vorlage für zig Songs und Parodien.



ILLUSTRATION: AYA TAREK



ZEUGEN DER ANKLAGE

Die Bundesanwaltschaft bringt erstmals die Verbrechen des Assad-Regimes vor Gericht. Warum ist das in Deutschland möglich?

VON HANNAH EL-HITAMI

rgendetwas stimmt nicht mit der Gruppe von Menschen, die vor dem Gericht in Koblenz zusammenstehen. Locker haben sie sich auf der Grünfläche an der Karmeliterstraße zu einer Demonstration versammelt, doch ihre aufrechten Körper wirken leblos. Starr ragen ihre Arme in die Höhe, eine junge Frau ist im Rennen eingefroren. Beim Näherkommen fällt auf, dass die Hände der Demonstrantinnen fehlen, ihre Gesichter klaffen wie Megafone auseinander.

»The Muted Demonstration« heißt die Installation, die der syrische Künstler Khaled Barakeh an diesem Mittwoch im Juli vor dem Oberlandesgericht Koblenz aufgestellt hat.

Die Demonstrierenden sind Schaufensterpuppen, sie tragen die Kleider von Aktivistinnen und Aktivisten aus Syrien. Stumm blicken sie auf die Fenster des Saales 128, in dem um halb zehn die beiden Angeklagten ihre Plätze einnehmen: Anwar R., ehemaliger Leiter der Ermittlungen in der Damaszener Geheimdienstabteilung 251, und Eyad A., ein niederrangigerer Beamter, der Demonstrierende im Auftrag der Abteilung 251 festgenommen haben soll (Namen von der Redaktion gekürzt). »Diese Typen hatten alle Macht der Welt über die Gefangenen, doch jetzt sind sie selbst machtlos«, sagt Barakeh, der schon um sechs Uhr morgens mit dem Aufbau begonnen hat, in der Hoffnung, dass die Angeklagten auf dem Weg zum Gericht an den Figuren vorbeifahren. »Sie sollen sehen, dass sie immer noch hier sind. Der Prozess ist eine Fortsetzung dessen, was die Menschen 2011 auf Syriens Straßen begonnen haben.«

Barakeh hat seine Figuren vor dem Gericht aufgestellt, um all die zu repräsentieren, die nicht vor Ort sein können: weil die Fahrt nach Koblenz zu weit ist oder sie gar nicht in Deutschland leben; weil sie wegen ihrer Teilnahme an Demonstrationen in Syrien getötet wurden oder in einem der vielen unterirdischen Gefängnisse verschwunden sind. Eigentlich ist dieser Prozess für sie: Zum ersten Mal weltweit wird syrische Staatsfolter vor Gericht gestellt. Den zwei Angeklagten, Anwar R. und Eyad A., werden Verbrechen gegen die Menschlichkeit vorgeworfen. Während ihrer Zeit beim syrischen Geheimdienst sollen sie in den Jahren 2011 und 2012 für 58 Tötungen, 4.000 Fälle von Folter und zwei Fälle von Vergewaltigung oder sexualisierter Gewalt mitverantwortlich gewesen sein.

Vor fast zehn Jahre wanderte die Protestbewegung, die »Arabischer Frühling« genannt wird, von Nordafrika nach Westasien und erreichte im März 2011 Syrien. Das Regime reagierte auf die Massendemonstrationen im ganzen Land mit oft tödlicher Gewalt – auf den Straßen sowie in den Gefängnissen, wo Zehntausende Syrerinnen und Syrer im Laufe der Jahre willkürlich eingesperrt und gefoltert wurden, wo viele starben oder für immer verschwanden.

Die Bundesanwaltschaft sieht in diesem Vorgehen einen ausge-

dehnten und systematischen Angriff gegen eine Zivilbevölkerung und somit die Voraussetzung für ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Der Internationale Strafgerichtshof kann aber nicht tätig werden, weil Syrien kein Mitglied ist und Russland eine Entscheidung des UN-Sicherheitsrates blockiert.

Doch die deutsche Justiz kann mithilfe des Weltrechtsprinzips völkerrechtswidrige Straftaten auch ohne direkten Bezug zu Deutschland vor Gericht bringen. Während der Krieg in Syrien kein Ende findet, hat sie internationale Haftbefehle gegen hochrangige Regimeangehörige ausgesprochen, in Koblenz das weltweit erste Gerichtsverfahren eröffnet und bereits weitere Verdächtige festgenommen. Viele Exil-Syrer und -Syrerinnen, Opfer und ihre Angehörigen hoffen, dass die Täter des Assad-Regimes nun endlich zur Rechenschaft gezogen werden. Andere fürchten, dass ein Prozess weit weg von Syrien und ohne Beteiligung der Bevölkerung keine echte Chance auf Gerechtigkeit bietet.

»Mit Kabeln auf den Rücken und in den Leistenbereich geschlagen«, »konnte anschließend nicht mehr laufen«, »mit Vergewaltigung gedroht«, »an zusammengebundenen Händen an der Decke aufgehängt«, das sind nur Ausschnitte dessen, was laut Anklageschrift in der Abteilung 251 des Allgemeinen Geheimdienstes in Damaskus passiert sein soll.

58 Tötungen, 4.000 Fälle von Folter

Während Khaled Barakehs Figuren draußen stumm anklagen, sagt drinnen an diesem Juli-Tag ein ehemaliger Häftling aus. Sein Name ist wie alle Informationen aus dem Gerichtssaal öffentlich, doch weil inzwischen mehrere Zeugen von Drohungen gegen ihre Familien im Ausland berichtet haben, soll er hier nicht noch einmal genannt werden. Der 30-Jährige aus Damaskus verbrachte im Sommer 2012 etwa vierzig Tage im Gefängnis der Abteilung 251, auch Al-Khatib-Abteilung genannt.

Er zittert, als er von den Zuständen in den brütend heißen, überfüllten Zellen berichtet. »Wir waren bis zu 800 Menschen auf etwa 50 Quadratmetern. Menschen lagen übereinander, zwischen ihnen Leichen«, erinnert sich der ehemalige Hotelbesitzer, der festgenommen wurde, nachdem er flüchtenden Familien aus Homs einen Schlafplatz angeboten hatte. Die Zelle im Al-Khatib-Gefängnis sei komplett verschlossen gewesen wie eine Flasche – ohne Luft, ohne Licht. »Es hat keinen dort interessiert, ob man schuldig war. Sie wollten einfach das ganze Volk vernichten«, so der Zeuge.

Im Laufe des Prozesses werden die Aussagen von ehemaligen Insassen oder Mitarbeitern ein immer klareres Bild der Abteilung zeichnen, die mitten in einem Wohngebiet im Zentrum von Damaskus liegt: Nach Blut und Schimmel habe es in den Zellen gerochen und die Schreie der Gefangenen habe man durch den Innenhof bis in die Cafeteria des Personals gehört. Auf dem Zellenboden habe zentimeterhoch der Schweiß gestanden, viele Gefangene seien bis auf die Unterhose nackt gewesen. Essen habe es kaum gegeben, und das gelegentliche Stückchen Brot oder Kartoffel hätten die Gefangenen vor Durst nicht herunterbekommen. Regelmäßig seien sie unter Schlägen zu den Büros der Vernehmungsbeamten gebracht worden, vor denen sie mit verbundenen Augen und Händen knien mussten.

Behält die Anklage recht, so könnte einer dieser Beamten Anwar R. gewesen sein, der 2012 desertierte und sich der syrischen Exil-Opposition in Jordanien anschloss. Zwei Jahre später landeten er und seine Familie mit dem Flieger in Berlin-Tegel. Die deutsche Botschaft in Amman hatte ihnen im Rahmen des humanitären Aufnahmeprogramms Visa für die Einreise nach Deutschland ausgestellt – und das, obwohl der ehemalige Geheimdienstfunktionär nie einen Hehl aus seiner beruflichen Vergangenheit gemacht hatte. Sein Lebenslauf, den er der deutschen Botschaft im Zuge des Aufnahmeprozesses übersandt hatte, begann mit den Worten: »Ich bin Oberst Anwar R.«

Dass der Angeklagte, seine Frau und fünf Kinder Plätze im begrenzten Kontingent des Bundesaufnahmeprogramms erhielten, verdanken sie Riad Seif, einem der prominentesten syrischen Oppositionellen. Der heute 73-jährige Geschäftsmann war seit vielen Jahren ein enger Vertrauter der deutschen Auslandsvertretung in Syrien gewesen und hatte diese Kontakte genutzt, um R. für die Aufnahme zu empfehlen. Auch Seif wusste, dass R. ein hochrangiger Mitarbeiter des Geheimdienstes gewesen war – er habe R. auf Anraten seines Schwieger Sohns geholfen, weil er sich von dem desertierten Oberst Informationen erhofft habe, so Seif bei seiner Zeugenaussage Ende August. Er wusste auch, was so eine Position bedeuten musste:

»Es gab keine Geheimdienstabteilung ohne Folter, und wer das Gegenteil behauptet, der lügt«, sagte Seif per Video-Call, da sein Gesundheitszustand die Anreise aus Berlin nicht zuließ. Dennoch zeigte er sich gegenüber den Richtern in Koblenz reumütig: »Hätte ich damals irgendetwas Negatives über ihn gewusst, hätte ich ihn nicht unterstützt.« Dann allerdings hätte der Prozess in Koblenz vielleicht niemals stattgefunden.

Die Ermittlungen gegen ihn löste der Angeklagte jedoch selbst aus: weil er überzeugt war, vom syrischen Geheimdienst verfolgt zu werden, wendete er sich 2015 hilflos an die Berliner Polizei, der er auch von seiner beruflichen Vergangenheit berichtete. Aufgrund dieser Angaben landete seine Akte schließlich beim Bundeskriminalamt und der Bundesanwaltschaft, die bereits seit 2011 in mehreren Strukturermittlungsverfahren Beweise für Völkerrechts-

»Ich hätte mir gewünscht, dass das syrische Volk ihm den Prozess macht«



Foto: Hannah El-Hitami

Es roch nach Blut und Schimmel

cher nicht die wichtigsten Figuren des syrischen Sicherheitsapparats. Doch hochrangige Regime-Mitglieder wie der ehemalige Chef des Luftwaffengeheimdienstes Dschamil Hassan, gegen den mehrere internationale Haftbefehle vorliegen, konnten bislang nicht festgenommen werden. Für den prominenten syrischen Menschenrechtsanwalt Anwar Al-Bunni ist der Prozess dennoch ein Meilenstein auf dem Weg in Richtung einer Übergangsjustiz. »Unser Ziel ist es nicht,

verbrechen in Syrien sammelt. Auch die Akte des zweiten Angeklagten, Eyad A., wurde an das BKA weitergeleitet. Er hatte bei seiner Asylanhörung zu offen über seine Tätigkeit in Syrien gesprochen. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge ist verpflichtet, dem BKA zu melden, wenn Asylbewerber von völkerrechtlichen Verbrechen in ihrer Heimat berichten.

Anwar R. und Eyad A. sind sicher nicht die wichtigsten Figuren des syrischen Sicherheitsapparats. Doch hochrangige Regime-Mitglieder wie der ehemalige Chef des Luftwaffengeheimdienstes Dschamil Hassan, gegen den mehrere internationale Haftbefehle vorliegen, konnten bislang nicht festgenommen werden. Für den prominenten syrischen Menschenrechtsanwalt Anwar Al-Bunni ist der Prozess dennoch ein Meilenstein auf dem Weg in Richtung einer Übergangsjustiz. »Unser Ziel ist es nicht, zwei kleine Rädchen der Höllemaschinerie zu verurteilen, die nach wie vor Menschen tötet«, erklärte der Anwalt im Vorfeld des Prozesses, in dem er inzwischen als Zeuge ausgesagt hat. »Wir wollen diese Rädchen vielmehr nutzen, um die Existenz der Maschinerie und das Ausmaß ihrer Höllenhaftigkeit zu nachzuweisen.«

Al-Bunni kennt diese Maschinerie in- und auswendig. Als in den 1970er Jahren drei seiner Geschwister und viele Freunde nach und nach verhaftet wurden, entschied sich der damals 21-Jährige, zurück an die Uni zu gehen, um Jura zu studieren.

»Sie waren alle politische Aktivisten – ich nicht, also entschied ich, Anwalt zu werden, um sie zu verteidigen«, erzählt der heute 61-Jährige, der sein Leben der Verteidigung politischer Gefangener in Syrien gewidmet hat.

Nach der Flucht aus Syrien 2014 gründete er in Berlin das Syrische Zentrum für juristische Studien und Forschung und bereitet seitdem Klagen gegen die Schergen des Assad-Regimes vor. Al-Bunni ist in Deutschland nicht als Anwalt zugelassen, doch er verfügt über ein riesiges Netzwerk innerhalb der syrischen Exil-Community, einige waren schon in Syrien seine Mandanten.

Am Tag von Al-Bunnis Zeugenaussage Anfang Juni ist der Zuschauerraum zum ersten Mal seit Prozessauftritt voll. Prominente Oppositionelle wie Mazen Darwish und Dschumana Seif sowie Vertreter von Adopt a Revolution, des Syria Justice and Accountability

Centers und anderen Exil-Organisationen sind gekommen, um die Aussage des Mannes zu hören, der mehr als zwanzig Jahre lang politische Gefangene verteidigte, bis er 2006 selbst für fünf Jahre inhaftiert wurde. »Verhaftung, Verschwindenlassen, Folter – darauf basiert das Regime der Assads«, sagt Al-Bunni vor Gericht in Koblenz. »Wenn diese drei Pfeiler nicht wären, hätten sie sich nicht mal ein Jahr an der Macht halten können.«

Den Beginn der syrischen Revolte im März 2011 erlebte Al-Bunni im Adra-Gefängnis durch den Telefonhörer. Regelmäßig sprach er mit Freunden und Kollegen über die Ereignisse, schickte Statements aus der Zelle nach draußen. Er glaubt, dass Gerechtigkeit – oder vielmehr deren Abwesenheit – eine Wurzel der Revolution war. »Die Kontrolle des Regimes basierte darauf, Gerechtigkeit vorzuenthalten«, erklärt er einige Wochen nach seiner Zeugenaussage in seinem Büro in Prenzlauer Berg, wo es nach Holz und E-Zigarette riecht, und immer irgendein Aktivist oder eine Anwältin auf der Couch sitzen. Der Präsident könne laut Verfassung rechtlich nicht belangt werden, und auch den Sicherheitskräften habe Assad Immunität gewährt. »Das Gefühl der Ungerechtigkeit war bei den Syrern so groß, weil das Regime ohne

Sorge töten und verhaften konnte.« Der Prozess in Koblenz habe also die Grundfesten des Assad-Regimes erschüttert: »Ein Verbrecher aus Baschars System wird vor Gericht gestellt, ohne Immunität und ohne besonderen Schutz.«

Für viele Opfer und ihre Angehörigen bedeutet der Prozess in Koblenz endlich Anerkennung und Aufarbeitung dessen, was sie durchlebt haben. Für andere trägt er einen bitteren Beigeschmack. »Dass ein Fremder uns Gerechtigkeit bringt, fernab des Tatorts, der Opfer und ihrer Familien«, mache ihn traurig, so ein ehemaliger Gefangener in einer Reihe von Statements, die das MENA Prison Forum aufgezeichnet hat. »Seit ich vom Prozess gegen Anwar R. weiß, habe ich wieder Hoffnung, dass die Verbrechen gegen das syrische Volk bestraft werden. Ich hätte mir aber gewünscht, dass das syrische Volk ihm den Prozess macht. Denn das hätte bedeutet, dass die Revo-



Foto: Adam Broomberg

Der Prozess findet nur auf Deutsch statt – ohne Übersetzung ins Arabische

Der Prozess in Koblenz ist ein wichtiger Schritt für die Opfer und deren Angehörige – davon ist Watfa überzeugt. Dass er einen Einfluss auf die Lage in Syrien haben könnte, glaubt sie aber nicht. »Dieser Prozess hätte nach dem Sturz des Regimes stattfinden und der Beginn einer Übergangsjustiz sein sollen«, sagt sie bei einer Zigarette am Ende eines weiteren Prozesstages. Stattdessen gehe es nur um Einzelpersonen, während weiterhin Menschen in den Geheimdienstabteilungen gefoltert würden. Dementsprechend gering sei das Interesse im arabischsprachigen Raum, auch unter Syrerinnen und Syrern. Das liegt nicht nur daran, dass der Prozess auf Deutsch ohne Übersetzung für die Öffentlichkeit stattfindet. »Es herrscht Verzweiflung, weil das Regime ja immer noch an der Macht ist«, sagt Watfa. »Aber eines Tages, wenn das Regime stürzt, werden dieser und weitere Prozesse die Systematik der Folter beweisen können.« Wann und wie es dazu kommen soll? Sie schüttelt ratlos den Kopf.

aus Damaskus lebt seit 2015 mit ihrer Familie in Koblenz und berichtet als einzige Journalistin regelmäßig für arabische Medien über das Verfahren. Es ist ihr ein persönliches Anliegen: Vor ihrer Flucht nach Deutschland hatte sie in Syrien über die Giftgasangriffe in Ost-Ghouta recherchiert und war dafür 2014 für mehr als ein Jahr inhaftiert worden. Einen Monat verbrachte sie in der Al-Khatib-Abteilung, wo sie körperlich und psychisch misshandelt wurde.

Der Prozess in Koblenz ist ein wichtiger Schritt für die Opfer und deren Angehörige – davon ist Watfa überzeugt. Dass er einen Einfluss auf die Lage in Syrien haben könnte, glaubt sie aber nicht. »Dieser Prozess hätte nach dem Sturz des Regimes stattfinden und der Beginn einer Übergangsjustiz sein sollen«, sagt sie bei einer Zigarette am Ende eines weiteren Prozesstages. Stattdessen gehe es nur um Einzelpersonen, während weiterhin Menschen in den Geheimdienstabteilungen gefoltert würden. Dementsprechend gering sei das Interesse im arabischsprachigen Raum, auch unter Syrerinnen und Syrern. Das liegt nicht nur daran, dass der Prozess auf Deutsch ohne Übersetzung für die Öffentlichkeit stattfindet. »Es herrscht Verzweiflung, weil das Regime ja immer noch an der Macht ist«, sagt Watfa. »Aber eines Tages, wenn das Regime stürzt, werden dieser und weitere Prozesse die Systematik der Folter beweisen können.« Wann und wie es dazu kommen soll? Sie schüttelt ratlos den Kopf.

Hannah El-Hitami ist freie Journalistin in Berlin. Sie verfolgt den Prozess in Koblenz aus nächster Nähe.

Der Künstler Khaled Barakeh will, dass auch die dabei sind, die nicht in Koblenz sein können: weil sie in Syrien getötet wurden oder in einem unterirdischen Gefängnis verschwunden sind.

lution triumphiert und ihre Ziele erreicht hätte«, gab ein anderer zu Protokoll.

In Koblenz sind bis Ende des Jahres fast jede Woche Verhandlungstage angesetzt – Prozessbeteiligte schätzen die Dauer des Verfahrens auf mehrere Jahre. Inzwischen ist eine gewisse Routine eingeleitet. Während die Angeklagten durch Kopfhörer den Dolmetschern lauschen, Anwar R. mit enger Schrift Din-A5-Blätter füllt und Eyad A. das Gesicht in die Hände stützt, sitzt stets ganz hinten im Zuschauerraum Luna Watfa. Die 39-Jährige

Öffnet den Markt!

**Jobs, Würde und soziale Gerechtigkeit.
Was aus den zentralen Forderungen des Arabischen Frühlings
geworden ist und warum nur ein Sektor seitdem blüht**

VON AMIRAH EL-HADDAD

V

or einem Jahrzehnt erklangen die Stimmen der jungen Generation in den Straßen von Tunesien, Ägypten, Libyen, Jemen, Syrien und Bahrain: Sie forderten Freiheit, Würde und soziale Gerechtigkeit. Sie sehnten sich nach anständigen Jobs und waren bereit, hart zu arbeiten. Sie gingen auf die Straße, weil sie den alten, unsozialen Gesellschaftsvertrag ablehnten.

Denn der vermochte es, anders als in vorherigen Jahrzehnten, nicht mehr, Arbeitsplätze, Bildung und Gesundheitsversorgung zu gewährleisten.

Immer weniger gesellschaftliche Schichten hatten Zugang zu Absicherungen des Staates – dessen Legitimität durch mangelnde ökonomische Chancen, steigende Ungleichheit und dreiste Vetternwirtschaft ausgehöhlt war.

Wie sieht es ein Jahrzehnt später aus? Brodeln die Kräfte, die den Arabischen Frühling zum Leben erweckten, noch immer? Wie steht es um Ungleichheit und soziale Gerechtigkeit?

Der immense, stets wachsende informelle Sektor in vielen Ländern des Nahen Ostens und Nordafrikas beweist die anhaltende Brisanz sozioökonomischer Ungleichheit. In Ägypten und Marokko arbeiten mehr als 70 Prozent aller Beschäftigten in der Schattenwirtschaft. In Tunesien liegt die Quote mit 63 Prozent nur geringfügig niedriger.

Was trieb diese Entwicklung voran?

In vielen Ländern der Region gehörten Markteintrittsschranken zu den bevorzugten Instrumenten, um verfilzte Wirtschaftszweige vom Wettbewerb abzuschotten: Das verhinderte eine Entwicklung

des Privatsektors, während privilegierte Unterstützer der Regime exzessiv Profite anhäuften. Als Dank sicherten die Profiteure dieser Vetternwirtschaft den Mächtigen ihren Rückhalt zu.

In Marokko rekrutierte sich dieser Klüngel hauptsächlich aus Politikern und Personen, die über enge Kontakte zur Königsfamilie sowie deren weitverzweigten Holdings und Firmengruppen verfügten. In Tunesien profitierten vor allem Unternehmen, die Angehörigen von Präsident Zine El-Abidine Ben Ali und dessen Frau gehörten. In Ägypten wiederum waren es Firmen mit direkten Kontakten zur Regierung und Angehörigen der Mubarak-Partei NDP – diejenigen, die Gesetze verabschiedeten, wurden mit Sitzen in Aufsichtsräten bedacht.

All dies begrenzte den Wettbewerb, abgeschottete Märkte führten zu dem, was in der Wirtschaftswissenschaft als Phänomen der »fehlenden Mitte« bezeichnet wird. Den alten und etablierten Großkonzernen steht dabei eine große Anzahl informeller Kleinunternehmen gegenüber. Was fehlt, sind innovative, junge und wachsende Firmen, die Arbeitsplätze schaffen. Dieses politisch motivierte System ist dafür verantwortlich, dass die Region inzwischen die weltweit höchste Jugendarbeitslosigkeit verzeichnet und nur der informelle Sektor nachhaltig wächst.

67,3%

aller Beschäftigten in Nordafrika arbeiten informell.

Hinzu kam, dass Regierungen mit marktorientierten, neoliberalen Reformen in den 1990er Jahren Einstellungen im öffentlichen Sektor erst beschränkten, seit dem Jahr 2000 sogar fast auf Eis legten. Im Staatsapparat stehen immer weniger Jobs zur Verfügung. Die Privatwirtschaft konnte diese Entwicklungen nicht abfedern – Entlassene und diejenigen, die neu auf den Arbeitsmarkt drängten, reichten sich gemeinsam in das Heer der Arbeitslosen oder informell Beschäftigten ein.

Die Armen können sich die Arbeitslosigkeit nicht leisten und landen daher in der Schattenwirtschaft. Informelle Arbeit ist in der Regel unqualifiziert und schlecht bezahlt, sie findet sich vor allem in der Landwirtschaft, im Baugewerbe, im Straßenverkauf oder bei einfachen Dienstleistungen, die in erster Linie von Menschen erbracht werden, die vom Dorf in die Städte ziehen. Informelle Beschäftigung bringt also eine Lohnbenachteiligung mit sich, sie ist unsicher und begrenzt die Entwicklungschancen der Arbeitnehmer sowie deren Chance auf höhere Löhne.

Dadurch entsteht eine Unbeweglichkeit, die als »Informalitätsfalle« bezeichnet wird. Seit einigen Jahren wird die Situation durch höhere Lebenshaltungskosten verschärft, die sich in der gestiegenen Inflation widerspiegeln. Seit Beginn der Aufstände im Jahr 2010

*Die Armen können es sich nicht leisten,
arbeitslos zu sein*

stieg der Verbraucherpreisindex, also das durchschnittliche Preisniveau lebenswichtiger Waren, in Tunesien um 55 Prozent, in Ägypten sogar um 62 Prozent.

Zahlen aus Ägypten zeigen, dass auch der unregulierte Schwarzmarkt starken Wettbewerbsdynamiken durch immer stärker verzweifelte Arbeitnehmer ausgesetzt ist: Die niedrigsten Löhne sinken weiter – die Kluft zwischen Gutverdienern und Billiglöhnern wächst. Immer mehr Jobs für die Massen, die vom geregelten Arbeitsmarkt ausgeschlossen werden, trugen zudem zur Stabilität der politischen Regime bei; denn informell Beschäftigte können keine Gewerkschaften oder Berufsverbindungen gründen. Ihre ökonomischen und politischen Sorgen bleiben meist ungehört – es sei denn, die aufgestaute Wut findet Ausdruck in individuellem Protest, wie dem, der letztlich den Arabischen Frühling entfachte.

Die Einkommens- und Vermögensungleichheit wird immer größer, auch wenn konventionelle Indikatoren für Ungleichheit teilweise etwas Anderes behaupten. Vielen Messverfahren gelingt es nicht, die Spitzeneinkommen richtig zu erfassen. Und während die soziale Absicherung für den Großteil der Bevölkerung weiter schrumpft, wenden sich die Wohlhabenden privaten Gesundheitsversorgern und Bildungseinrichtungen zu. In Kairo reißt die Regierung buchstäblich die Infrastruktur für den öffentlichen Verkehr ein, um mehr Platz für die Mercedes- und BMW-Karossen der Reichen zu schaffen.

87,5%

aller Beschäftigten in Nordafrika zwischen
15 und 24 arbeiten informell.

Das Familieneinkommen, der Bildungsgrad der Eltern, der Wohnort, das Geschlecht – alles Faktoren, die junge Leute kaum selbst beeinflussen können – bestimmen in zunehmendem Maße den Zugang zu Bildung, fließendem Wasser oder Strom, zur Grundversorgung, die nötig ist, um im Leben voranzukommen. Die Chancengleichheit steigt – die ökonomische Wende zum Besseren blieb aus.

Auf politischer Ebene entwickelten sich die Gesellschaftsverträge in Ägypten, Marokko und Tunesien unterschiedlich. In Ägypten wurde die ohnehin schon unsoziale Übereinkunft noch unsozialer. Die Armee betreibt immer mehr Unternehmen und ist zum führenden wirtschaftlichen Akteur aufgestiegen. Sie verfolgt eigene finanzielle Interessen und ist daher alles andere als unparteiisch. In Marokko behielt der König seine Vorrangstellung, zeigte jedoch auch Reformwillen: Die Industriepolitik im heimischen Markt gestaltet sich inzwischen etwas inklusiver, was die Grundlage für einen breiter gefassten Gesellschaftsvertrag schaffen könnte.

Tunesien sucht einen Weg, der noch mehr gesellschaftliche Schichten einschließt. Konsens über eine klare wirtschaftspolitische Ausrichtung herzustellen, ist jedoch nicht leicht, zumal immer wieder auch Extrempositionen im Raum stehen. Auch die Corona-Pandemie und der dadurch verursachte wirtschaftliche Schaden stellen eine weitere ernsthafte Bedrohung für den Wandel in Tunesien und Marokko dar.

Die ernüchternde Bilanz lautet: Seit 2010 verzeichnet die Region kaum wirtschaftlichen Fortschritt, von dem das Gros der Bevölkerung hätte profitieren können. Für echten Wandel wären grundsätzliche Veränderungen der Beziehungen zwischen den gesellschaftlichen Gruppen notwendig. Die Reformanstöße aus Tunesien und Marokko sind ein Anfang. Es ist zweifelhaft, ob sie wirklich tiefgreifenden sozialen Wandel möglich machen, aber die Lage ist nicht komplett hoffnungslos. Politische Entscheidungsträger müssen glauben, dass der nächste Arabische Frühling vor der Tür steht, sie müssen das Gefühl haben, dass ihre eigenen Positionen ständig und glaubhaft in Gefahr sind. Und darauf müssen sie reagieren – mit Reformen, nicht mit Repression.

Prof. Dr. Amirah El-Haddad ist Ökonomin und arbeitet für das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik im Forschungsprogramm »Transformation der Wirtschafts- und Sozialsysteme«.

»Alles beginnt mit dem Tod junger Menschen«



Foto: Philipp Spalek

Die Künstlerin Lara Baladi hat Fotos und Videos von Aufständen weltweit gesammelt. Dabei stößt sie auf erstaunliche Parallelen

INTERVIEW: MICHAEL NUDING

zenith: Wie haben Sie persönlich die ägyptische Revolution von 2011 erlebt?

Lara Baladi: Ich hatte damals gerade eine Kunstserie zum Tod meines Vaters abgeschlossen und war gedanklich schon auf dem Weg nach Mexiko für ein Kunststipendium – in Ägypten veränderte sich einfach nichts, und ich brauchte Veränderung. Doch dann kam der 25. Januar – der »Polizeitag« mit reduziertem Polizeiaufgebot – und wie jedes Jahr protestierten die Menschen auf dem Tahrir. Doch 2011 kamen zum ersten Mal mehr Demonstranten als Polizisten. In dieser Nacht sah ich das Video eines jungen Mannes, der einen Wasserwerfer der Polizei stoppte – genauso wie sich damals der »Tank Man« 1989 auf dem Tiananmen-Platz der chinesischen Armee entgegenstellte. Dieses Video hat mich tief berührt. Ich erinnerte mich, wie ich mehr als 20 Jahre zuvor die Bilder aus China im Fernsehen gesehen hatte, und spürte, dass eine neue, eine unsichere Ära in Ägypten begann. Am 28. Januar, dem »Tag des Zorns«, schloss ich mich den Demonstranten an.

»Ich erinnerte mich, wie ich mehr als 20 Jahre zuvor die Bilder aus China im Fernsehen gesehen hatte«

In dieser Zeit begannen Sie, Bild- und Videomaterial vom Tahrir-Platz zu sammeln.

Das Video das »Watercanon Man« aus Kairo ging viral. Zur gleichen Zeit sah ich auf Facebook eine 40 Jahre alte Rede von Jean-Paul Sartre vor streikenden Arbeitern in Frankreich. Ich bekam das Gefühl, Geschichte würde sich wiederholen. Daher begann ich, den kreativen Tsunami der Bilder und Videos einzufangen, der das Internet überschwemmte und all die Geschehnisse dokumentierte. Es entstand eine unendlich lange Linkliste voller Materialien, die sich vor allem um die Ikonographie und Bildsprache der Revolution drehte – vieles aus Ägypten, aber auch Elemente aus anderen Ländern oder Zeiten.

Warum sammelten Sie all diese Dinge?

Archivierung gehört zum Handwerk der Künstlerin. Anfangs war das Sammeln schlicht reflexartig, es war mein Versuch, diese außergewöhnlichen Entwicklungen festzuhalten. Alles geschah so schnell, ich war überwältigt und brauchte einen Weg, diesen historischen Moment zu begreifen. Irgendwann wurde meine Liste mit all den Fotos und Videos so umfangreich, dass ich begriff: Es wird ein Archiv. Ab diesem Moment begann ich, alles aktiv zu organisieren und methodisch weiter zu sammeln. Später nannte ich mein Archiv »Vox Populi – Tahrir Archives«, es entstand eine Sammlung der Kreativität und Ausdruckskraft des Volkes.

Wie sind Sie mit dem entstehenden Archiv umgegangen?

Im April 2011 hielt ich einen Vortrag in New York, bei dem ich einige der Eindrücke aus meinem Archiv teilte. Obwohl das Publikum voller Menschen war, die Ägypten gut kannten, schien niemand diese Bilder zu kennen. Da habe ich verstanden, wie wichtig meine Arbeit eigentlich war. Der standortabhängige Google-Algorithmus sowie ganz unterschiedliche Interessen gaben uns allen sehr verschiede-



Lara Baladi, geboren 1969, ist eine ägyptisch-libanesischer Künstlerin, Archivarin und Kunsterzieherin. Sie ist Mitglied der »Arab Image Foundation« und lehrt seit 2015 am »Massachusetts Institute of Technology« (MIT).

ne Bilder derselben Ereignisse. Ich wollte nicht mehr nur sammeln, ich wollte auch meine Geschichte erzählen, als eine von vielen Geschichten über den Tahrir.

Einige der Aufnahmen zeigten auch Menschen auf dem Tahrir während des zweiten großen Sit-ins im Juli 2011. Kannten nicht alle längst diese Bilder?

Auf meine Initiative hin installierten einige Aktivisten und Künstler eine große Leinwand auf dem Platz – wir starteten das »Tahrir Cinema«. Jeden Abend zeigten wir Bilder der Revolution, auch libysche Aktivisten aus Benghazi besuchten uns und brachten Videos mit. So entstand ein Ort des Austausches, an dem Aktivisten und NGOs weitere Schritte besprechen und sich gegenseitig Hilfe anbieten konnten. Eine Ort für die Menschen. Einmal präsentierte ich eine Auswahl aus meinem Archiv – Animationen, Vlogs, Filmausschnitte und Karikaturen. Zur Überraschung meiner Freunde sahen viele der Menschen auf dem Platz diese Bilder zum ersten Mal. Anders als die meisten dachten, hatten viele Ägypter damals noch keinen Zugang zum Internet und standen vor allem unter dem Einfluss der Mainstream-Medien.

Wie hat sich Ihr Projekt seitdem weiterentwickelt?

2014 bekam ich ein Stipendium des Massachusetts Institute of Technology (MIT). Ich wollte mein Projekt mit einem größeren Publikum teilen und beschäftigte mich intensiv mit digitalem Storytelling und Archivierungsmöglichkeiten. In diesem Kontext entstand auch die schauspielerische Darstellung »Performing the Archive« an der Universität Harvard. Am selben Tag begannen die Proteste gegen Polizeigewalt in Ferguson, die durch den Tod des Schwarzen Mike Brown aufgelöst wurden. Tahrir fühlte sich so weit entfernt an und war dennoch so nah: Zum Ende der Performance zeigte ich den brandaktuellen Ausdruck einer Facebook-Seite, die den »Tag des Zorns« in New York ankündigte. Der gleiche Auslöser, die gleichen Protestformen, die gleiche Wortwahl – ein weiterer Grund, mir die Parallelen zwischen dem Tahrir und anderen globalen Bewegungen genauer anzusehen.

Könnten Sie ein Beispiel für diese Parallelen geben?

Die offensichtlichste Gemeinsamkeit ist, dass viele Protestbewegungen durch den Tod junger Menschen ausgelöst oder charakterisiert werden: Der Tod von Neda Agha Soltan 2009 in Iran, der Tod von Khaled Said 2011 in Ägypten, der Tod des Syrers Hamzah Al-Khatib 2011, der Tod von Mike Brown oder auch der Tod von George Floyd in den USA im Mai 2020 – und noch viele mehr.

Auch in Ihrem neuen Projekt halten Sie nach diesen Ähnlichkeiten Ausschau.

In »Anatomy of a Revolution« möchte ich verstehen, wie Revolutionen funktionieren, ich möchte sie sezieren. Inspiriert hat mich dabei vor allem das gleichnamige Buch von Brighton Crane. Er zeigt darin, wie ähnlich die großen Revolutionen der Geschichte abliefen, und dass sie einem zyklischen Verlauf in immer gleichen Phasen folgten. Auch ich habe in meinem Archiv verschiedene Phasen der ägyptischen Revolution gefunden, beziehungsweise deren Symptome in Form visueller Materialien aus den jeweiligen Zeiten.

»Viele Protestbewegungen wurden durch den Tod junger Menschen ausgelöst«

Welche Phasen sind das?

Alles beginnt mit dem vorrevolutionären Status quo. Die Steigerung der Proteste spätestens seit dem Tod von Khaled Said führten zum Aufstand, den 18 Tagen des Tahrir, die von einer riesigen Welle visueller Materialien begleitet wurden. Die Entfaltung der Revolution führte daraufhin erst zur Machtübernahme der Muslimbrüder und später zur Herrschaft des »Obersten Rates der Streitkräfte«, bevor sich ein postrevolutionärer Status quo unter Präsident Al-Sisi einstellte. Diese letzte Phase war die Zeit für sozioökonomische und politische Analysen, die Zeit, Bilanz zu ziehen, für einige die Zeit, das Land zu verlassen, für andere die Zeit zur Rückkehr zum Alltag. Für die allermeisten war es aber die Zeit, sich aus dem Politischen zurückzuziehen und sich auf das eigene ökonomische Überleben zu konzentrieren.

Wie viel Veränderung können Revolutionen dann erreichen?

Je weiter wir uns von dieser Phase entfernen, wird deutlich, dass Transformationsprozesse, der Kern von Revolutionen, keinen Anfang und kein Ende haben. Seit 2011 hat sich die ägyptische Gesellschaft verändert – teils radikal, teils ganz subtil. Die ägyptische #MeToo-Bewegung ist ein Beispiel für diese, wenn schon nicht politische, dann doch gesellschaftliche Revolution.

Glauben Sie, Ihr Archiv hilft bei der Planung künftiger Revolutionen?

Falls es so funktionieren würde, würde die Menschheit nicht seit Tausenden von Jahren Aufstände und Revolutionen erleben – schon unter der Herrschaft von Ramses III. wurde ein Streik der Arbeiter

in der Stadt Deir El-Medina dokumentiert. Konfuzius hat einmal gesagt: »Unser größter Ruhm liegt nicht darin, niemals zu fallen, sondern nach jedem Scheitern wieder aufzustehen.« Wir müssen aus der Geschichte lernen, um bewusst in die Zukunft zu schreiten. Ich möchte dafür eine künstlerische Perspektive eröffnen und nahelegen, dass sich der historische Zyklus, in dem wir gefangen sind, verändern kann – von Revolutionen hoffentlich zur Evolution.



Emmett Till 1955, Neda Agha Soltan 2009, Khaled Said 2011, Hamzah Al-Khatib 2011, Mike Brown 2014, George Floyd 2020

RESTAURATION UND STAATZERFALL

Ägypten



11. Februar 2011

Als Reaktion auf Massenproteste gibt Präsident Hosni Mubarak sein Amt auf – nach fast 30 Jahren an der Macht. Der Oberste Militärrat übernimmt die Führung des Landes.

23. Januar 2011

Erste Sitzung des neu gewählten Parlaments. Aus den ersten freien Parlamentswahlen Ägyptens ging die Partei der Muslimbrüder als Sieger hervor – zusammen mit den Salafisten erreichte sie mehr als 70 Prozent der Stimmen.



14. August 2013

Die Polizei räumt gewaltsam das Protestlager der Muslimbrüder am Rabia-Al-Adawiyya-Platz – mehrere Hundert Menschen, die gegen den Militärputsch gegen Präsident Muhammad Mursi demonstrierten, werden getötet.



8. Juni 2014

General Abdel-Fattah Al-Sisi wird als neuer Präsident vereidigt. Bei der Wahl gewann er nach offiziellen Angaben fast 97 Prozent der Stimmen.



23. November 2019

Sicherheitskräfte nehmen mehrere Redakteure der unabhängigen Zeitung *Mada Masr* fest. Seit Sisis Machtantritt werden kritische Stimmen aus Journalismus und Zivilgesellschaft zum Verstummen gebracht.



Libyen



17. Februar 2011

In mehreren libyschen Städten brechen Proteste gegen das Gaddafi-Regime aus. Aufständische erobern in den folgenden Wochen die Stadt Benghazi und den Osten des Landes. Bei Straßenkämpfen sterben Hunderte.

22. Februar 2011

Muammar Al-Gaddafi kündigt in einer Rede an, die Aufständischen bis aufs Blut zu bekämpfen und sie »Zentimeter für Zentimeter, Haus für Haus, Straße für Straße« zu verfolgen.



20. Oktober 2011

Gaddafi wird beim Fluchtversuch gelyncht. Seit März unterstützte eine internationale Militärkoalition die Aufständischen. Deutschland hatte sich bei der Abstimmung im UN-Sicherheitsrat über eine Intervention in Libyen enthalten.



25. Juni 2014

Das islamistische Bündnis »Morgenröte« erkennt die Parlamentswahlen nicht an und erobert die Hauptstadt. Es entstehen zwei befeindete Regierungen, eine im Osten und eine im Westen. Ein Krieg bricht aus.



4. April 2019

General Khalifa Haftar, dessen Truppen große Teile Ostlibyens kontrollieren, ruft zum Angriff auf die Hauptstadt. Daher greift die Türkei aufseiten der Regierung in Tripolis in den Bürgerkrieg ein. Internationale Vermittlungsversuche blieben erfolglos.



NEUE BÄSSE BRAUCHT DAS LAND

Für die Musik in Libyen war die Revolution von 2011 eine kreative Explosion.
Wie geht es den Musikerinnen und Musikern heute?

VON YASMIN SCHNEIDER SAAID

Foto: Dado

S

elten war Musik in Libyen so öffentlich und politisch wie im Verlauf des Jahres 2011. Professionelle Musiker und Hobby-Künstler erlebten einen Aufschwung. Besonders zwischen 2011 und 2013 waren Live-Musik und virale Musikvideos ein wichtiger Teil der Veränderungen und schafften Räume für eine neue Form von künstlerischem Ausdruck in Libyen.

Unter Gaddafi war Kunst, wie auch alles andere, stark monopolisiert.

Wer Musik spielen oder gar professionell aufnehmen wollte, brauchte eine Erlaubnis, geknüpft an strenge Kontrollen der Liedtexte. Bereits seit den 1970ern nahmen daher viele Musiker ihre Alben im Ausland auf. Größen wie die Rocklegende Ahmed Fakroun oder der Vater des libyschen Reggaes, Ibrahim Al-Hasnawi, reisten nach England, Frankreich und Italien. Mit den US-Sanktionen im Jahr 1986 schwanden diese Möglichkeiten.

»Einige sind dennoch mit dem Boot nach Italien übergesetzt, um dort ihre Songs aufzunehmen«, erzählt Alaa Elawani. Der seit den 1990ern aktive Blues- und Softrock-Musiker arbeitet als Produzent in Tripoli und erinnert sich noch gut an das, was 1986 als Reaktion auf die Sanktionen folgte: »Das Regime zerstörte alle westlichen Instrumente, einfach alles, was man finden konnte, auch öffentlich, auf dem Grünen Platz«. Alles, was nicht als libysche Musik identifiziert wurde, wurde untersagt. Aber wie so oft fanden die Künstler Wege, sich freizuspielen. In den 1990ern lockerte das Regime die Musikverbote, doch die Verteufelung sogenannter westlicher Musik wirkt bis heute nach.

Umso unvorhersehbarer waren die zahlreichen Live-Auftritte und Konzertaufnahmen während der Revolution. »Ich war geschockt. Auf einmal kamen so viele Menschen und wollten Lieder aufnehmen«, erinnert sich der seit den 1990ern in Benghazi lebende bosnische Musiker und Produzent Dado.

Auch die libysch-serbische Amazigh-Sängerin Dania Ben Sassi ist Teil dieser Bewegung. Mit dem Erklängen ihrer Stimme nahm eine Sprache und Identität Raum für sich in Anspruch, die zuvor Jahrzehnte lang verboten gewesen war. Ben Sassis Performance im Zuge der ersten öffentlichen Feier des Amazigh-Neujahrs 2013 sowie die Herausgabe der ersten libyschen Tamazight-Schulbücher verdeutlichen den Wunsch nach Anerkennung einer vehement unterdrückten Kultur. Lange haben Amazigh-Künstler ihre Musik heimlich aufnehmen oder in gefälschten Kassettenhüllen verkaufen müssen, da der Gebrauch ihrer Sprache gesetzlich untersagt war.

2011 endete das Versteckspiel. Noch bevor das Gaddafi-Regime stürzte, sang Dania Texte, die ihr Vater gedichtet hatte. Diese Lieder fanden ihren Weg über CDs über die libyschen Flüchtlingsunterkünfte auf Djerba nach Tripolis, wo sie schnell so populär wurden, dass sie auch viele arabischsprachige Fans fanden.

Viele junge Libyerinnen und Libyer hinterfragen seither ihre Identität neu. Während immer mehr Millennials auf Tamazight schreiben können, konnten ihre Eltern die Sprache zwar sprechen,

durften aber nicht lernen, sie zu lesen und zu schreiben. Für viele war Musik Ausdruck einer Überlebensstrategie in solchen Phasen der Repression. Dass nun ausgerechnet eine junge Frau aus der libyschen Diaspora die Revolution mit ihren Liedern öffentlich auf Tamazight unterstützte, glich einem lauten Knall, der sich gegen die Unterdrückungskultur erhob.

Bereits vor 2011 hatte die libysche Rockszene eine etablierte Konzertstruktur. Eine der vielen bekannten Gruppen war die Band Guys Underground aus Benghazi. Während die Stadt im Verlauf der Revolution monatelang unter Beschuss geriet, unterstützten die Musiker die Bevölkerung auf ihre Weise. Ihr Song »We Will Not Surrender« war an der Front häufig zu hören. Der Titel ist eines der berühmtesten Zitate von Omar Al-Mokhtar, dem Widerstandskämpfer im Krieg gegen die italienische Besatzung und Symbol der nationalen Einheit.

Mit der Aufnahme war Dado damals nicht zufrieden: »Wir haben die Gitarre von Rami nur einmal aufgenommen, er war sehr gut, aber es war noch nicht perfekt. Ich habe ihm gesagt, dass er am nächsten Tag wiederkommen müsse. Aber dann war er zur falschen Zeit am falschen Ort und kam nie wieder«. Seit Ramis Tod erklingt die erste Aufnahme des Gitarrensolos im Lied.

Dado öffnete sein privates Studio seither vielen motivierten jungen Künstlern. Die anfängliche Euphorie klang jedoch schnell wieder ab. Radikale islamische Milizen wie Ansar Al-Scharia schüchterten weite Teile der Zivilbevölkerung erfolgreich ein.

Für Musiker wie Judge änderte dies jedoch nichts. »Für mich hat die Revolution keinen Unterschied gemacht, ich mache mein eigenes Ding«. In einem bekannten Café in Tripolis spielte seine Band Black Schnack seit 2008 jeden Donnerstag zur Vorbereitung auf größere Gigs. Unbeeindruckt von den Musiktrends der vergangenen Jahre und enttäuscht über die Abwesenheit von professionellen Produktionsmöglichkeiten, arbeitet der Musiker

und IT-Fachmann heute an neuen Liedern – er möchte Beats aus verschiedenen Teilen Libyens zusammenbringen.

Für andere Künstler wie Abdulhafeez Albosife eröffneten sich aber ganz neue Möglichkeiten. 2015 kam er aus dem südlibyschen Sabha in die Hauptstadt, um dort als Kameramann zu arbeiten. »Das Problem ist, dass wir hier in Libyen keine Struktur für Musikschulen haben, die meisten Künstler haben sich die Instrumente selbst beigebracht oder es durch ihre Freunde und Familien gelernt«. Auch Albosife kam so zur Musik, schließlich hatte bereits sein Vater die Oud gespielt.

Die Entscheidung, in die Hauptstadt zu ziehen, scheint für viele Musiker aus dem Süden Libyens der einzige Ausweg aus ihrer Misere. Die Kämpfe der vergangenen Jahre haben ihre Spuren im Fezzan hinterlassen, andauernde Stromausfälle und Versorgungsengpässe bestimmen den Alltag. Professionell Musik zu produzieren ist unter diesen Umständen nahezu unmöglich.

2015 begann der damals 17-jährige MC Hamza dennoch seine Rap-Karriere in Sabha. Von der Politik hält er sich fern, aber er thematisiert die sozialen und ökonomischen Missstände. Für einige Zeit rappte er in einer größeren Gruppe, arbeitete mit Tuareg-Bands zusammen und gewann schließlich einen Rap-Battle gegen einen Künstler aus Tripolis. Daraufhin wurde der international bekannte Hip-Hop-Produzent Ahmed Kwifya auf ihn aufmerksam, produzierte den Song »16 bar« und nahm ihn in seine »Adrenalin Show« auf.

**»Meine Revolution wird
noch kommen«, sagt die
Sängerin Fawz**



Titelbild: Dada bei einem spontanen Konzert in Benghazi im Sommer 2020.

Foto: Aisha Nafu

Von oben nach unten: Dada während ihrer Radioshow »Music Fabric«, der Merskawi-Musiker Hassan Elbijou und Fawz.



Foto: Hassan Elbijou



Foto: Mohamed El-Gadi

Wenn sich allerdings keine Produktionsmöglichkeiten auftun, heißt es für Künstler im Fezzan, auf unbestimmte Zeit abzuwarten. Wie Hamza schreibt auch der Reggae-Musiker Walid immer weitere Songs, schreibt sich alles von der Seele und hofft auf seine Chance. »Ich wünschte, die Menschen würden das Talent der jungen Künstler im Fezzan erkennen. Ich bekomme so viele Konzertanfragen, aber niemand unterstützt Reggae-Musiker finanziell. Die Älteren mögen unsere Musik nicht, wir sollten doch etwas Ordentliches spielen, traditionelle Musik eben«.

Obwohl libyscher Reggae inzwischen seit über 40 Jahren eine sehr spezielle Nische besetzt, stehen Künstler wie Walid außerhalb der Metropolen oft in der Kritik für ihre »zu westliche Musik«. Alaa Elwani aus Tripoli schmunzelt liebevoll: »Libyscher Reggae, das ist romantischer Reggae, über Politik durften wir ja nicht singen«.

Das Finanzierungsproblem betrifft nahezu die gesamte libysche Musiklandschaft, denn nur wer über ausreichend finanzielle Kapazitäten verfügt, kann seine Lieder aufnehmen. Die Zahl der Produktionen ist überschaubar, und die wenigsten kümmern sich um Copyrights. Meist werden die Lieder einfach auf Youtube, Facebook und Instagram geteilt.

Einer der wenigen professionellen Musikproduzenten ist der 24-jährige Ahmed Debani. Ursprünglich stammt er aus Derna. Während seines Ingenieurstudiums in Malaysia ging er weiter seiner Leidenschaft für Musik nach. Seine Debütsingle »Sky« mit zwei sudanesischen Rappern erschien im Sommer 2020. Das Video drehte er in zwei Tagen ab, bevor er wieder nach Libyen zog. Seither lebt er in Benghazi. Dort arbeitet er zusammen mit der 25-jährigen Dada für den Sender DO FM an der wöchentlichen Show »Music Fabric« und präsentiert noch unbekannte libysche Künstler. Debani produziert R&B, Trapsoul und Lofi Hip-Hop. Er teilt die Lieder über alle größeren Streamingportale und erreicht damit ein breites Publikum auch außerhalb Libyens.

Nicht weit von ihm entfernt, aber dennoch in einer komplett anderen musikalischen Welt lebt Hassan Elbijou, der vor allem traditionelle Merskawi-Musik spielt. 2010 lernte Hassan Akkordeon zu spielen, 2011 nahm er sein erstes Album auf – unterbrochen durch die militärischen Auseinandersetzungen. Um seine Stimme weiter zu schulen, studierte er von 2012 bis 2016 am Ali-Shaliya-Institut in Benghazi, das nach einem der bekanntesten libyschen Sänger benannt ist. Die Institution existiert seit den 1960ern und bildet junge Menschen in verschiedenen Kunstbereichen aus. Hassan spielt mit seiner Band Alzaman Aljamil (zu Deutsch: Die schöne Zeit) im ganzen Land auf privaten Feiern. »Wir haben schon sieben Alben produziert, aber dadurch generieren wir keine Einnahmen, wir verdienen unser Geld über die Konzerte«. Neben Merskawi spielt die Band auch Moushahat, eine weitere Form traditioneller libyscher Musik.

Die bekannteste traditionelle Musikform Libyens ist jedoch Malouf. Nachdem andalusische Flüchtlinge nach der Reconquista ihre

Musik nach Nordafrika mitgebracht hatten, entwickelten sich die Stile in unterschiedlichen Regionen Libyens weiter: Merskawi im Osten, Malouf und Moushahat besonders im Westen des Landes.

Aber auch der traditionellen Musik musste sich schon des Vorwurfs der Verwestlichung erwehren. In den 1960ern waren bei den Auftritten vermehrt auch Streichensembles dabei – was anfangs eine kontroverse Debatte entfachte. Der Musikethnologe Philip Ciantar hat beschrieben, wie schon lange vor der Revolution Elemente von Tradition und Moderne in Libyens Musiklandschaft ineinandergriffen haben. Eine Essenzialisierung von Genres und Künstlern auf »libysch versus westlich« oder »traditionell versus modern« greife daher zu kurz und sei auf politische Rhetorik zurückzuführen. Auch vor der Revolution war libysche Musik von Wandel und lokaler Transformation geprägt, doch erst mit dem Ende der Diktatur brachen öffentliche Räume für etablierte und neue Künstler auf.

2011 verschwand der alte Rahmen staatlicher Zensur über Nacht, aber die Grenzen sozialer Restriktionen blieben bestehen. Während libysche Rapper in den Sozialen Medien Rekorde bei ihren Followerzahlen verzeichneten, plante Fawz über Wochen hinweg, heimlich eine Gitarre zu kaufen. Die 31-jährige Innenarchitekturstudentin aus Tripoli ist inzwischen nach mehreren Live-Auftritten eine lokale Größe in der Kulturszene der Hauptstadt. Im März 2020 kam ihre Debütsingle heraus.

Sie erinnert sich an 2011: Nach kurzer Freude über den Sieg der Revolution zog sie sich in ihr Zimmer zurück und spielte heimlich Musik. »Wir sind endlich frei, also können wir jetzt tun, was wir möchten? Nein! Das war ihre Revolution, meine wird noch kommen«. Viele Musikerinnen wie Fawz halten ihre Instagram-Profilen privat. Das verringert die Wahrscheinlichkeit, entdeckt zu werden.

Trotz ihrer starken Stimmen müssen sie ihre Musikkarrieren heimlich aufbauen, oft ohne das Wissen ihrer Familien.

Nahezu alle Künstler können von ähnlichen Problemen erzählen. »Es war eine Schande, ein Musiker zu sein, inzwischen ist immerhin die Akzeptanz gestiegen«, so der Merskawi-Sänger Hassan. Doch für Frauen fallen die Restriktionen oft noch schärfer aus.

Aus Angst vor Missgunst gegenüber ihren Familien fügen sich viele dem gesellschaftlichen Druck. Wer wirklich professionell Musik machen möchte, muss außerhalb Libyens eine Karriere aufbauen, so der Konsens der meisten Musikerinnen und Musiker. Sie arbeiten trotzdem weiter – in Libyen –, schreiben neue Songs und machen Gebrauch von neuen Möglichkeiten. So nutzten sie während der Corona-Pandemie freie Räume und teilten ihre Werke online mit der Welt. Dada sieht in der Kunst viel Hoffnung für Libyen: »Musik bleibt Musik, hier teilen wir nicht in Regionen auf«.

Yasmin Schneider Saaid ist deutsch-libysche Kulturjournalistin und derzeit Masterstudentin an der Humboldt Universität zu Berlin.

Musiker aus dem Süden haben es besonders schwer

Das Gaddafi-Regime ließ alle westlichen Instrumente zerstören

GENERATION 2011

Das grüne Tuch

Der Sturz Gaddafis ermöglichte Ibrahim Shebani seinen größten Traum.
Jetzt macht er selber Mode

VON MIRCO KEILBERTH

Es war, als hätte Ibrahim Shebani auf diesen Moment sein ganzes Leben gewartet. An einem langen Febru- arabend hatte der 43-Jährige mit Freunden die Neuigkeiten aus Tu- nesien und Ägypten in einem Café in Hay Al-Andalus diskutiert. In den Nachbarländern herrschte nach dem Sturz von Ben Ali und Muba- rak Euphorie. In dem gutbürgerlichen Stadtteil von Tripolis rechnete hingegen kaum jemand mit einem

Aufstand gegen den seit 42 Jahren regierenden Muammar Al-Gaddafi. An dem Abend erreicht Shebani dann aber die Nachricht, dass in seiner Heimatstadt Benghazi ein Marsch gegen die grassierende Korruption geplant sei. Libyen litt zwar nicht unter den wirtschaftlichen Problemen der Nachbarländer. Doch mit der Öffnung der Wirtschaft für ausländische Firmen und Exil-Libyer war auch die Vetternwirtschaft aufgeblüht. Der Hobbyzeichner hoffte, die Liberalisierung nutzen zu können, um Libyens erstes Modemagazin heraus zu bringen. Das wäre mal was anderes als sein bisheriger Job in einer Werbeagentur. Die Idee fand die Zustimmung der politischen Zensoren, scheiterte jedoch an der Engstirnigkeit der lokalen Behörden. Seine Vision eines Magazins, dass Libyen als multikulturelles Land zeigt, musste also warten. Stattdessen buchte Shebani ein Flugticket nach Benghazi, als dort am 15. Februar 2011 die nächste Demonstration anstand. Zwei Tage später ging dann alles ganz schnell. Nachdem Soldaten auf die unbewaffneten Demonstranten geschossen hatten, flohen die meisten Gaddafi-Anhänger vor dem Volkszorn. Benghazi war frei. Nun verwirklichte Shebani seinen Traum. Er gründete das *Libyan Magazine*, ein Lifestyle-Blatt auf Englisch und Arabisch. Die junge Redaktion bestand aus Freunden und Akti- visten aus dem ganzen Land.

»Rund um Benghazi haben die Griechen und Ägypter, in Westlibyen die Römer und viele andere die Kultur geprägt«, sagt Shebani. »Ich habe mich schon immer als Teil der mediterranean Kultur gesehen und nicht nur als Araber oder Muslim.« Zehn Jahre später hat der Medienmacher seinem Land den Rücken gekehrt und lebt in Tunis. »Schon Ende 2011 erhielten wir Morddrohungen von Islamisten, im Sommer 2012 brachte Ansar Scharia in Tripolis und in Benghazi erstmals Journalisten und Aktivisten um«, erinnert sich Shebani. »Ich weiß nicht, ob die radikalen Gruppen die Revolution bewusst gekapert oder nur das Machtvakuum für sich genutzt haben. Die mit den Parlamentswahlen von 2014 verlorene Macht haben sie sich mit Waffengewalt zurückgeholt.« Libyen sei nun zwischen zwei Regierungen gespalten, und in keiner säßen echte Repräsentanten des Volkes, beklagt er. »Es gibt keine gute und schlechte Seite.« In Tunis arbeitet Shebani als Modedesigner. »Born in Exile« nennt er sein Label. Seine Entwürfe wurden auf Fashion

Seine Vision eines Magazins, dass Libyen als multikulturelles Land zeigt, musste warten. Stattdessen buchte Shebani ein Flugticket nach Benghazi

Weeks in Tunis und in Paris gezeigt, sie verbinden Leder und klassische libysche Stoffe mit Symbolen und Schnitten aus Benghazi oder der Sahara. Seine nächste Kollektion will er aus dem Stoff von Rettungswesten schneiden. Hoffnung auf eine Rückkehr nach Libyen hat er zurzeit nicht. »Mir geht es wie vielen, die 2011 für ein neues Libyen auf die Straße gingen. Aber immerhin kann ich mit meiner Mode zeigen, dass es in Libyen mehr gibt als Waffen und Gewalt.«



VON DER REVOLUTION IN DEN DSCHIHAD

Das Paradies ist immer anderswo

Mohammed el-Fahem warf Steine auf tunesische Polizisten. Als die Revolution gelang, hoffte er auf einen Gottesstaat. Erst in Tunis, dann in Raqqa

VON HEDI YAHMED



Fotos: privat

M

Mohammed el-Fahem, 29 Jahre alt, deutsch-tunesischer Doppelstaatler, ist Sohn tunesischer Eltern, die in den 1980er Jahren Nabeul, eine kleine Küstenstadt etwa 60 Kilometer südwestlich von Tunis, verließen. Auf der Suche nach besseren Lebensbedingungen bauten sie sich in Deutschland eine neue Existenz auf. Irgendwann beschloss die Familie, nach Tunesien zurückzukehren – sie fürchtete, ihr Sohn Mohammed könne zwischen Vergnügungsparks und all den Wonnen des Lebens in Deutschland »verloren gehen«. Doch nach der Rückkehr nach Tunesien verlor sich Mohammed stattdessen im Tunnel extremistischer Organisationen zwischen Tunis und Raqqa.

Ende 2016 traf ich Mohammed in Istanbul und führte unzählige Gespräche mit ihm in den Cafés der Stadt. Ich wollte verstehen, wie sich ein verwöhntes Einzelkind aus recht bequemen finanziellen Verhältnissen in ein wildes Monster verwandelt und nach Raqqa reist, um sich einer der blutrünstigsten Organisationen unserer Zeit anzuschließen. Und Mohammed erzählte mir seine Geschichte.

Die ersten fünf Jahre seiner Kindheit verbrachte er in Dortmund. Mohammed erinnert sich, wie er gegenüber der Gastarbeiterwohnungen in seinem Viertel spielte, an die Straßenbahn und an Schneeballschlachten im deutschen Winter. All dies wurde zur unschuldigen Vergangenheit, die längst Geschichte ist.

Mohammeds Eltern wollten nicht, dass ihr Sohn in Europa seine islamische Identität verliert, und brachten ihn deshalb zurück nach Tunesien. Seine Erziehung sollten dort die Großeltern auf dem Land übernehmen. Als Kind entdeckte Mohammed dort eine ungerechtere und weniger wohlhabende Welt, in der Kinder und Jugendliche kaum Gehör finden. Eine Welt, in der Arbeitslosigkeit, Armut und politische Unterdrückung an der Tagesordnung waren. Er, der deutsche Auswanderer, stellte fest, dass der Traum vieler tunesischer Jugendlicher ein Leben in Europa war – in seiner alten Heimat.

Als Teenager, gerade auf der Suche nach der eigenen Identität, dem eigenen Lebensweg, bekam Mohammed eine ganz persönliche Kostprobe der Ungerechtigkeiten im Land seiner Eltern zu spüren. Damals ging er regelmäßig zum Beten in die Moschee und traf dort Freunde. Als er noch nicht einmal 15 war, spielte Mohammed mit anderen religiösen Jugendlichen auf einem Platz in Nabeul Fußball. Plötzlich kam die Polizei, umstellte das Spielfeld und nahm alle mit aufs Revier.

Zu dieser Zeit kontrollierte die Polizei regelmäßig Gruppen salafistischer Jugendlicher, die sich zum Fußballspielen oder anderen Aktivitäten verabredeten. Obwohl Mohammed schnell wieder freigelassen wurde, er war schließlich minderjährig, führt ihm dieser Vorfall vor Augen, wie eingeschränkt sein Freiheitshorizont in Tunesien war. Er

begann, ernsthaft darüber nachzudenken, wieder nach Dortmund zu gehen – in das »deutsche Paradies«, das ihm weggenommen wurde.

Ein Jahr nach seiner Verhaftung kehrte Mohammed auf die Polizeiwache zurück – diesmal um sein Recht auf einen Reisepass einzufordern. Er wollte einfach weg und schwor sich, nie wieder nach Tunesien zurückzukehren, falls er diesen Pass bekommen sollte. Er wartete ein Jahr, zwei Jahre, drei Jahre – ohne Erfolg. Ihm wurde klar, dass er den Pass wohl nie bekommen würde – weil er als »radikaler Salafist« eingestuft wurde. Mohammeds Groll auf die Sicherheitsbehörden wuchs, er ging immer häufiger zum Gebet in die Moschee – wohl wissend, dass er und sein gesamtes Umfeld ständig überwacht wurden. Er klammerte sich an seine »neue Identität«, begann, Koranstunden zu besuchen, lernte den gesamten Koran auswendig. Heimlich traf er sich mit den sogenannten Brüdern des Glaubens. Die Sicherheitsbehörden folgten ihm inzwischen auf Schritt und Tritt. Bis zum Dezember 2011. Da brach die Revolution aus – Mohammed war da gerade 19 Jahre alt.

Voll grimmiger Entschlossenheit ging auch Mohammed auf die Straßen, um Ben Alis Regime zu stürzen. An vorderster Front stellte er sich in Nabeul den Sicherheitskräften entgegen und warf einen Stein nach dem anderen. Die Revolution gelang, und am 14. Januar 2011 floh Ben Ali nach Saudi-Arabien. Mohammed atmete erleichtert auf. Dies waren seine Tage des Sieges, der Befreiung – es war der »Sieg Gottes«, so Mohammed wörtlich.

An Tag zwei nach der Revolution machte er sich auf den Weg zum Polizeirevier, um endlich den Pass zu bekommen, dem man ihm so lange vorenthalten hatte.

Schon drei Tagen später hielt er ihn in den Händen – nun hätte er ausreisen können, aber sein Wunsch, ins »deutsche Paradies« zurückzukehren, war verflogen. Stattdessen träumte er nun davon, einen Staat in Tunesien zu errichten, der »nach Gottes Gesetz regiert wird«. Mohammed engagierte sich bei »Ansar Al-Scharia«, einer der nach der Revolution neu gegründeten radikalen Gruppen. Er hatte das Gefühl, im religiösen Aktivismus und Demonstrationen seine Berufung gefunden zu haben.

Nach dem Mord am linken Aktivist Chokri Belaid durch radikale Salafisten am 6. Februar 2013 begannen die Sicherheitskräfte, die Aktivitäten militanter salafistischer Organisationen einzuschränken. Mohammed dachte erneut an die Emigration. Diesmal hatte er ein »neues Paradies« vor Augen – weit weg von Dortmund: Er wollte nach Raqqa, in eben jene syrische Stadt, die international bekannt wurde, als der IS sie einnahm und dort eine seiner Hochburgen errichtete.

Im Sommer 2014 machte sich Mohammed auf den Weg, von Nabeul nach Süden in Richtung libyscher Grenze. Zu dieser Zeit fahndete die Polizei gerade im Kontext eines Terroranschlags in Tunis nach ihm. Er reiste heimlich, durchquerte die tunesisch-libysche Wüste mithilfe eines Guides und erreichte so die Stadt Sabrata, wo er Aufnahme in einer dschihadistischen Zelle fand. Obwohl er versucht war, einfach in Libyen zu bleiben, wo zu dieser Zeit für extremistische Organisationen viel möglich war, blieb Mohammed dabei: Er

wollte nach Syrien, ins »Kalifat«.

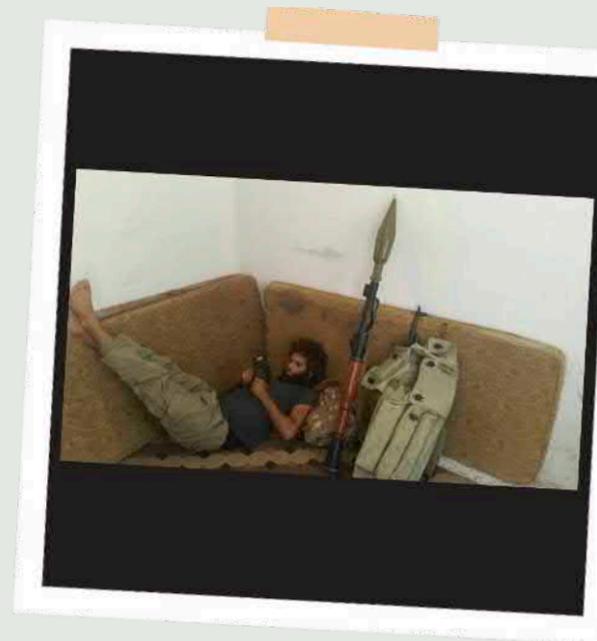
Sein tunesischer Pass ermöglichte ihm die Reise nach Istanbul, wo er in einem Gästehaus des IS unterkam. Von dort ging es weiter nach Urfa in die Südtürkei und schließlich über die Grenze Richtung Tel Abyad, das damals unter der Kontrolle des »Islamischen Staates« stand. Mohammed erzählte mir, wie er sich voller Dankbarkeit niederwarf und Gott lobte, sobald er syrischen Boden betrat.

Nach seiner Ankunft in Raqqa schloss sich Mohammed dem Bataillon »Saif Al-Dawla« (»Schwert des Staates«) an, das hauptsächlich aus Einwanderern bestand. Er nahm an der Eroberung der antiken Wüstenstadt Palmyra teil und zog in die Schlacht um den Luftstützpunkt von Kuweyres. Doch während der Kämpfe um Kobane, in denen lange weder der IS noch die Truppen der »Demokratische Kräfte Syriens« die Oberhand erringen konnten, bemerkte Mohammed etwas, das ihm gar nicht gefiel: Der Befehl lautete, die Stadt um jeden Preis zu halten. Dafür schickte der IS vor allem ausländische Kämpfer nach Kobane, Hunderte hatten bereits ihr Leben verloren. Mohammed fiel auf, wie wenig der Organisation das Leben ihrer internationalen Kämpfer bedeutete.

Im Rückblick erschien Dortmund als das Paradies der Kindheit

Seitdem, so erzählte er, fiel ihm die Diskriminierung in der Behandlung internationaler IS-Anhänger auch an vielen anderen Stellen auf.

Der endgültige Wendepunkt in Mohammeds Wahrnehmung des IS war die Exekution Dutzender Einwanderer durch den IS-Sicherheitsapparat. Unter den Hinrichtungsoffern befand sich einer seiner alten Freunde aus Nabeul, der ebenfalls nach Raqqa gekommen und schon seit einiger Zeit verschwunden war – man warf Rafiq Al-Ghoul zu den anderen Toten in die Al-Houta-Grube, ein tiefes Massengrab in einem Vorort von Raqqa. Diese Grube wurde zum neuen Symbol für die repressive Herrschaft des IS, nicht nur über die lokale Bevölkerung, die sich den Dschihadisten widersetzte, sondern auch gegen Anhänger aus den eigenen Reihen, die Entscheidungen des »Kalifen« zu kritisieren wagten.



In der zweiten Hälfte des Jahres 2016 beschloss Mohammad, erneut zu fliehen. Dabei profitierte er von seiner willkürlichen Versetzung vom Bataillon »Saif Al-Dawla« nach Manbidsch an die türkische Grenze. Vor ihm waren bereits Dutzende Einwanderer aus Tunesien und anderen arabischen Ländern geflohen. Dabei halfen syrische Schmuggler, die den ehemaligen IS-Kämpfern die geheime Flucht über die türkische Grenze ermöglichten, solange sie für ihr riskantes Unterfangen gut bezahlt wurden. Um genug Geld zusammen zu bekommen, verkaufte Mohammed seine beiden Kalaschnikows. Dann setzte er sich mit Hilfe eines Schleusers nach Idlib ab, das außerhalb des IS-Gebiets lag. Von dort aus reiste Mohammed mit einem anderen Schmuggler auf verschlungenen Pfaden in die Türkei.

Als ich Mohammed in Istanbul traf, war er kurz zuvor aus der »IS-Hölle« zurückgekehrt. So bezeichnete er seine Erfahrung nun. Er erzählte mir, wie er desillusioniert und gebrochen durch die Straßen Istanbul irrte, eine Unterkunft hatte er nicht. Er erzählte von seiner Angst vor den in Istanbul stationierten IS-Agenten und seiner ständigen Flucht vor den türkischen Sicherheitsbehörden. Und er erzählt mir auch von seinen Rachedenken und seiner Wut auf den »Scharlatan Al-Baghdadi«, wie er den »Kalifen« des IS bezeichnete, der in seinen Augen Tausende tunesischer, arabischer und generell muslimischer Jugendliche betrogen hatte.

Und was nun? Eine Frage, auf die Mohammed keine Antwort hat. Er selbst weiß nicht, wohin er gehen, wohin er fliehen soll, zumal er wegen einer gegen ihn verhängten Haftstrafe nicht nach Tunesien zurückkehren will. Ist es möglich, nach der »IS-Hölle« wieder ins eigene Leben zurückzukehren und die getroffenen Entscheidungen zu korrigieren?

Mohammed erzählte mir von seiner Sehnsucht nach Nabeul, der tunesischen Stadt seiner Jugend und nach Dortmund, der Stadt seiner Kindheit, und dem Traum, der ihm »gestohlen« wurde. Ich fragte ihn: »Wer hat deinen Traum gestohlen?« Mohammed hatte keine Antwort darauf. Während unserer vielen Treffen wiederholte der junge Deutsch-Tunesier immer wieder: »Wir sind die Generation der tunesischen Revolution, verloren durch leere Versprechen und Kriege!«

Aus dem Arabischen von Michael Nuding

Hedi Yahmed ist tunesischer Journalist und Schriftsteller und lebt in Paris. Im März 2017 veröffentlichte er das Buch »Ich war in Raqqa«, das die Geschichte von Mohammed el-Fahem erzählt und in Tunesien zum Bestseller wurde.



Essay

Unser Frühling, euer Scheitern

Warum wir die Ereignisse von 2011 enthusiastisch begrüßten – und doch nicht darauf gefasst waren, was sie mit uns machen

VON MORITZ BEHRENDT

Es gehört zu den schlechten Eigenschaften von Journalisten, nachher immer vorher alles besser gewusst zu haben. Beim Arabischen Frühling war das nicht möglich. Die Aufstände in Tunesien und in den Nachbarländern kamen zu unerwartet für uns, die wir uns in europäischen Medien, Thinktanks und Universitäten intensiv mit Nordafrika und dem Nahen Osten beschäftigt haben. Dabei kannten wir doch einige der Akteurinnen und Akteure gut, wir hatten sie getroffen auf Konferenzen in Kairo und Europa, auf Partys in Beirut und Tunis. Wir kannten ihre Klagen über Willkür und Korruption bei der Polizei, über die Schwierigkeiten, Jobs zu finden, die ihren Fähigkeiten entsprachen. Sie klagten über Überwachung und die verkrusteten und autoritären politischen Systeme, und wir nickten zustimmend und etwas mitleidig, weil wir diese Klagen schon so oft gehört hatten, uns aber nicht vorstellen konnten, dass sich hier jemals etwas ändert. Diese jungen Frauen und Männer waren liberal, sie sehnten sich nach mehr Freiheiten und gingen jetzt auf die Straße, auf die Avenue Habib Bourguiba in Tunis, auf den Tahrir-Platz in Kairo. Einige von uns atmeten Tränengas ein, als wir über die Proteste berichteten, andere fieberten aus der Ferne mit – als seien wir Teil eines urbanen, transnationalen Happenings für mehr Demokratie und soziale Gerechtigkeit. Es fühlte sich ein wenig so an, als sei dies auch unser Frühling, als sei dies auch unsere Revolution. Aber natürlich war das keineswegs der Fall. Der Erfolg der Aufstände hatte seine Gründe auch dort, wo wir unsere blinden Flecken hatten. Über die Macht des Militärs und die Mobilisierungskraft isla-

mistischer Bewegungen hatten wir zwar gelesen, wir konnten sie aber weniger aus eigener Anschauung. Ohne sie wären Zine el-Abidine Ben Ali in Tunesien und Hosni Mubarak in Ägypten nicht gestürzt worden.

Wir blendeten dies weiter aus, berauschten uns lieber an den Bildern vom Sturm auf die Zentrale des Polizeigeheimdienstes in Kairo. Erinnerungen wurden wach an die Besetzungen der Stasi-Dienststellen von Erfurt bis Berlin in den Jahren 1989/90. Und überhaupt Aufarbeitung der eigenen dunklen Geschichte: Sind wir als Deutsche da nicht Weltmeister, und war dies jetzt nicht quasi eine Aufforderung, unsere Expertise zu exportieren?

Ideell mögen wir Teil einer Bewegung gewesen sein (oder uns zumindest so gefühlt haben), real war das immer weniger der Fall. Denn von den Rückschlägen, den Kriegen in Syrien und Jemen, dem Staatszerfall in Libyen, der Konterrevolution in Ägypten waren wir nicht betroffen. Ja, es wurde schwieriger, zu berichten und zu forschen. Der Mord am italienischen Wissenschaftler Giulio Regeni 2016 in Ägypten war dafür der drastischste Beleg. Doch anders als die Menschen in Syrien und Libyen konnten wir uns den Luxus erlauben, uns aus den Kriegen rauszuhalten.

Den damaligen Bundesaußenminister Guido Westerwelle hatten wir Nahost- und Nordafrika-Experten gleichermaßen mit Häme und Applaus bedacht, als er im März 2011 erklärte, dass Deutschland nicht mitmachen würde bei der Flugverbotszone über Libyen, um nicht auf eine schiefe Ebene zu geraten, »an deren Ende dann deutsche Soldaten Teil eines Krieges in Libyen sind«. Wir waren für Wandel, aber wenn es um militärische Einmischung ging, zuckten wir zurück,

dafür gab es die Häme. Aber vielleicht war es auch klug, mit Blick auf unsere Geschichte, sich nicht an einer Militäraktion zu beteiligen, deren Folgen ungewiss waren. Irgendwie passte die Enthaltung zu uns.

Nein, wir waren kein Teil der Umstürze, aber wir wollten doch so gerne Partner sein: Wir, das heißt in diesem Fall die Bundesrepublik Deutschland, machten nach 2011 acht arabische Staaten zu Transformationspartnern. Wir luden die Akteurinnen und Akteure aus der arabischen Welt zu Konferenzen ein – nicht selten unsere alten Bekannten –, setzten gemeinsam Projekte um. Capacity Building wurde großgeschrieben, der Aufbau von Fähigkeiten, Wissen und Kompetenzen – damit staatliche und zivilgesellschaftliche Institutionen in den Ländern selbst Demokratie und Rechtsstaatlichkeit vorantreiben können.

Sicher, da waren und sind viele gute Initiativen dabei, vielleicht auch manche, die – um im entwicklungspolitischen Jargon zu bleiben – nachhaltig Wirkung zeigen können. Aber irgendwie fühlte sich das auch komisch an, dass wir, die wir zum größten Teil in eine funktionierende Demokratie hineingeboren wurden, die Prinzipien und Wirkungsweisen von Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit denjenigen erklärten, die sich ihre Freiheiten selbst erkämpft hatten – Freiheiten, die längst nicht gesichert waren und von verschiedenen Seiten massivst bedroht wurden. Natürlich durften bei diesen Partnerschaften nie der Zusatz »auf gleicher Augenhöhe« fehlen, aber die Gelder kamen eben doch aus Europa und mit ihnen ein gewisses Maß an Paternalismus und Besserwisser-Attitüde.

Dabei ging es nun wirklich nicht um uns – unsere Freiheiten waren nicht bedroht, wir mussten nicht damit rechnen, von Islamisten angegriffen zu werden, in Syrien von Fassbomben getroffen zu werden oder in Ägypten für Kritik an der Regierung ins Gefängnis geworfen zu werden. Postrevolutionäre Depressionen, die Rolle von Sozialen Medien in autoritären Gesellschaften: Für uns waren das Forschungs- und Recherche Themen, nicht alltägliche Realität.

Einige aus der Ich-habe-es-doch-schon-vorher-gewusst-Fraktion in unseren Reihen sahen es als Bestätigung ihres realpolitisch grundierten Pessimismus, dass Libyen ins Chaos fiel, Syrien und Jemen in Kriegen versanken und in Kairo das Militär die Macht wieder an sich riss, um für Ordnung zu sorgen. Die Parallelen zur Argumentation von Ben Ali und Mubarak waren unübersehbar: Mit dem Credo »Wir oder das Chaos« hatten sie Jahrzehnte lang einigermaßen erfolgreich um die Zustimmung des Westens zu ihrer autoritären Herrschaft geworben.

Zurück kehrte bei uns auch das abgeschmackte Narrativ, dass die Menschen in der arabischen Welt mehr Objekt als Subjekt ihrer Geschichte seien. Hatten wir nicht 2011 noch vehement dagegen angeschrieben? Überhaupt berichteten wir in unseren großen Medien nun wieder seltener aus der Region – wieso auch, es geschah ja nichts Unvorhergesehenes. Und als Gesprächspartner suchten wir lieber unsere eigenen Experten – wir redeten wieder mehr über die Menschen in der Region als mit ihnen.

Für andere von uns waren die Kriege, die Repressionen und

ihre Folgen dagegen eher Ansporn – menschlich und beruflich. Wir engagierten uns für die Flüchtlinge, die 2015 in großer Zahl aus Syrien nach Deutschland kamen, oder wir berichteten zumindest mit viel Empathie über ihre Schicksale. Mit dem Aufstieg des selbst ernannten »Islamischen Staats« in Syrien und im Irak machten wir den Dschihadismus zu einem gründlichen beackerten Forschungsfeld, wollten wir uns doch nicht wieder – wie 2011 – die blinden Flecken in unserem Bild von der arabischen Welt eingestehen müssen. Dafür gerieten uns andere soziale und gesellschaftliche Fragen aus dem Blickfeld. Und so waren wir wieder ziemlich baff, als 2019 eine neue Welle des Aufstands losbrach. Allerdings brach sie nicht einfach los, sie wurde losgetreten von Menschen, die sich nach mehr Freiheit sehnten, die Willkürherrschaft, Misswirtschaft und miese Lebensbedingungen satt hatten.

ANDERS ALS DIE MENSCHEN IN SYRIEN UND LIBYEN KONNTEN WIR UNS DEN LUXUS ERLAUBEN, UNS AUS DEN KRIEGEN RAUSZUHALTEN

In Algerien wurde der greise Präsident Abdelaziz Bouteflika im April aus dem Amt gedrängt, nachdem wochenlang Zehntausende Algerier friedlich auf die Straße gegangen waren. Im gleichen Monat wurde im Sudan der Despot Omar Al-Baschir vom Militär gestürzt – auch dies eine Folge von Massenprotesten. Im Libanon und im Irak gingen ebenfalls Zehntausende auf die Straßen und riefen die Revolution aus. Auf dem Tahrir-Platz in Bagdad und auf dem Märtyrerplatz in Beirut forderten sie weniger Konfessionalismus, weniger Korruption und eine verlässliche Versorgung mit Strom und Wasser.

Uns kamen diese Forderungen bekannt vor: Wir hatten sie schließlich Jahre lang gehört, auf Konferenzen und Partys von ebenjenen Akteurinnen und Akteuren, die jetzt demonstrierten. Wir kannten sie gut...

Moritz Behrendt ist einer der zenith-Herausgeber. Er arbeitet als Journalist außerdem für Zeitungen und das Deutschlandradio.

DIE HINTERLASSENSCHAFTEN DES IS IM IRAK

Die Geister unter der Stadt

Unter den Trümmern von Mosul liegen
noch immer Hunderte Tote.
Freiwillige versuchen, die Körper zu bergen.
Aber jemand hindert sie daran

VON MIZAR KEMAL

Foto: Qasem Al-Zardi

D

Das zerstörte Gebäude fällt uns sofort auf. Das Dach und die Wände – nicht mehr als ein Gerippe. Die Zerstörung ist sogar für die Verhältnisse hier in der Altstadt von Mosul bemerkenswert. Wir vermuten, dass mehr dahintersteckt. Als uns die Bewohner aus der Nachbarschaft erzählen, was hier geschehen war, ist uns klar: Wir haben uns nicht getäuscht.

Das Haus wurde im Kampf um Mosul von zwei Raketen getroffen,

berichtet uns der 33-Jährige Muhammad. Er habe es selbst gesehen. »Der Besitzer war ein hochrangiger IS-Anführer in der Stadt. Hier lag eine Annahmestelle für religiöse Steuern. Im Keller wurden Ölfässer gelagert. Als die Gefechte um die Befreiung der Stadt begannen, wurden hier zahlreiche IS-Familien untergebracht. Eine Woche später wurde das Haus bombardiert – die ganzen Kinder und Frauen waren noch drinnen.«

Muhammad, der nur wenige Häuser weiter lebt, erinnert sich genau: »Die Bombardierung begann gegen drei Uhr am Nachmittag, zwei Stunden lang hörten wir ununterbrochen die Schreie der Frauen und Kinder. Dann war plötzlich Stille.« Er zeigt auf die Trümmer: »IS-Kämpfer haben die Verletzten aus dem Haus herausgeholt, aber die Toten liegen hier noch immer. Dutzende Leichen wurden bis heute nicht geborgen.«

Ein weiterer Nachbar, Khaled Ezzat, wurde ebenfalls Zeuge der Bombardierung. Während der 58-Jährige mit uns spricht, schmeißen Kinder aus der Nachbarschaft Müllbeutel in die ausgebrannte Ruine. Khaled Ezzat berichtet von einer Frau, die den Raketenangriff überlebte: »Sie erzählte uns, dass 64 Menschen hier wohnten. Dass ihr ganzes Geld noch in dem Haus sei. 14 Menschen seien evakuiert worden, einige von ihnen verletzt, andere tot. 50 Leichen müssten also noch in den Trümmern liegen.«

Wie betreten das Haus und bewegen uns darin mit großer Vorsicht – überall könne noch Sprengstoff herumliegen, wurden wir gewarnt. Aus dem Schutt ragen hier und da menschliche Knochen, an einer Stelle finden wir die Überreste eines Sprengstoffgürtels. Alle Nachbarn berichten uns, wie sehr es sie belastet, dass so viele Leichen noch nicht geborgen sind, psychologisch und gesundheitlich: Die Ruine ziehe Straßenhunde, Schlangen, Skorpione und andere gefährliche Tiere an.

Am 10. Juli 2017 erklärte Iraks damaliger Premier Haider Al-Abadi den Sieg über den IS in Mosul. Wenig später ließ er die irakische Flagge in der Stadt hissen, nach mehr als neun Monaten massiver Gefechte. Drei Jahre lang hatte die Terrorgruppe Mosul kontrolliert, in der Al-Nuri-Moschee hatte ihr Anführer Abu Bakr al-Baghdadi das »Kalifat« ausgerufen.

Der Krieg ist vorbei – andere Schlachten werden noch geschlagen. Wer in die Stadt zurückkehrt, lebt mit Armut und Krankheiten. Und

mit Leichen, die unter dem Schutt zerstörter und verminter Häuser liegen. Geborgene Leichen sind hier keine Schlagzeile mehr wert, sie sind Alltag.

Das Viertel Al-Schahwan gehört zu den Gebieten, das die größten Schäden erlitt. Nach Angaben von Bürgermeister Zuhair Al-Araji sind 80 Prozent der Altstadt zerstört: 15 der 54 Wohnbezirke seien dem Erdboden gleich gemacht worden, in 23 Vierteln sei die Hälfte der Häuser zerstört, während in 16 Vierteln »nur« geringe Schäden zu verzeichnen wären.

Überall verbrannte Autos, Berge von Schutt: In Al-Schahwan kommt man sich vor wie in einem Film über den Zweiten Weltkrieg. Zwangsläufig stößt man auch auf die Überreste menschlicher Knochen oder ganze Skelette von Menschen, die in den Gefechten ums Leben gekommen sind.

Die 64-jährige Umm Muhammad gehört zu den wenigen, die nach der Befreiung Mosuls in das Viertel zurückgekehrt sind. Sie sitzt, wie so häufig, im Eingang ihres Hauses, eine lange weiße Gebetskette in der Hand – sie zählt die Zahl der Opfer, erinnert sich an bessere Zeiten, an ihre Nachbarn von früher, von denen sie viele nie wiedersehen wird. »Diese Gegend war früher ein Paradies für mich«, sagt sie, während sie die Kette in ihrer Hand bewegt. »Als ich zurückkam, war alles zerstört. Zum Glück haben mir wohlwärtige Menschen Geld gespendet, um unser Haus wiederaufzubauen. Aber der Gestank bringt uns um. Der Gestank des Todes und die Insekten, Skorpione und Schlangen, die von den verwesenden Leichen angezogen werden.«

Umm Muhammad nimmt uns mit auf eine Tour durch das Viertel. In den Gassen steht an manchen bauffälligen Wänden geschrieben: »Hier lebt eine Familie«. Daneben ist ein Pfeil gemalt, der in die Richtung weist, wo die Familie zwischen Trümmern, Leichen und Schlangen haust. In einem Haus sehen wir dann die Skelette – überdeckt mit Kleidungsresten, Schuhen und Laken, in einigen Ecken liegen auch noch Sprengstoffgürtel herum.

Diese Häuser zu betreten, ist mit Gefahren verbunden: Minen und Blindgänger sind in der ganzen Altstadt verstreut. Die für die Suche, Beseitigung und Entschärfung von Minen zuständige UN-Behörde UNMAS schätzt, dass Tausende Tonnen Sprengstoff noch irgendwo in Mosul liegen. Zehn Jahre könne es dauern, die Stadt von dieser Last der IS-Herrschaft und des Krieges zu befreien, schätzte die Organisation 2019.

»Viele Gebäude sind über den Menschen zusammengestürzt. Andere wurden mit Sprengfallen versehen, um zu verhindern, dass die Bewohner wieder in ihrer Häuser zurückkehren. Dazu kommen die Blindgänger«, erklärt Paul Heslop der die Räumungsarbeiten von UNMAS koordiniert. Zwei Jahre hätten die IS-Kämpfer Zeit gehabt, Sprengfallen und Bomben zu platzieren. »Jedes Objekt könnte eine Gefahr darstellen – der Kühlschrank, der Lichtschalter. Ein Knopfdruck und eine Bombe kann hochgehen. Wenn Suchteams unterwegs sind, kann ein falscher Schritt ein ganzes Gebäude zusammenstürzen lassen.«

Umm Muhammad seufzt beim Gang durch ihr zerstörtes Viertel und möchte dennoch hier bleiben, trotz allem, was sie in den letzten Jahren erlebt hat: »Das ist das Land meines Vaters und meines Großvaters. Wo sollte ich sonst hin? Wir möchten nur von der Regierung entschädigt werden für die Zerstörung unseres Hauses, für den Tod unserer Kinder.« Umm Muhammad blickt auf eine Erhebung in der Nähe. »Seht ihr den Hügel dort? Eigentlich ist es ein Trüm-

Vorherige Seite:
Die 64-jährige Umm Muhammad sitzt vor ihrem Haus im Stadtteil Al-Schahwan in Mosul.



Foto: Muhammad Salem

Rechts: Große Teile von Mosul sind zerstört. Unter den Trümmern finden sich noch immer Leichen.

merberg. Kürzlich ist ein Kind dort in den Keller eines zerstörten Hauses gefallen.« Sie erzählt uns von ihrem Ehemann, der an Krebs gestorben ist und von ihren Söhnen. IS-Kämpfer hatten sie mit dem Tod bedroht, weil sie als Polizisten gearbeitet hatten. Sie sind aus Mosul geflohen und nie zurückgekommen. Früher hat sie hier auf der Straße Brot und Gemüse verkauft, erzählt Umm Muhammad, heute kann sie nur dank Spenden überleben: »Könnt ihr euch vorstellen, dass Menschen dieses Stück Land ihre Heimat nannten?«, fragt sie und zeigt auf die Brache rund um ihr Haus, die den Blick freigibt auf den Fluss Tigris, der die Stadt in zwei Hälften teilt.

Sie läuft weiter, zählt die Namen ihrer Nachbarn auf und zeigt auf die Orte, an denen früher deren Häuser standen. »Hier hat Kenan gelebt – er wurde während der Kämpfe getötet. Das da vorn ist das Haus meiner Tante. Sie liegt immer noch in den Trümmern. Da drüben wohnte der Onkel meines Mannes mit seiner Familie. Seine beiden Söhne wurden auch getötet. Einer von ihnen war Sanitäter, er wurde von einer Kugel in die Brust getroffen, als er einem verletzten Freund helfen wollte.« Umm Muhammad zählt weiter auf, »da hat Riad gewohnt, ein guter Freund von uns«, und kann ihre Tränen kaum noch zurückhalten.

»Die anständigen jungen Leute sind alle weg. Tot. Das Viertel ist tot. Wir haben hier früher harmonisch zusammengelebt. Jeder war für den anderen da«, erzählt sie unter Tränen. »Als mein Mann gestorben ist, haben mir alle Nachbarn geholfen. Jetzt sind sie weg. Wer nicht gestorben ist, wurde vertrieben und ist nicht zurückgekehrt.«

Im Juli 2017, nach dem Ende der Schlacht um Mosul, bezifferte die irakische Regierung die Zahl der Toten auf 3.176. Nach Angaben der für die Statistiken und Daten zuständigen Kriegsmedienabteilung waren 1.429 von ihnen Zivilisten. Die Listen der identifizierten

Toten und die hohe Zahl der Leichen, die noch immer in der Altstadt geborgen werden, lassen vermuten, dass die offiziellen Angaben nicht dem wahren Ausmaß entsprechen.

In Mosul treffen wir Brigadegeneral Hussam Khalil, den Leiter des Zivilschutzes im Gouvernement von Niniveh. Er zeigt uns die Listen, auf denen die Zahl der geborgenen Leichen verzeichnet ist: »Wir haben 2.600 Leichen bergen und sie Menschen zuordnen können, die während der Kämpfe getötet wurden. Von ihnen sind ungefähr 750 Frauen und 850 Kinder.

Dazu kommen rund 2.200 unidentifizierte Leichen von IS-Kämpfern. In der Summe sind das 4.800 Menschen.« Seine Zahlen sind deutlich höher als die, die die Kriegsmedienabteilung herausgegeben hat. Khalil sagt, dass seine Abteilung die Bergung der Leichen fast abgeschlossen hat. »Zu 98 Prozent.« Er fügt hinzu, dass der Zivilschutz angewiesen ist auf Hinweise von Bürgern und den Behörden, die verantwortlich dafür sind, den Schutt abzuräumen.

»Hier Leichen zu bergen, ist ziemlich anspruchsvoll. Die Straßen und Gassen in der

Altstadt sind eng und in weiten Teilen zerstört, da kommt man mit schwerem Gerät kaum hin. Und dann sind da noch die Sprengfallen des IS und Blindgänger unter den Trümmern.« Am Anfang hatte sich ein noch grundsätzlicheres Problem ergeben, berichtet er. Denn als Mosul befreit wurde, habe der Zivilschutz über keinerlei Gerät und Ausrüstung verfügt.

Damals wurde auch das »Komitee zur Bergung der Leichen« gegründet, angeführt von Duraid Hazem. Der Ingenieur berichtet uns bei einem Treffen von noch einmal ganz anderen Zahlen. Von 2017 bis zum Ende des Jahres 2019 seien 5.524 Leichen geborgen worden, davon hätten 2.872 identifiziert werden können. Er rechnet damit, dass die tatsächlichen Zahlen noch höher liegen: »So lange in der

Nach Angaben des Bürgermeisters sind 80 Prozent der Altstadt zerstört



Die Altstadt von Mosul am rechten Ufer des Tigris liegt in Trümmern. Hier der Sarradsch-Khane-Markt.

Foto: Muhammad Saleem

Stadt noch Trümmer und zerstörte Häuser stehen, so lange werden wir auch noch Leichen finden.« Etwa in der Gegend zwischen dem Scharin-Markt und der Fünften Brücke in der Altstadt. Sie war der Schauplatz der letzten Kämpfe zwischen der irakischen Armee und dem IS. »Das waren heftige Gefechte, inklusive Luftangriffe«, erinnert sich Hazem.

Der Staat, sagt er, verfügt nicht über die notwendigen Mittel, um die Masse des Schutts zu bewältigen. »Unser Komitee hat mit der Stadtverwaltung, dem Zivilschutz und der Abteilung für Gerichtsmedizin zusammengearbeitet. Aber ohne das richtige Gerät kamen wir nicht an die Leichen heran, die tief unten in den Trümmern begraben waren.«

Qlayaat ist eines der ältesten Stadtviertel Mosuls. Hierhin zogen sich die Assyrer nach dem Untergang ihres Reiches im Jahr 612 vor Christi Geburt zurück. 2017 fand hier die »letzte Schlacht« statt, wie die Einwohner von Mosul sie nennen. Die verbliebenen IS-Kämpfer und ihre Familien waren eingeschlossen und konnten nicht mehr entkommen, als die irakische Armee mit Artillerie feuerte und die internationale Militär-Koalition aus der Luft Bomben abwarf.

Zurückgeblieben sind Berge von Schutt. Der Zivilschutz konnte 500 Leichen bergen, hauptsächlich von Frauen und Kindern, bevor die Bergungsarbeiten in der archäologischen Stätte gestoppt wurden. Nawfal Al-Aqub, damals Gouverneur von Niniweh, hatte die Anordnung gegeben, die Gegend zu planieren, so dass der Boden an Investoren verkauft werden kann. Dampfwalzen und Bulldozer rollten an und begruben ungezählte Leichen und die reiche Geschichte der Stadt unter dem plattgewalzten Boden. Nach Vorwürfen der Korruption und der Veruntreuung öffentlicher Gelder wurde Aqub

Der Gouverneur ließ die archäologischen Stätten planieren, um Investoren anzulocken

im März 2019 aus dem Amt geworfen. Der Ex-Gouverneur ließ alle unsere Anfragen zum Thema Qlayaat unbeantwortet und war auch nicht zu einem persönlichen Gespräch bereit.

Ingenieur Hazem meint dagegen, dass die Entscheidung damals von den lokalen Behörden getroffen wurde, in der Hoffnung, Straßen wieder befahrbar zu machen, um die Gegend wieder mit Leben zu füllen. »Die Stadt ist so alt, mit ihren heruntergekommenen Häusern – manche Gassen sind nur zwei oder drei Meter breit.

Um da überhaupt hinzukommen, musste vieles abgerissen und von Bulldozern planiert werden.«

Als wir Hazem auf die Beschwerden der Bewohner hin auf die überall in Wohngebieten verstreuten Leichen und Körperteile ansprechen, scheint er das Ausmaß herunterzuspielen zu wollen: »Es gibt keine Leichen im buchstäblichen Sinne mehr – vielmehr Skelette und einzelne Körperteile. Das Fleisch ist inzwischen verwest. Ich glaube, die Bewohner übertreiben ein bisschen. Die verbleibenden Toten zu bergen, ist außerdem ziemlich schwer, bei dem

Grad der Zerstörung. Es ist nicht so einfach, wie die Leute glauben.«

Wir verlassen Hazems Büro und treffen in den Straßen der Altstadt eher zufällig auf Omar Muhammad. Der 35-Jährige beginnt gleich, sich aufzuregen. »Die Altstadt ist voller Leichen. Der Gestank ist fürchterlich. Und dann breiten sich ja auch Krankheiten aus. Der Zivilschutz steht in der Pflicht, die Toten zu bergen.«

Ein weiterer Passant stimmt ihm zu. »Früher habe ich hier gelebt. Ich würde gerne zurückkommen. Aber wie? Die Behörden haben ein paar Dutzend Leichen geborgen, aber es sind noch so viele da«, beschwert sich Samed Saleh. »Die Regierung muss schnell

etwas unternehmen, damit die Leute in ihre Häuser zurückkehren können.« Wir fragen ihn, was er von der Aussage des Zivilschutzes hält, dass die Bergung fast abgeschlossen sei. »Quatsch, gleich hier um die Ecke war der Gestank eindeutig und kaum auszuhalten. Da kommt einem alles hoch.«

Weder von der Zentralregierung in Bagdad, noch von den Verantwortlichen im Gouvernement Niniweh bekommen wir präzise Todeszahlen der Schlacht um Mosul. Dabei hatte die Kriegsmedienabteilung sehr großspurig bekannt gegeben, dass bei den Kämpfen innerhalb von neun Monaten 30.000 Kämpfer des IS getötet worden waren. Wenn bislang knapp 6.000 Leichen geborgen wurden, dann könnten noch immer mehr als 24.000 Toten unter den Trümmern von Mosul liegen.

Dazu kommt die hohe Zahl der Vermissten. Nach offiziellen Angaben galten 5.000 Menschen als vermisst, als die Stadt vom IS befreit wurde. Eine Datenbank liegt der Stadtverwaltung jedoch nicht vor. Es bleibt im Unklaren, wer vom IS entführt wurde, wer möglicherweise von den Milizen der Volksmobilisierung (Al-Haschd Al-Schabi), oder wer von den irakischen Sicherheitskräften festgenommen wurde. Die Vermissten könnten auch unter den Trümmern der Stadt liegen.

Als wir Umm Muhammad ein zweites Mal besuchen, erzählt sie uns von ihrem früheren Nachbarn Riad. Sie zeigt auf eine leere Fläche. »Hier stand früher sein Haus. Er war ein anständiger Mann – ein Polizist. Deswegen wurde er vom IS entführt. Niemand weiß, was mit ihm passiert ist.« Umm Muhammad hilft uns, Kontakt zu Riads Familie aufzunehmen. Aus Al-Schahwan wurden sie vertrieben, heute leben sie zur Miete im Osten von Mosul. Die Hoffnung der Familie, Riad jemals wiederzusehen, schwindet mit jedem Tag.

Obeida, der älteste Sohn, ist heute 25 Jahre alt. Er schaut sich häufig Fotos von früher an. »Mein Vater«, erzählt er, »wurde um acht Uhr Abends entführt – das war im April 2017. Eine Gruppe von IS-Kämpfern stürmte das Haus und forderte ihn auf, Abbitte für seine Fehler zu leisten. Sie suchten im ganzen Haus nach seiner SIM-Karte. Ohne Erfolg. Dann nahmen sie ihn mit. Er ist nicht wieder aufgetaucht.«

Wo ihr Vater ist, wissen Obeida, seine Geschwister und seine Mutter nicht. Natürlich kennen sie die Gerüchte, dass die irakische Armee viele Geiseln des IS in Gefängnisse verlegt hat oder, dass der IS noch immer Gefangene in geheimen Verstecken festhalte. »Wenn wir nur wüssten, was mit ihm passiert ist, wäre vieles einfacher«, sagt Obeida. »Mein Vater war beliebt in Al-Schahwan. Wenn Sie nach Riad, dem Polizisten mit dem weißen Corolla, fragen, wird niemand ein böses Wort über ihn verlieren.«

Nach der Befreiung Mosuls wollte Riads Familie in die alte Nachbarschaft zurückkehren, um nach ihm zu suchen. »Die Sicherheitskräfte haben es nicht erlaubt. Erst nach sechs Monaten durften wir in das Viertel. Überall lagen Leichen, viele zerstückelt. Da war es kaum möglich, irgendetwas zu finden, das zu meinem Vater gehört hat.« Im Zuge ihrer Suche trafen und Obeida seine Brüder auf Sorur Al-Husseini. Die 26-Jährige leitet ein kleines Team, das es sich zur Aufgabe gemacht hat, Leichen aus dem Schutt zu bergen. Sechs Frei-

willige, Zivilisten, die ihr Leben aufs Spiel setzen, um den Schleier des Todes von der Stadt zu lüften.

»Wir waren geschockt, als wir im November 2017 die Leichenberge in den Straßen sahen. Wir beantragten umgehend bei der Stadtverwaltung, dem Gesundheitsministerium und dem Zivilschutz eine Erlaubnis, Leichen bergen zu dürfen. Es dauerte zwei Monate, bis wir die Genehmigung hatten.« Sorge um die Stadt und ihre Bewohner sei der Antrieb für ihr Team gewesen, erzählt uns Hussein. »Wir befürchteten, dass sich Krankheiten ausbreiten würden. Wer den IS überlebt hat, würde wenig später von einer Epidemie dahingerafft werden. Außerdem mussten die Bewohner ja irgendwann zurück in ihre Häuser.«

Mehr als 1.000 Leichen hätten sie und ihr Team geborgen, sagt Hussein. Sie zeigt uns Videos, wie sie die Toten aus den Trümmern holen – einigen fehlt eine Hand, ein Fuß oder auch der Kopf. »Wir bargen die Leichen ohne jede Ausrüstung, von den Straßen, aus Kellern. Dann legten wir sie in Leichensäcke und versiegelten die dann. Die Säcke brachten wir in Gegenden, die weniger stark zerstört waren. Dort konnten sie von der Stadtverwaltung mit Fahrzeugen abgeholt werden. Die hat sich dann auch um die Beerdigungen gekümmert.«

Die Bewohner der Viertel und die Soldaten hätten Hinweise gegeben, wo sich Leichen befinden könnten, außerdem orientierten sich Hussein und ihr Team an dem üblen Geruch der Verwesung. »Wir wurden von Sicherheitskräften begleitet. Am schwierigsten war es, wenn Sprengfallen an Leichen angebracht waren. Wir wollten nicht, dass den Jüngeren aus unserer Gruppe etwas passiert. Mit denen haben wir über Walkie-Talkies kommuniziert, wenn wir eine Leiche fanden.«

Ihre Suche nach den Leichen von Mosul brachte Hussein einige Berühmtheit ein und auch juristischen Ärger: In der Sendung »Shabab Talk« der Deutschen Welle traf sie auf den damaligen Gouverneur Nawfal Al-Aqub. »Er regte sich fürchterlich auf und beschimpfte mich als Lügnerin. Er stritt rundweg ab, dass in Mosul noch Leichen in den Straßen liegen würden.«

Kurz darauf wurde Hussein zum lokalen Befehlshaber der irakischen Armee im Gouvernement Ninive zitiert. »Als er herausfand, dass wir als Freiwillige mit der Stadtverwaltung und der Gerichtsmedizin zusammenarbeiten, erklärte er alle Vorwürfe für nichtig.« Aber der Ärger war damit noch nicht vorüber. Zu ihrer Verwunderung erfuhr Hussein, dass Aqub ein Gerichtsverfahren gegen sie angestrengt hatte. Das Verfahren zog sich über ein Jahr hin, bevor Journalisten Wind davon bekamen und eine Kampagne starteten, sodass die Vorwürfe schließlich fallen gelassen wurden. Letztlich sprach das Gericht Hussein aus Mangel an Beweisen frei. In ihrem Team aus ursprünglich sechs Leuten arbeiten inzwischen 40 junge Frauen und Männer aus Mosul mit.

Aus dem Englischen von Moritz Behrendt

Mizar Kemal ist freier Journalist und lebt in Bagdad. Diese Reportage wurde durch den Candid Journalism Grant gefördert.

ANDAUERENDE PROTESTE

Irak

25. Februar 2011

Sicherheitsbehörden reagieren mit Gewalt auf Massenproteste im ganzen Land – die größten Demonstrationen finden in der kurdischen Autonomie-Region statt. Mindestens 29 Demonstranten werden getötet. In der Folge treten drei Gouverneure und ein Bürgermeister zurück.

10. Juni 2014

Die Terrororganisation »Islamischer Staat im Irak und in Syrien« (ISIS) bringt die Millionenstadt Mosul unter ihre Kontrolle. Noch im selben Monat wird ISIS zum IS und ruff sein Kalifat aus. Der einflussreiche schiitische Großayatollah Ali Al-Sistani ruft zum Widerstand gegen den IS auf.

9. Dezember 2017

Regierungschef Haider Al-Abadi erklärt den IS im Irak für besiegt. An den Kämpfen hatten sich eine internationale Militärkoalition, das irakische Militär, kurdische Milizen und die von Iran unterstützten Volksmobilisierungseinheiten beteiligt.

1. Oktober 2019

In mehreren Städten starten Massenproteste gegen Korruption, Arbeitslosigkeit und die schlechte Grundversorgung. Sicherheitskräfte und Scharfschützen töten über 400 Menschen. Ende November kündigt Premier Adil Abdul Mahdi seinen Rücktritt an.

7. Mai 2020

Nach zwei gescheiterten Versuchen schafft es der dritte Kandidat, Mustafa Al-Kadhimi, eine Regierung zu bilden. Der neue Premier verspricht, auf die Protestbewegung zugehen.

Algerien

14. Februar 2011

Präsident Abdelaziz Bouteflika kündigt an, den seit 19 Jahren geltenden Ausnahmezustand aufzuheben. Er reagiert auf andauernde Proteste gegen hohe Lebenshaltungskosten und Korruption, die von der Polizei zunächst niedergeschlagen wurden.

7. Februar 2016

Das Parlament verabschiedet mit großer Mehrheit Verfassungsänderungen: Sie sehen eine Begrenzung der Amtszeit des Präsidenten vor und sichern die Presse- und Versammlungsfreiheit zu. Außerdem wird die Berber-Sprache Tamazight offiziell anerkannt.

10. Februar 2019

Bouteflika kündigt an, trotz seiner angeschlagenen Gesundheit für eine fünfte Amtszeit kandidieren zu wollen. Das löst massive Proteste aus. Hunderttausende Demonstranten fordern den Rücktritt des 82-Jährigen.

2. April 2019

Präsident Bouteflika tritt zurück. Der Senatspräsident Abdelkader Bensalah wird Interimspräsident. Im Zuge einer staatlichen Anti-Korruptions-Kampagne werden mehrere Mitglieder des alten Regimes verhaftet und vor Gericht gestellt.

19. Dezember 2019

Der ehemalige Premierminister Abdelmajid Tebboune gewinnt die Präsidentschaftswahlen. Weite Teile der Opposition hatten die Wahlen boykottiert, da viele Kandidierende gar nicht erst zugelassen worden waren. Die Proteste dauern an.

Mittendrin

Abdul Baset Al-Sarout war in allen Phasen des syrischen Aufstands dabei: von friedlichen Demos über den Dschihad bis zu seinem gewaltsamen Tod

VON SAM ALREFAIE

Den Hüter der Revolution nannten sie ihn. Als Kind hatte der kleine Baset aus Homs nur eine Leidenschaft: Fußball. Er spielte für Al-Karameh, den international erfolgreichsten Vereines Landes, und wurde als Torhüter regelmäßig in die syrische Jugendnationalmannschaft berufen. Geboren wurde Baset Al-Sarout 1992 in Homs als Kind einer vom Golan vertriebenen Familie. Kurz vor seinem Debüt für das Herren-Team begann der Aufstand, und Sarout schloss sich den friedlichen Protesten an. Dank seines Charismas und seiner melodischen Stimme wurde er mit patriotischen Gesängen schnell zu einem der prominentesten Anführer. Sarouts Gesänge werden heute noch immer gespielt – auf Demonstrationen in Syrien und in der Diaspora. Seine Popularität brachte ihn schon 2011 ins Visier des Assad-Regimes: Die Behörden setzten ein Kopfgeld auf ihn aus, das Haus seiner Familie wurde bombardiert, einer seiner Brüder kam dabei ums Leben. Als das Regime begann, mit scharfer Munition auf die Demonstranten zu schießen, wandten sich viele junger Syrer dem bewaffneten Widerstand zu, auch Sarout. 2012 gründete er die »Bayyada-Märtyrer«, eine Brigade zum Schutz der von Regimetruppen belagerten Viertel von Homs. Mit seinen Kämpfern schloss sich Sarout zunächst der »Freien Syrischen Armee« (FSA) an. Als die FSA an Boden verlor, blieb Sarout mit seiner Truppe nördlich von Homs, wo dschihadistische Milizen an Einfluss gewannen. 2014 sorgte ein Foto für Aufregung: Es zeigte Sarout auf einem Pick-up-Truck mit

einer Fahne des IS in der Hand. In einem Video-Statement dementierte der ehemalige Fußballstar, dass er dem IS die Treue geschworen habe: Aus Mangel an Unterstützung von anderen Gruppen sei er gezwungen gewesen, die um Essens- und Waffenlieferungen zu bitten. Auch die Medienabteilung des IS stritt eine Mitgliedschaft von Sarout und seinen Kämpfern ab. Zu spät. Die mit dem IS verfeindete Nusra-Front, der Al-Qaida-Ableger in Syrien, hatte bereits eine Belohnung für die Verhaftung von Sarout und seinen Kämpfern ausgesetzt. Es war wohl vor allem Sarouts Popularität, die ihn in dieser Zeit schützte. 2019 half ihm das auch nicht mehr – Sarout wurde

Seine Popularität machte ihn schnell zur Zielscheibe des Regimes

bei Kämpfen nördlich von Hama verletzt und starb kurz darauf in einem türkischen Krankenhaus. Das Assad-Regime feierte seinen Tod, als ob es der größte Sieg in diesem Krieg gewesen wäre. »Was willst du tun, wenn all das hier vorbei ist?«, wurde er mal gefragt – niemand hätte sich gewundert, wenn jemand mit seinen Fähigkeiten auch eine politische Führungsrolle angestrebt hätte. Aber Sarout antwortete: »Wenn das Regime gestürzt ist, dann will ich nichts weiter als auf dem Bau arbeiten und Fußball spielen.«



ÄGYPTISCHE SCHULBÜCHER

Ein Umsturz kommt selten allein

Revolutionen sind etwas Positives, lehren ägyptische Schulbücher. Wenn sie denn Ordnung stiften und sich den »richtigen« Zielen verschreiben

VON RIEM SPIELHAUS UND AHMAD SHEHATA

Erst verschwand die Glorifizierung von Mubarak, dann kamen die Revolutionen. Auch wenn das ägyptische Bildungsministerium die Schulbücher jährlich für das neue Schuljahr überarbeiten lässt, dauerte es eine Weile, bis die Ereignisse des Jahres 2011 in die Schulbücher gelangten.

Vor 2011 war in den Geschichtsbüchern mindestens ein Teilkapitel dem Präsidenten Hosni Mubarak und seiner Führung der Luftwaffe im Oktoberkrieg 1973 gewidmet. Seit dem Schuljahr 2013/14 ist

dieser Abschnitt nicht mehr zu finden. Ein Jahr später wurden die Geschichtsbücher der 12. Klasse um ein Kapitel zur »Revolution vom 25. Januar 2011 und der Revolution des 30. Juni 2013« erweitert. Insgesamt 15 Seiten stellten »beide Revolutionen« und ihren Kontext dar.

Das Schulbuch für das Fach »Tarbiyya Wataniyya«, das sich am besten mit Nationalkunde übersetzen ließe, behandelt in der Ausgabe für das Schuljahr 2015/16 ebenfalls »die beiden Revolutionen«. Der Einband zeigt Bilder mit dem Tahrir-Platz voller Demonstranten, Demonstrierende mit ägyptischen Fahnen und die Waage der Justitia in den Farben der ägyptischen Flagge. Neun Seiten widmet das Buch dem Kapitel »Revolution als politische Partizipation«, das zunächst den Begriff Revolution definiert und sich ausführlich mit »Werten der Revolution« sowie Zielen, Ursachen und Folgen »der zwei Revolutionen« befasst.

Dass die Debatten um die politische Einordnung der Ereignisse von 2011 und 2013 damit nicht abgeschlossen waren, zeigte sich zwei Jahre später. In den Schulbüchern für 2017/18 wurden die jeweiligen Abschnitte in beiden Fächern signifikant gekürzt. Im Nationalkundebuch umfasst das Kapitel »Revolution als politische Partizipation« nun zwei anstelle von neun Seiten. Das Geschichtsbuch kürzt die Revolutionen von 15 auf 3 Seiten.

Schulbücher sind institutionalisierte und kanonisch verdichtete Quellen, die als Massenmedien die nächste Generation erreichen und prägen sollen. Ob und wie die verbreiteten Narrative der Vergangenheit von Lehrenden und Lernenden aufgegriffen und als wahr akzep-

tiert werden, lässt sich kaum nachvollziehen. Aber allein die Veränderung der Darstellung der Geschehnisse und wie sie ihren Weg in die staatlich autorisierten Bildungsmedien gefunden haben, ist bemerkenswert.



Das Titelbild des ägyptischen Schulbuchs für Nationalkunde für das Jahr 2015/2016.

So wählt das Geschichtsbuch 2014/15 die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Umstände nach dem Krieg vom 6. Oktober 1973 als Einstieg und stellt dann drei Gründe für die Revolution vom 25. Januar 2011 vor: erstens, die Verfälschung der Wahlergebnisse im November 2010 zugunsten der regierenden Nationaldemokratischen Partei. Zweitens: Der ehemalige Präsident wollte seinem Sohn die Präsidentschaft Ägyptens vererben, und drittens: Der Ausnahmezustand wurde immer wieder verlängert.

Und dann geht es um die Ereignisse der Revolution und die Rolle der Muslimbrüder und anderer islamistischer Bewegungen dabei. Betont wird, wie sie die Revolution für ihre eigene Agenda ausgenutzt hätten. Die Regierungszeit der Muslimbrüder sei durch Scheitern und Autokratie gekennzeichnet gewesen, die »zweite Revolution« vom 30. Juni 2013 sei als Widerstand der Ägypter gegen die Muslimbrüder zu verstehen. Besonders hervorgehoben wird dabei die Rolle des späteren Präsidenten Abdel-Fattah Al-Sisi und des Militärs, Ägypten vor den Muslimbrüdern zu retten und das Land »auf den richtigen Weg zur Demokratie und Wohlstand« zu führen.

Das Schulbuch für Nationalkunde in der Version von 2015/16 erklärt über drei Seiten die Werte von Revolutionen. Dabei wird immer wieder betont, was Revolution nicht bedeute: Chaos, Verantwortungslosigkeit, Anarchie, sie bedeute »nicht, dass alles erlaubt ist oder der Einzelne ohne Respekt vor Religion oder Moral tut, was er will«. Werteverfall, Korruption, Untätigkeit, Gleichgültigkeit und Teilnahmslosigkeit – all dies könne nicht unter Revolution verstanden werden.

In diesem Zusammenhang erklärt das Schulbuch, Kreativität müsse durch eine Institution gesteuert werden, »die definiert, was Kreativität ist, denn alles, was von Religion, Gesetz oder Traditionen abweicht, wie unanständige Lieder oder unzüchtige Filme, die Lust wecken, könne nicht als Kreativität zählen«. Revolutionen hätten nicht das Ziel, einen radikalen Wandel zum Schlechten herbeizuführen, Chaos zu verbreiten, Bürger mit Waffen und Gewalt einzuschüchtern, Drogen zu verbreiten und die Jugend fehlzuleiten.

Der Text wertet Revolutionen also als grundsätzlich positive, die Gesellschaft, ihre Moral, Wirtschaft und Produktivität stabilisierende, notwendige Kraft und ordnet sie als legitime Form der politischen Partizipation ein. Die friedlichen Proteste hätten dem Land Bewunderung in der ganzen Welt verschafft. Gleichzeitig definiert das Schulbuch jedoch viele Aspekte, mit denen der Aufstand 2011 in den ägyptischen Medien in Verbindung gebracht wurde, als nicht revolutionär und lehnt sie ab.

»Vielmehr soll die Revolution einen radikalen Wandel zum Besseren bewirken, Sicherheit für die Bürger gewährleisten, die Jugend vor Fehlleitung schützen und die Korruption in all ihren Bedeutungen und Formen beseitigen.« Gerade mit dem Verweis auf Drogenkonsum, Plünderungen oder den Einfluss einer »westlichen Agenda« greift das Schulbuch klischeehaft in den ägyptischen Nachrichten geäußerte Vorwürfe gegenüber den Demonstranten vom Tahrir auf.

Zur Revolution vom 25. Januar 2011 führte laut Nationalkundebuch 2015/16 neben der im Geschichtsbuch erwähnten Fälschung der Parlamentswahlen 2010 und dem dauerhaften Ausnahmezustand die Einschränkung der Meinungsfreiheit sowie der wirtschaftliche und gesellschaftliche Verfall: inklusive Niedergang des Bildungssystems, Preiserhöhungen, Zunahme von Armut und Jugendarbeitslosigkeit, Polarisierung der Gesellschaft und Verbreitung von Korruption in Verwaltung und Politik. Außerdem werden die technologische Entwicklung und die »Informationsrevolution« als Kontext der Aufstände betont.

Die Ereignisse vom Sommer 2013 könnten schließlich als Beispiel »für eine der größten Revolutionen der Welt« gelten: »Nachdem Millionen gegen die Herrschaft der Muslimbrüder auf die Straße gegangen sind, die daran gescheitert waren, den Staat zu regieren, erhörte das Militär die Aufrufe der Ägypter und die Bitte des Volk um Unterstützung und übernahm patriotische Verantwortung.«

Eine Revolution soll Sicherheit für die Bürger gewährleisten und die Jugend vor Fehlleitung schützen, heißt es im Nationalkundebuch

Gründe für die Revolution 2013 sind laut Schulbuch das Scheitern der Regierung, Sicherheit zu gewährleisten und das Chaos zu kontrollieren, sowie der Missbrauch staatlicher Ressourcen und eine Verfassungsänderung, die dem Präsidenten mehr Macht verschafft.

Seit dem Schuljahr 2017/18 fasst der erheblich gekürzte Abschnitt im Nationalkundebuch auf zwei Seiten unterschiedliche politische Ereignisse unter der Überschrift »Ägyptische Revolutionen« zusammen: Volksaufstände gegen die britische Kolonialmacht von 1919, den Militärputsch der Freien Offiziere 1952 gegen König Faruk, den Sturz von Hosni Mubarak im Nachgang der Massendemonstrationen auf dem Tahrir-Platz 2011 sowie den Sturz von Muhammad Mursi nach Demonstrationen am 30. Juni 2013. Die Ereignisse unterscheiden sich vor allem in Bezug auf die Rolle der ägyptischen Bevölkerung und die politischen Folgen. Die letzten drei sind durch einen politischen Umsturz geprägt, ob sie alle Revolutionen darstellten, hängt wohl von der Definition ab.

Die Umstürze auf drei Seiten – 2017 wurde im Geschichtsbuch der Rotstift angesetzt

Allen Versionen, den ausführlichen und den gekürzten, ist gemein, dass sie den Begriff »Arabischer Frühling« nicht benutzen. Auch der arabische Kontext, also Volksaufstände, politische Umstürze oder Demonstrationen in anderen arabischen Ländern, werden nicht erwähnt. In den Schulbüchern ist durchgehend von den »zwei ägyptischen Revolutionen« (2011 und 2013) die Rede. Auch die Gründe, die zu den Demonstrationen führten, beschränken sich auf den nationalen Kontext. Die bedeutende Rolle des Militärs für das Gelingen der Revolutionen heben alle – auch die aktuellsten Schulbücher für 2020 – hervor.

Prof. Dr. Riem Spielhaus ist Professorin für Islamwissenschaft an der Georg-August-Universität Göttingen und leitet die Abteilung »Wissen im Umbruch« am Georg-Eckert-Institut, dem Leibniz-Institut für Internationale Schulbuchforschung in Braunschweig. **Ahmad Shehata** promoviert an der Universität Leipzig zu ägyptischen und deutschen Schulbüchern.



JOURNALISMUS IN ÄGYPTEN

Wir sind Schmuggler



Kritische Journalisten landen in Ägypten im Gefängnis. Oder bei Mada Masr. Chefredakteurin Lina Attalah weiß, warum

VON LINA ATTALAH

Aus dem Englischen von Moritz Behrendt

W

ährend ich versuche, mal wieder einen Artikel darüber zu schreiben, warum wir heute noch als Journalisten in Ägypten arbeiten, erreicht mich die Nachricht vom Tod David Graebers. In seinem Aktivismus träumte er von einer Arbeiterbewegung, die der Idee den Garaus macht, dass Arbeit selbst einen Wert habe und dass dieser Wert vom Leiden kommen müsse. Graeber kämpfte gegen »sinnlose« Formen von Arbeit, die nur die kapitalistische

Maschine antreiben, die nur den unternehmerischen Leistungen und den Wünschen der Konsumenten dienen. Sein poetisches Anliegen war Arbeit mit Muße, seine radikale Forderung eine Neudefinition der Arbeit als Form der Fürsorge für andere.

Sein Tod ist ein großer Verlust. Er gehörte zu denen, die es wagten, sich Dinge vorzustellen und diese Vorstellungen in Worte zu formen – als Dozent, in der politischen Arbeit, beim Schreiben. Ihm gelang es, das Unpopuläre, das Unerwünschte und das Ungedachte hervorzubringen. Man muss nur die geistigen Muskeln anspannen, das Herz weiten und sich dafür öffnen.

Für so etwas in der Art arbeite ich seit 2002 als Journalistin. Mit dem notwendigen sozialen Kapital im Hintergrund gehöre ich zu den Privilegierten, die es sich zum Beruf machen konnten, Vorstellungen zu hegen und die Fantasie anderer anzuregen – mein Vehikel dafür waren der Journalismus und die Zeit.

Damals, so um die Jahrtausendwende, hatten wir Aktivist:innen, wir Techies, wir Menschenrechtler, wir Journalisten und so viele andere es mit einem Autoritarismus zu tun, dessen Risse größer wurden – durch transnationale Widerstandsbewegungen und eine verjüngte lokale Opposition, die sich über ideologische Grenzen und soziale Herkunft hinweg versammelte.

Zu dieser Zeit nahm die Idee eines unabhängigen Journalismus in Ägypten Form an, genauso wie eine neu belebte Zivilgesellschaft. Als ob meine Generation durch ein Fingerschnippen aus einem Jahrzehnt erweckt wurde, das wir im Schlaf verbracht zu scheinen haben oder vielleicht eher in der kapitalistischen Stabilität nach Ende des Kalten Krieges.

Anfang der 2000er Jahre: Der Campus meiner Universität füllt sich mit couragierten Studierenden, die protestieren. Heute gehen wir gegen die Globalisierung auf die Straße, morgen, um unsere Solidarität mit der Zweiten Intifada in Palästina auszudrücken. Danach marschieren wir zum Tahrir-Platz, um gegen den Irak-Krieg zu demonstrieren. Mit einem Mal ist es 2005, und ich sehe gelbe Ballons am Himmel. Sie steigen auf von einem Protest vor der Journalisten-Gewerkschaft in der Kairoer Innenstadt: »Nieder mit Mubarak« steht auf ihnen geschrieben. Der Augenblick hatte etwas Magisches: Nie hatten wir uns vorstellen können, dass der heimliche Wunsch nach dem Sturz des Herrschers so sichtbar sein könnte. Und die Magie ließ sich sogar reproduzieren: Wir druckten die Story in der Tageszeitung, für die ich arbeitete. Wir dokumentierten die Wirklichkeit im Entstehen und ergründeten dabei die Vorstellung des Wandels, die sich in unseren Wünschen verbarg.

Der unabhängige Journalismus machte damals der Allgemeinheit die Risse im Autoritarismus verständlich, gleichzeitig trug er dazu



Lina Attalah, geboren 1983, ist Chefredakteurin der ägyptischen Online-Zeitung Mada Masr. Mehrfach wurden Attalah und ihre Kollegen festgenommen. Seit 2017 blockiert die ägyptische Regierung im Inland den Zugang zur Internetseite von Mada Masr.

bei, sie zu vergrößern. Ich stelle mir eine Journalistin gerne als Doppelagentin vor, ihre Übertragungsleistung als Form des Schmuggels. Politik wird von einem Wirkungskreis in den anderen geschmuggelt, und damit Möglichkeiten sowie unpopuläre, unerwünschte und ungedachte Ideen. Und das in einem Umfeld, das es erschwert, solche Ideen zu verbreiten.

Dieser Akt des Schmuggelns beinhaltet auch eine Form der Fürsorge – und daher hoffe ich, dass unsere Arbeit keine sinnlose war. Wir schrieben und schrieben und schrieben in diesen zwei Jahrzehnten. Wir forderten die Machtstrukturen heraus, aber auch unabhängige Stimmen, auch unsere eigenen. Wir forderten die Öffentlichkeit heraus und wollten gerne glauben, dass wirklich jeder durch diesen kommunikativen Prozess informiert wurde und dass wir die »Gegenräume« erweiterten, diese Räume an den Rändern, in denen wir uns bewegten.

Heute sind die Risse kleiner und die Ränder schmaler. Über sie und aus ihnen zu berichten, ist kostspieliger geworden. Das ganze Geschäft mit dem Schmuggel gefährlicher Gedanken scheint seine existenziellen Stützen verloren zu haben.

Während ich das schreibe, sitzen Hunderte Aktivist:innen, Journalisten, Autoren, Künstler, Professoren und Politiker im Gefängnis. Einige verbüßen Haftstrafen, andere sind noch in Untersuchungshaft. Festgenommen unter den Vorwänden der »Zugehörigkeit zu einer Terror-Gruppe« oder der »Verbreitung von Falschinformationen«, um nur einige zu nennen.

Sie haben Artikel geschrieben, vielleicht einen Facebook-Post, oder am Telefon darüber gesprochen, sich offiziell als Oppositionelle an Wahlen zu beteiligen. Zehn Jahre nach der Revolution von 2011 und zwanzig Jahre nach dieser organischen Öffnung der politischen Sphäre, in der sich unabhängige Medien mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen einnisten konnten, ist die freie Meinungsäußerung aufs Heftigste unerwünscht.

Dabei existiert doch dieses unsichtbare Publikum, das sich an die vielfältigen Narrative aus der Zeit der Öffnung gewöhnt hatte und nun jegliche bedeutsame Debatte entbehren muss – in Abwesenheit einer öffentlichen, einer bürgerlichen Politik.

Wir operieren in einem politischen Kontext, in dem alles, was nur ansatzweise nach Öffnung riecht, aktiv zurückgedreht wird – alles, was im Aufstand von 2011 und dem Jahrzehnt davor erreicht wurde. In einem Kontext, in dem die Instrumente des Staates dafür eingesetzt werden: das Gesetz, die Sicherheitsbehörden, die Gesetzgeber und die Bürokratie. Und doch ist dies kein Moment des politischen Schlafzustandes, sondern ein Moment der Umkehr.

Und in solchen Momenten bleiben Gegensätze dauerhaft präsent, haben wir ständig die andere Option vor Augen – sei es als Objekt der Erinnerung oder als Vorstellung für die Zukunft. Möglicherweise rehabilitieren wir uns so von den Gefahren sinnloser Arbeit, nicht im Sinn, der kapitalistischen Maschine zu dienen, sondern im Sinn, das Verlangen zu verlieren, unfähig zur Fürsorge zu sein, während wir dennoch irgendwie unserem Job nachgehen.

Als unabhängige Journalisten im Jahr 2020 sehen wir die Umkehr als Möglichkeit, gerade weil sie sich vom Gegensatz ernährt. Wir sitzen irgendwo zwischen der Vergangenheit als Referenzmöglichkeit (ohne dabei nostalgisch zu werden) und der Zukunft als Architektur einer weiteren, noch vorzustellenden Möglichkeit.

Seit 2013 arbeite ich für *Mada Masr*, ein Medium, das ich mit einigen anderen Journalisten aus einer Laune heraus gegründet habe. Diese Laune entstand in einem politischen Augenblick in diesem



Um die Jahrhundertwende begann der Autoritarismus, Risse zu bekommen

Jahr, der sich wie der Beginn des Untergangs anfühlte und der die Angst mit sich brachte, nichts tun zu können, nicht in der Lage zu sein, ihm irgendetwas entgegenzusetzen, ihm zu widerstehen oder ihm zu entfliehen.

Es war ein Moment, in dem Fürsorge für andere nicht wirklich zielführend war – weder auf diskursiver noch auf praktischer Ebene. Es war ein Moment der Desorientierung. Wir standen mitten im Sturm und wussten nicht, wohin. Wir entschieden uns stattdessen, über ihn zu berichten. Wir wollten nicht beschäftigungslos sein. Wir wollten nicht einsam auf unserer politischen Depression sitzen bleiben. Wir wollten uns nicht zurückziehen.

Wir wollten »unruhig bleiben«, um weiterhin antworten zu können, um uns, wie Donna Haraway es sagt, »entlang erfinderischer Verbindungslinien verwandt zu machen und eine Praxis des Lernens zu entwickeln, die es uns ermöglicht, in einer dichten Gegenwart und miteinander gut zu leben und zu sterben«. Oder, wie Brecht es halten würde: Wir entschieden uns, zu singen in düsteren Zeiten.

Mada Masr mag als Arbeit des Kummers erscheinen, als Leiden in der düsteren Zeit, aber für uns und unsere Umgebung ist es eine



Heute sind die Risse kleiner und die Ränder schmaler

kathartische Arbeit – wir mildern die Angst, zum Schweigen gebracht zu werden. Ja, wir singen über die düsteren Zeiten, aber unausweichlich beleben wir damit unser Verlangen, andere Möglichkeiten zu erkunden.

Eingebettet in dieses Bewusstsein und den Wunsch, unruhig zu bleiben, liegt das Verständnis von Fürsorge, um das es David Graeber ging: Fürsorge für uns selbst, Fürsorge für die Gemeinschaft, die eine kleine Zeitung um sich herum bilden kann, und Fürsorge für das Recht auf die Verbreitung gefährlicher Ideen. Unterhalb des Hautleidens, das die Arbeit für ein kampfeslustiges Medium in Ägypten heute nach sich ziehen mag, finden sich sowohl Heilung als auch Fürsorge. Und das Verlangen.

Ein Freund hat mich kürzlich auf Rebecca Solnits Worte über Hoffnung stoßen lassen: Dass Hoffnung in der Ungewissheit liegt und dass Ungewissheit die Möglichkeit des Handelns schafft. Denn wenn wir mit dem Ungewissen operieren, sind wir in der Lage zu beeinflussen, was am Ende entsteht. Solnit unterscheidet Hoffnung von Optimismus (und Pessimismus), dessen Ort die Gewissheit ist, was uns wiederum vom Handeln abhalten kann.

Durch eine andere Freundin bin ich auf einen Online-Kurs des nigerianischen Philosophen Bayo Akomolafe gestoßen: »Wir werden mit den Bergen tanzen«. Akomolafe spricht von einem Pfad, »der nichts mit Sieg oder Niederlage zu tun hat«. Weiter sagt er: »Es gibt Dinge, die wir tun müssen, Worte, die wir sagen müssen, Gedanken, die wir denken müssen, die überhaupt nicht aussehen wie die Bilder von Erfolg, die so nachhaltig Besitz ergriffen haben von unserer Vorstellung von Gerechtigkeit.«

Genau dafür mache ich heute meinen Job: für die Dinge, Worte, Gedanken, die wir tun, sagen und denken müssen, ohne dass ich mich damit quäle, was aus uns wird. Ich mache meinen Job für die Leute und Gemeinschaften, die sich gegenseitig hegen mit Schlüsseln, Signalen, Referenzen, durch die wir unsere geistigen Muskeln anspannen und unsere Herzen weiten können. In den extremen Momenten der Ungewissheit und im Glauben an Revolutionen, Überraschungen und Transformationen, die aus der Unvorhersehbarkeit entstehen, sind wir unausweichlich bereit für das Unmögliche.

GENERATION 2011

Mutter Tahrir

Seit Jahrzehnten kämpft Laila Soueif für ein besseres Ägypten – die Regime von Sadat bis Sisi rächten sich dafür an ihrer Familie

VON MAGDOLIN HARMINA

Im April 2020 wartet Laila Soueif, eine Frau mit zerzausten grauen Haaren, auf einer Bordsteinkante vor dem Tora-Gefängnis in Kairo. Dort sitzt ihr ältester Sohn Alaa Abd Al-Fattah ein. Auf ihrem Schoß eine Serviette mit den Worten: »Ich will eine Antwort« – seit Monaten hatte sie nichts von Alaa gehört. Obwohl sie zusammengeschlagen wurde, blieb Soueif sitzen – bis sie einen Brief von ihrem Sohn erhielt, der bestätigte, dass er gesund und am Leben war. Wenig später verhafteten die Sicherheitsbehörden ihre Tochter Sanaa. Der Vorwurf: Terrorismus und Verbreitung von Fake News.

Seit über vier Jahrzehnten kämpft die ägyptische Aktivistin Laila Soueif für Gerechtigkeit in Ägypten – und für die Freiheit diverser Mitglieder ihrer eigenen Familie, die jahrelang hinter Gittern verbrachten. Soueif wurde 1956 in London geboren und wuchs in einer Akademikerfamilie auf: Ihr Vater war Psychologe und übersetzte die Werke von Sigmund Freud ins Arabische, während ihre Mutter als Professorin für Englische Literatur Naguib Mahfouz ins Englische übertrug. Laila studierte Mathematik und wurde 1990 als Professorin an die Universität Kairo berufen. Schon früh begann ihr Leben als Aktivistin: Als 1972 ein Protestmarsch gegen Sadats Israel-Politik an ihrer Schule vorbeizog, stürmte die 16-Jährige aus dem Klassenraum und schloss sich den Demonstrationen an. Sechs Jahre später heiratete sie den Anwalt und Kommunisten Ahmed Seif Al-Islam. Während des Notstands, den Präsident Mubarak 1983 nach Sadats Ermordung ausgerufen hatte, wurde Seif Al-Islam verhaftet und gefoltert. Später wurde er wegen illegalen Waffenbesitzes zu fünf Jahren Haft verurteilt. In dieser Zeit musste Soueif ihre beiden Kinder alleine großziehen. Im Licht

der Erfahrungen ihres Mannes gründete sie im Jahr 2003 den »Ägyptischen Verein gegen Folter«.

»Nieder mit Hosni Mubarak«, einer der Slogans der ägyptischen Revolution, wurde bereits 2004 bei Protesten vor der Staatsanwaltschaft skandiert, organisiert von der »Ägyptischen Bewegung für Wandel« – besser bekannt als »Kefaya«, Arabisch für »Genug«. Soueif war eine der 300 Intellektuellen, die sich dieser Bürgerinitiative anschlossen. Es war der Beginn des Endes von Mubarak.

Der Aktivismus ergriff auch Soueifs Familie, ihre Kinder wurden zu bekannten Streikern für soziale Gerechtigkeit. Ihr Ältester, Alaa Abd Al-Fattah, wurde 2011 zur Protestkönigin, war aber als Pionier der Blogszene schon seit 2005 bekannt.

Im September 2019 rief er zu Protesten gegen das Sisi-Regime auf – und sitzt seitdem im Gefängnis. Mona Seif, die Zweitälteste,



Der Aktivismus ergriff auch Soueifs Familie, ihre Kinder wurden zu bekannten Streikern für soziale Gerechtigkeit

ist Mitgründerin der Initiative »Kein Militärgericht für Zivilisten«. Ihre Schwester Sanaa Seif gründete die Zeitung *Gornal*, die über den Arabischen Frühling und seine Folgen berichtet. Laila Soueif ließ sich nicht einschüchtern, trotz allem, was mehrere ägyptische Regierungen ihr und ihrer Familie angetan haben. Gemeinsam mit ihrer Tochter Mona schloss sie sich der #MeToo-Bewegung im Land an und unterstützt Opfer sexueller Gewalt.

Bild: Laila Soueif mit ihrer Tochter Mona

Der Tod macht große Literatur

Angst, psychische Störungen und der Krieg. Die syrische und ägyptische Literatur arbeiten die Ereignisse seit dem Arabischen Frühling auf

VON RAMY AL-ASHEQ

Die Revolutionen, die gemeinhin »Arabischer Frühling« genannt werden, waren der kollektive Versuch, eine Stimme zu finden, Grundrechte zu erlangen, die andernorts als selbstverständlich und von Geburt an gegeben betrachtet werden.

Dies spiegelt sich auch in der Kultur wider: Betonend möchte ich dabei vor allem den Aufstieg vieler junger Autorinnen und Autoren, die sich als Kinder der Revolutionen

betrachten. Literatur ermöglichte ihnen, die Welt um sie herum zu lesen. Nicht allen war Erfolg escheinigt, aber die schiere Menge junger Literaten ist bemerkenswert.

Zumal ein Konflikt zwischen literarischen Generationen entstand: Auf der einen Seite die Alten, die Etablierten, auf der anderen jene neue Generation, die versucht, mit jeglichen Normen zu brechen. Oft ausgezeichnet und zunehmend auch übersetzt in andere Sprachen: Vor zehn Jahren hatte noch kaum jemand von uns gehört, und das internationale Interesse beschränkte sich auf die etablierte Orientalistik, die auf ein teils explizites, teils stummes Verständnis zwischen »westlichen« Denkweisen und religiösen oder despotischen Regimen basierte. Diese wiederum waren sich einig darin, ein eindimensionales Bild vielfältiger und widerspruchsvoller Gesellschaften zu zeichnen.

Der »Arabische Frühling« war Ausgangspunkt für neue Geschichten und Erzählungen, er brachte aber auch ein neues Bewusstsein mit sich – voller Träume und Erwartungen, ebenso voller Frustrationen. Kritiker werden später sagen, dass die Ereignisse von 2011 in einigen Werken voreilig verarbeitet und in andere hineingedrängt wurden, doch das ist normal. Ich bin überzeugt,

dass die Revolutionen auch in vielen Jahren noch Gegenstand literarischer Werke sein werden – auf Arabisch und in anderen Sprachen. So erschien im Frühjahr 2019 der Roman »Die Nächte auf ihrer Seite« (2015) der deutschen Autorin Annika Reich in arabischer Übersetzung. Die Geschichte beschäftigt sich mit der ägyptischen Revolution und den Ereignissen auf dem Tahrir-Platz in Kairo.

Die gesamte arabischsprachige Literatur seit 2011 in Kürze angemessen zu würdigen, ist ein Ding der Unmöglichkeit, aber der Blick auf einige Bücher syrischer und ägyptischer Schriftsteller ermöglicht es, ein Schlaglicht auf einige Entwicklungen zu werfen.

Eines der wichtigsten Merkmale der arabischsprachigen Literatur in der Zeit vor 2011 war die Angst. Sie war Mitglied einer jeden Familie, die unter autokratischer Herrschaft lebte. Die Ängste waren komplex und miteinander verflochten: die Angst des Volkes vor der Staatsgewalt; die Angst des Volkes vor den allgegenwärtigen Spitzeln des Regimes; die Angst der Frau vor dem Mann; die Angst der Kinder vor den Vätern; die Angst der Menschen vor Gott.

Ein beliebtes arabisches Sprichwort, das verwendet wird, wenn Menschen lachen, besagt: »Gott beschützt uns vor dem Bösen des Gelächters«. Selbst wenn sie lachen, heißt dies, haben die Menschen Angst. Ganze Generationen wuchsen flüsternd auf und wiederholten stets: »Senk die Stimme, die Wände haben Ohren.« Später, als die Häuser und Städte zerstört waren, wurden die Räume knapper. Die Wände hatten keine Ohren mehr – es gab überhaupt keine Wände mehr!

Im Roman »Die Verängstigten« der syrischen Schriftstellerin Dima Wannous kann sich keiner der Protagonisten der Angst

entziehen, weder tagsüber noch nachts. Sie reagieren verzweifelt: Der junge Arzt Nassim hat sich sogar seinen Namen und seine Anschrift auf den Rücken tätowieren lassen, damit seine Leiche identifiziert werden kann, sollte er Opfer eines Bombenangriffs werden.

Zur Angst gesellen sich psychische Störungen: In ihrem noch nicht ins Deutsche übersetzten Roman »Al-Masha« schreibt Samar Yazbek über ein gleichnamiges kleines Mädchen mit geistiger Behinderung und einer Sprachstörung, das in Ost-Ghouta

Eine Science-Fiction-Dystopie als Annäherung an das heutige Ägypten

nahe Damaskus den Einsatz von chemischen Waffen gegen die Bevölkerung erlebt. Der Roman »Ain Al-Sharq« (»Das Auge des Ostens«) des Schriftstellers Ibrahim Al-Jabeen basiert hingegen auf einer seltenen Krankheit namens »hyperthymestisches Syndrom«. Betroffene verfügen über ein übermäßig ausgeprägtes Gedächtnis, mit dem sie ganze Episoden ihrer Vergangenheit äußerst detailreich nacherleben können und müssen – Erinnerungen, die einfach nicht aufhören.

Die am häufigsten wiederkehrende Vokabel in den syrischen Büchern der letzten Jahre ist – da bin ich mir fast sicher, der Tod. Der Tod, den die Syrer auf surreale Weise kennen lernten, als sie durch Kugelhagel, Luftschläge und Landminen starben, als sie unter Folter, durch Hunger, Erfrieren in Zelten oder Ertrinken im Meer ums Leben kamen. Im Roman »Der Tod ist ein mühseliges Geschäft« von Khalid Khalifa begeben sich drei Söhne auf eine Reise durch das Land, um ihren Vater in seinem Heimatdorf zu begraben. Die Reise wird zu einer Irrfahrt durch die Checkpoints des geplagten Syriens und die Seele der drei Brüder.

Die Angst war Mitglied einer jeden Familie

Khalifas Erzählung basiert auf der Idee, dass der liebgewonnene Körper, die Leiche des Vaters, in Kriegszeiten zur Last wird, irgendwann wollen alle sie nur noch loswerden. Der Autor lebt immer noch in Damaskus, und das, obwohl Khalifa bereits vom Regime und seinen Agenten angegriffen wurde. Wenn wir vom Tod sprechen, dürfen wir auch all die vielen Literaten nicht vergessen, die von diktatorischen Regimen wie dem syrischen verhaftet oder getötet wurden, und auch nicht jene, die das Regime unterstützen oder bewusst seine Verbrechen verschwiegen. In Ägypten, wo die Menschen erst den Fall des Despoten Mubarak und dann die Rückkehr eines noch brutaleren Diktators namens Sisi erlebten, wurde nie aufgehört, zu publizieren.

2013 erschien der dystopische Roman »Das Tor« von Basma Abdelaziz, in dem alle Menschen durch das »Tor« müssen, um die nötigen Genehmigungen zu erhalten. Das Leben spielt sich in der Warteschlange ab. Yahya, die Hauptperson, steht 114 Tage an und trifft eine Vielzahl von Leuten, durch deren Geschichten die Autorin die politische Realität Ägyptens erzählt, ohne das Land beim Namen zu nennen.

Wenn wir über arabische Literatur seit 2011 sprechen, können wir auch jene Schriftsteller nicht außer Acht lassen, die inzwischen im Ausland leben. Ich selbst schreibe diesen Artikel wohl genau aufgrund meines Lebens im Exil – wäre ich heute noch in Syrien, wäre ich möglicherweise nicht darum gebeten worden.

Die Anzahl arabischer Autorinnen und Autoren im Exil ist groß – allein in Deutschland sind es mehr als 150. Viele von ihnen fanden einen Weg, auch hier weiterzuschreiben. Projekte wie »Weiterschreiben.jetzt« ermöglicht es insbesondere jenen jungen Männern und Frauen, die als Kinder der arabischen Revolutionen bezeichnet werden können, mit Poesie und Prosa auf Deutsch zu experimentieren.



In gewisser Weise sind wir besiegte Gesellschaften – und von Menschen, die irrationale Zustände durchleben, kann kein rationales Handeln erwartet werden. Dieses Gefühl der Niederlage, der Ohnmacht, dominiert nach wie vor, und viele Schriftsteller sind sich schlicht selbst die nächsten auf der Suche nach dem eigenen Erfolg. Darüber hinaus leidet die Exilliteratur auch unter den Erwartungen der Europäer, die von Tragödie, Schmerz und persönlichen Erfahrungen lesen wollen. Wer diese Erwartungen nicht erfüllt, fällt durch das Raster.

Aus dem Arabischen von Michael Nuding

Ramy al-Asheq ist ein syrisch-palästinensischer Dichter. Er ist Chefredakteur des arabisch-deutschen Kulturjournals *Fann Magazin*.

Plan B

Wie das Beirut von morgen aussehen müsste

VON THORE SCHRÖDER



M

anche Erinnerungen sind so fantastisch, dass sie fast wie Science-Fiction klingen. So ist es mit dem, was Leon Telvesian in seiner Beirut Kindheit erlebte: »Ich bin in Mar Mikhael aufgewachsen. Damals konnten wir ganz einfach durch die kleine Straßen zum Meer laufen und in einer der Buchten von Karantina schwimmen gehen.« Telvesian ist heute 70 Jahre alt und trägt einen schlohweißen Bart.

Wenn der Architekt und Stadtplaner von der Möglichkeit spricht, Beiruts Wohnviertel und das Meer wieder miteinander zu verbinden, klingt das nach Utopie. Denn die Hauptstadt des Libanons ist durch und durch zubetoniert, eingemauert und der Osten der Metropole durch eine Schnellstraße vom Mittelmeer abgeschnitten. Um Achsen für Fußgänger oder Radfahrer neu oder wieder entstehen zu lassen, müsste man erst mal die Abrissbirne schwingen.

Doch vielleicht ist gerade jetzt der richtige Zeitpunkt dafür. Am 4. August hat eine gewaltige Explosion im Hafen weite Teile der Stadt schwer verwüstet. Die Katastrophe, die wie so viele Tragödien im Zedernland auf kriminelle Nachlässigkeit und Korruption zurückzuführen ist, hatte zumindest einen positiven Nebeneffekt: In den besonders stark betroffenen Stadtvierteln – neben Mar Mikhael und Karantina auch Gemmayze, Aschrafiye und Geitawi – kamen Freiwillige zusammen.

Organisationen vernetzten sich, darunter viele NGOs, die erst im Herbst 2019, bei der Thawra, dem libanesischen Massenaufstand gegen die politische Kaste, entstanden waren. Nicht nur die Libanesen schauen nun mitfühlend und mit wachsendem Interesse auf den Wiederaufbau.

»Dabei zu helfen, ist eine Verpflichtung für uns«, sagt Mohammed Ghotmeh. Der 31-Jährige ist Ingenieur, Bruder der berühmten Architektin Lina Ghotmeh und führt seit einigen Jahren den väterlichen Baubetrieb mit 70 Angestellten. Der Traum eines Beirut von morgen handelt auch davon, die reiche Vergangenheit zu bewahren – wo es noch geht. Ghotmeh ist Teil einer Nachbarschaftsinitiative der »American University of Beirut« (AUB), die mit der NGO Nusaned kooperiert.

Seine Firma bringt sich pro bono als Dienstleister mit viel Expertise beim Wiederaufbau ein: »Am Anfang steht die Bewertung der Schäden, dann die strukturelle Analyse, dann wird über die möglichen Maßnahmen entschie-

den.« Mohammed Ghotmeh spricht über Statik, darüber, wie man gerissenen Sandsteinwänden durch Injektionen, Nähte oder Ummantelungen mit hochmodernen Baustoffen wieder Stabilität geben kann: »Dabei sind alle diese Materialien importiert.« Im Libanon, dessen Währung seit Jahresbeginn kollabiert ist, verteuert das den Wiederaufbau massiv.

Die Detonation hat nach Schätzungen der Weltbank physische Schäden von bis zu 4,6 Milliarden Dollar verursacht, 300.000 Menschen obdachlos gemacht und 8.000 Gebäude beschädigt. Die alten Häuser – aus der osmanischen Zeit, der Epoche des französischen Mandats und der Moderne bis in die 1970er Jahre – waren besonders betroffen, weil sie oft nicht über Betonstruktur oder tiefer reichende Fundamente verfügen.

»Die große Frage lautet jetzt, wie die Regierung reagieren wird«, sagt Fadlo Dagher. Der Architekt ist einer der Initiatoren der »Beirut Heritage Initiative«. Mit der städtischen Bau- und vor allem Abrisspolitik, die prinzipiell dem Kapital Vortritt gewährt, kennt er sich aus. »Wir arbeiten seit 25 Jahren für die

Bewahrung unseres kulturellen Erbes«, sagt sein Partner Abdul Halim Jaber. Seit dem Ende des Bürgerkriegs kämpfen die beiden für einen neuen Masterplan für Beirut. Und für die Aufnahme von noch mehr Objekten in die Liste denkmalgeschützter Gebäude. »Zumindest das Bewusstsein der Leute ist in der Zwischenzeit gewachsen«, sagt Dagher.

Nun müsse verhindert werden, dass weitere seelenlose Türme den Blick auf das Mittelmeer versperren und die Durchlüftung von dort verhindern. In den vergangenen Jahren erlebte Beirut einen Wildwuchs in die Höhe, erklärt Jaber: »Man konnte sich das Recht für immer höhere Gebäude legal erkaufen. Ein Handel mit Geschossflächen. Da gab es kein Limit.« Als Nebeneffekt wurden viele der nach dem Bürgerkrieg verbliebenen Altbauten umstellt oder zerstört.

Einiges wäre schon gewonnen, wenn die Beirutis wieder einen Gemeinsinn für ihre Stadt und ihre Viertel entwickelten, weiß Tarek Ammar. Wie auch Leon Telvesian engagiert er sich bei »Beirut Madinati«, einer NGO und Partei, für den gesellschaftlichen und baulichen Wandel. »Das größte Problem bisher war, dass die Menschen nicht mit ihren Rechten vertraut sind. Sie haben sich daran gewöhnt, dass sich die Stadtverwaltung nicht um sie kümmert.« Mithilfe einer Nachbarschaftsinitiative, bei der in jedem Haus ein Repräsentant für die Belange der Bewohner gesucht wird, soll sich das ändern. Erste Erfolge sind bereits zu verzeichnen. »In Mar Mikhael ist es durch das Nachtleben in den letzten Jahren sehr laut geworden. Nach unserer Intervention

SALBEI UND WEISSDORN, STEINEICHE, AHORN UND KIEFER SOLLEN IM BEIRUTER STADTWALD BLÜHEN

DIE STADT DES DURCHEINANDERS, DES WILDWUCHSES UND DES VERFALLS IST ZUGLEICH EINE STADT DER SEHR STRUKTURIERT DENKENDE INTERVENTIONISTEN



Der Baubetrieb von Mohammed Ghotmeh hilft pro bono beim Wiederaufbau der zerstörten Stadtviertel.

haben sich die Anwohner erfolgreich dagegen gewehrt«, berichtet Ammar.

Einen Sinn für das Gemeinsame entwickelt der Mensch vor allem dort, wo Räume des Zusammenkommens geschaffen werden, weiß Adib Dada. Diesen sozialen Aspekt der Stadtgestaltung greift er mit seiner Initiative »Beirut RiverLESS« auf: Er möchte natürliche Areale schaffen, die sowohl ein Gemeinschaftsgefühl als auch ein gesteigertes Umweltbewusstsein schaffen. Mit seinem nachhaltigen Architekturbüro initiierte er im Stadtteil Sin El-Fil 2019 die Pflanzung eines Stadtwalds: 2.000 Setzlinge – darunter Salbei und Weißdorn, Steineiche, Ahorn und Kiefer – sollen nach drei Jahren Bewässerung so weit sein, dass sie autark weiterwachsen.

Der Hain im Knick zwischen Schnellstraßenzubringern und dem stinkenden Beirut-Fluss (der inzwischen ein Kanal ist) soll den Menschen aus der Nachbarschaft ein bisschen Heimat sein und aufzeigen, was Schönes möglich ist, wenn die Bewohner nur wollen. Tatsächlich stammen alle Arten im Stadtwald ganz aus der Nähe, erklärt Dada: »Wir

haben diese Pflanzen gut zehn Kilometer außerhalb der Stadt gefunden, wo das Flussbett noch nicht aus Beton besteht.« Es gehe darum, das alte Ökosystem wiederherzustellen. »Damit man hier eines Tages keine Häuser mehr sieht vor lauter Bäumen.«

Auch Selim Al-Kadi möchte die Fülle der Möglichkeiten begreifen und aufzeigen. Der Architekturprofessor von der AUB hat am 1. Januar 2020 die dreidimensionale Karte »Beirut 001« online gestellt. Dazu liefen er und sein Team die Stadt ab und werteten Daten von Google Earth aus.

»Eine Karte ist ein Denkwerkzeug«, sagt Al-Kadi. Er wolle damit vor allem den Progressiven, den Revolutionären auf die Sprünge helfen, erzählt der Architekt. Sein Studio ist in einem fensterlosen ehemaligen Lager in West-Beiruts Hamra-Distrikt untergebracht. An den Wänden hängen



Adib Dada möchte, dass man an dieser Stelle die Häuser vor lauter Bäumen nicht mehr sieht.

mehrere überdimensionierte Stadtkarten. »Beirut 001« ist als Open-Source-Tool sowohl auf Al-Kadis Website als auch bei »Daleel Al-Thawra«, dem »Wegweiser der Revolution«, veröffentlicht.

Nun liegt es an den Aktivisten, den virtuellen Stadtraum weiter zu füllen. Werden Aktivisten die 2.000 illegal in der Stadt installierten Überwachungskameras einzeichnen, um bessere Orte für ihren Protest zu finden? Werden Umweltschützer all die Generatoren lokalisieren und vielleicht ein System entwickeln, in dem sie unter Einrechnung der vorherrschenden Windrichtung neue, für die Bevölkerung schonendere Betriebszeiten bestimmen? Beirut, die Stadt des Durcheinanders, des Wildwuchses und des Verfalls, ist zugleich eine Stadt der sehr strukturierten denkenden Interventionisten. Eine führende Rolle nehmen dabei die Mitarbeiter des Beirut Urban Labs an der AUB ein. Gerade arbeiten sie an Aufbaustrategien für zerstörte Viertel, die über das Bauliche hinaus die Sozialstrukturen bewahren sollen. Parallel verfolgen sie auch



Fadlo Dagher (rechts) und Abdul Halim Jaber kämpfen seit Jahrzehnten für einen Masterplan für Beirut.



Die Explosion im Hafen von Beirut am 4. August 2020 zerstörte viele Häuser und Straßenzüge in der Stadt. Die Aufräumarbeiten sind mühsam.

Foto: Sina Schweikle

»VON HIER AUS SOLL MAN EINES TAGES
VOR LAUTER BÄUMEN KEINE HÄUSER MEHR
SEHEN«

eine Initiative zur Rückerlangung des Areals, das für den Highway vorgesehen war, der von Aschrafiye aus quer auf die Hafenschnellstraße zulaufen sollte. Der AUB-Plan sieht einen Park an gleicher Stelle vor.

»Hier können enteignete Flächen wieder in den Besitz der Bürger übergehen«, führt Professorin Mona Harb vom Urban Lab aus. »Wir ermutigen junge Aktivisten bereits, das Gelände zu besetzen. Die Gelegenheit ist gerade günstig.« Urbanisten und Architekten, sagt Mona Harb, seien besonders dann aktiv, »wenn Katastrophen zuschlagen, in Krisen, im Krieg oder in deren Nachgang«. Das Wiederausammenfügen künstlich voneinander getrennter Nachbarschaften – konkret die Überwindung der Teilung zwischen Ost-Beiruter Wohnvierteln und Meer – ist nur eine von vielen Herausforderungen, für die in der Stadt längst ausreichend Pläne kursieren. Letztlich können alle Räume wiedergewonnen und neuinterpretiert werden. »Aber am Ende«, sagt Mona Harb, »stoßen wir immer gegen eine Mauer, denn es braucht für alles ja auch einen Staat.«



»Beirut 001« ist eine dreidimensionale Karte der Stadt. Der AUB-Professor Al-Kadi stellt sie als Open-Source-Tool zur Verfügung.

Thore Schröder kommt aus Hamburg, war lange in Berlin und lebt nun als freier Journalist im Nahen Osten. Nach vier Jahren in Jerusalem, Tel Aviv und Amman lebt er derzeit im Libanon.

KÜNSTLERIN AYA TAREK

»Ich fühlte mich wie in einem Computerspiel«

Exklusiv für dieses Dossier hat Aya Tarek eine Serie von Illustrationen entworfen. Hier zeigt die ägyptische Street-Art-Künstlerin, wie sich ihr Blick auf den Arabischen Frühling verändert hat

INTERVIEW: MICHAEL NUDING

zenith: Eine Ihrer Spezialitäten sind riesige Bilder an Hauswänden. Was bewegt Sie dazu, Kunst auf die Straße zu bringen?

Aya Tarek: Während meines Studiums verfolgte ich fasziniert, wie eine immer größere Szene in Europa und den USA mit Straßenkunst experimentierte – Banksy zum Beispiel wurde damals richtig groß. Auch ich wollte mich an Kunstformen probieren, die nicht im Lehrplan standen. Ich spielte mit allem Möglichen, aber was die Menschen wirklich erreichte und bewegte, war Street-Art. Die positiven Rückmeldungen waren überwältigend.

Die Menschen waren hungrig nach Kunst im öffentlichen Raum. Wie erklären Sie sich das?

Die meisten Menschen kennen nur ein Unterhaltungsmedium: das Fernsehen. Kaum jemand geht ins Theater oder besucht Museen. Obwohl vieles kostenlos ist, haben die Menschen das Gefühl, keinen Zugang zu solchen formellen Orten zu haben. Die Kunst in den Straßen durchbrach die alltägliche Routine vieler Menschen und gab ihnen die Möglichkeit, die Gedanken schweifen zu lassen.

Im Jahr 2011 wurde Straßenkunst zum großen Medium der Revolution. Wie haben Sie dieses Jahr erlebt?

Am 25. Januar wollten wir eigentlich erstmals einen Film über die ägyptische Straßenkunst und Untergrundszene zeigen – doch die Vorstellung fiel aus, stattdessen kam die Szene in den nächsten Monaten selbst aus dem Untergrund. Die Revolution erweckte die Menschen zum Leben, alle wussten: »Wenn du etwas zu sagen hast, dann jetzt!« Alle begannen, sich mitzuteilen und sich auf ihre eigene Art auszudrücken. Künst-

lerinnen und Künstler holten ihre Werke aus den Galerien und brachten sie auf die Straßen. Auch ich nutzte die neuen Freiheiten.

Welche Gedanken haben Sie bei den Illustrationen für dieses Heft geleitet?

Ich habe versucht, die letzten zehn Jahre so darzustellen, wie ich sie mit meinen Augen gesehen habe – mit meinem eigenen expressiven Blick. 2011 war ich Anfang 20 und noch voller Idealismus, deshalb prägten mich diese Demonstrationen und all die damit verbundenen Versprechen. Ich erlebte diese Zeit wie ein Computerspiel, irgendwie surreal. Ich fühlte mich, als wenn ich durchs Internet surfen würde – durch das »alte Internet«, bevor alles in den Sozialen Medien stattfand. Vor allem meine bewusst gewählten Farbkonzepte möchte ich betonen, aber sonst lass ich meine Illustrationen am liebsten selbst sprechen.



Aya Tarek, geboren 1989 in Alexandria, gehört zu den bekanntesten Straßenkünstlerinnen Ägyptens. Sie hat an der Universität von Alexandria Kunst und Malerei studiert. Bereits mit 18 Jahren begann sie, als Grafikdesignerin, Straßenkünstlerin und Malerin zu arbeiten. Inzwischen experimentiert sie auch mit Virtueller Realität, Soundinstallationen und Videokunst.

Aya Tareks Illustrationen ziehen sich durch das gesamte Dossier. Den Auftakt macht »BOO!« (S. 2) mit einer geköpften Gaddafi-Statue. »NOoooo« (S. 22) beschäftigt sich mit sexueller Belästigung, während »PLOP!« (S. 42) auf die Flucht über das Mittelmeer aufmerksam macht. Darauf folgen »POW!« (S. 56) und »BAM!« (S. 68), die sich auf die Proteste im Irak seit 2019 und die Explosion im Hafen von Beirut beziehen. Den Abschluss des Dossiers bildet »NOW!« (S. 82) über die Proteste im Sudan.

ILLUSTRATION: AYA TAREK

PARLAMENTARISMUS IN TUNESIEN

Keine Partei, kein Problem

Tunesien als politisches Labor. Der neue Präsident Kais Saied könnte mit seinen radikalen Ideen das politische System auf den Kopf stellen

VON HENRIK MEYER

Ist Zuneigung eine Frage der Gewohnheit? Zumindest für die tunesische Demokratie scheint das nicht zuzutreffen. Seit Zine El-Abidine Ben Ali 2011 vom Hof gejagt wurde, hatten die Tunesier reichlich Gelegenheit, sich an die parlamentarische Demokratie zu gewöhnen. Sechs faire und freie Wahlen auf nationaler und lokaler Ebene – Tunesien gilt heute zurecht als konsolidierte, funktionierende Demokratie. Echte Zuneigung für die hart erkämpfte Parteiendemokratie mag sich aber noch nicht einstellen. Im Gegenteil: Die Zustimmung zu Parteien und Parlamentarismus sinkt. In Umfragen geben nur noch neun Prozent der Befragten an, Parteien zu vertrauen – beim Parlament sind es 15 Prozent. Besonders junge Menschen tragen ihre Ablehnung offen zur Schau. Dabei waren nicht wenige von ihnen 2010 auf den Straßen, um für Demokratie zu demonstrieren. Wie konnte es so schnell zur Entfremdung kommen? Einerseits ist es offensichtlich, dass die tunesische Demokratie wichtige Kernforderungen der Revolution bis heute nicht erfüllt hat. Ob Arbeits- und Perspektivlosigkeit oder soziale und regionale Disparität: Viele bewerten ihre sozioökonomische Lage heute schlechter als vor der Revolution. Jedes politische System, das solche Ergebnisse produziert, hätte mit Legitimitätsproblemen zu kämpfen. Hinzu kommt aber noch etwas, das sich am ehesten als generelles Unwohlsein mit dem politischen Prozess bezeichnen lässt. Nach Jahren des politischen Stillstands ist der demokratische Entscheidungsfindungsprozess weitgehend entzaubert. Statt als Vertreter des Volkswillens werden Parteien als selbstreferentielle Machtapparate wahrgenommen, für viele ein Inbegriff von Korruption und Vetternwirtschaft. Auf diesem Boden gedeihen Ideen, deren Umsetzung nicht weniger revolutionäre Folgen hätte als der Umsturz von 2011. Verkörpert werden sie vor allem von Kais Saied, seit Oktober 2019 Präsident Tunesiens. Der Verfassungsrechtler gewann als unabhängiger Kandidat für viele Beobachter unerwartet deutlich die Wahlen und ist heute der mit großem Abstand populärste Politiker des Landes. Saied verdankt seinen Wahlerfolg zwei ineinandergreifenden Botschaften. Erstens: bedingungsloser und durch persönlichen Habitus vorgelebter Kampf gegen Korruption; zweitens: radikale Reform des politischen Systems und Abschaffung der Parteiendemokratie.

In unterschiedlicher Tiefenschärfe spricht Saied seit Jahren davon, dass Parteien ein Relikt der Vergangenheit und längst »dem Tode geweiht« seien. Ihm schwebt ein Modell direkter Volksdemokratie vor, das gerade unter Jugendlichen auf große Zustimmung stößt. Nicht mehr Parteien, sondern Einzelpersonen sollten auf allen Ebenen direkt gewählt werden und persönlich und unmittelbar ihre Wähler vertreten. Basisdemokratie, Volksentscheide und an der Spitze des Staates der Präsident. Gänzlich neu sind solche Gedanken in der Region nicht – sie erinnern stark an die libysche Volksdschamahiriya von Muammar Al-Gaddafi, wenngleich Saied der religiös-mystische Impetus fehlt. Nun wäre es ein Leichtes, dieses Modell mit einem müden Lächeln als unpraktikabel abzutun und auf die zweifellos vorhandene Gefahr des Populismus zu verweisen. Zu unterschätzen ist die Tragweite von Saieds Ideen aber nicht. Zum einen verweist Saieds Erfolg auf eine tiefe, weltweite Legitimationskrise der repräsentativen Demokratie. Zum anderen sollte niemand die Augen vor der erstaunlichen Tatsache verschließen, dass ein emeritierter Juraprofessor heute mehr junge Leute mobilisieren kann als alle 226 in Tunesien registrierte Parteien zusammen. Die Diskussion über ein Referendum zur Verfassungsreform wird kommen, zumal Saied für dieses Vorhaben den mächtigen Gewerkschaftsverband UGTT an seiner Seite weiß. Ein solches Plebiszit würde für Saied sicher positiv ausfallen. Tunesiens Parteien haben noch immer nicht begriffen, dass sie in existentieller Gefahr schweben. Gelingt es ihnen nicht bald, spürbare Erfolge zu verzeichnen, wird ihr Ansehen weiter sinken. Um den radikalen Ideen Saieds den Wind aus den Segeln zu nehmen, bedarf es ebenso radikaler Maßnahmen. Der regelmäßige Gang zur Wahlurne reicht offensichtlich nicht, um ein angemessenes Niveau an Teilhabe zu gewährleisten. Insbesondere sozioökonomische Partizipation durch Umverteilung und das Aufbrechen von Kartellstrukturen sind notwendig, um der parlamentarischen Demokratie eine Zukunftschance zu bieten.

Henrik Meyer ist Politik- und Islamwissenschaftler. Seit 2015 leitet er das Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) in Tunis.

ZEITSPRUNG

ÜBERGANG UND ÜBERLEBEN

Sudan

30. Januar 2011

In der Hauptstadt Khartum finden Demonstrationen für einen politischen Wandel statt. Die Polizei schlägt die Proteste nieder, zahlreiche Teilnehmer werden verhaftet. Im Sommer verkündet der Südsudan seine Unabhängigkeit.

1. Februar 2014

Die Regierung lässt die Oppositionszeitung *Stimme des Volkes* unter Zensuraufgaben zu. Sie reagiert mit Zugeständnissen, nachdem die Proteste wegen gestiegener Benzinpreise seit Monaten nicht nachgelassen hatten.

6. April 2019

Hunderttausende Menschen demonstrieren nach einem Aufruf des Gewerkschaftsverbandes in Khartum gegen das Regime – seit Ende 2018 hatten die Proteste an Schärfe zugenommen. Am 11. April 2019 putscht das Militär gegen Präsident Omar Al-Baschir und setzt ihn unter Hausarrest.

3. Juni 2019

Sicherheitskräfte und dem Militär nahestehende Milizen verüben ein Massaker in einem Protestcamp in Khartum. Mehr als 120 Menschen werden getötet, viele Frauen vergewaltigt. Die zivile Protestbewegung reagiert mit einem Generalstreik.

17. Juli 2019

Das Militär und die zivile Protestbewegung einigen sich auf eine Machtteilung in einer dreijährigen Übergangszeit. Danach soll es freie, demokratische Wahlen geben.

Libanon

29. August 2015

Mehr als 100.000 Libanesen protestieren gegen die Unfähigkeit der politischen Führung, die Probleme der Abfallwirtschaft zu lösen. Wochenlang stapelt sich der Müll in den Straßen Beiruts.

17. Oktober 2019

Um die Staatsfinanzen in den Griff zu bekommen, kündigt die Regierung neue Steuern an – auch auf Telefonate über WhatsApp. Es folgen massive Proteste, die sich auch gegen das konfessionalistische System, Korruption und steigende Lebenshaltungskosten richten.

19. Oktober 2019

Premierminister Saad Hariri kündigt seinen Rücktritt an – als Folge der Proteste und der anhaltenden Staatsfinanzkrise. Es dauert drei Monate, bevor es den Vertretern der politischen Blöcke gelingt, eine neue Regierung zu bilden.

7. März 2020

Premierminister Hassan Diab kündigt an, dass sein Land fällige Anleihen von mehr als 1 Milliarde Euro nicht bedienen kann. Das Land befindet sich in einer tiefen Wirtschafts- und Finanzkrise. Der Verfalls des libanesischen Pfundes treibt viele Menschen in die Armut.

4. August 2020

Im Hafen von Beirut explodieren mehr als 2.700 Tonnen Ammoniumnitrat. Mindestens 220 Menschen werden getötet, rund 300.000 verlieren ihre Wohnungen. Viele Libanesen sehen die Explosion als Beleg für die Dysfunktionalität ihres Staates.

Frühling im Oktober



2019 gingen die Iraker zu Hunderttausenden auf die Straßen. Über ein Volk, das sich endlich sicher und zugehörig fühlen will

VON RUBA ALI AL-HASSANI

Im Irak bringt der Frühling keine Hoffnung. Frühjahr und Sommermonate bedeuten sengende Hitze. Erst der Herbst bringt Erleichterung, indem er nicht nur die Luft, sondern auch den Zorn der Menschen über mangelnden Strom für Klimaanlage abkühlt. Im Oktober 2019 erlebte der Irak

jedoch genau das Gegenteil: ein Anschwellen öffentlicher Wut, das zur Oktoberrevolution und einem Frühling des kollektiven Bewusstseins führte. Irakerinnen und Iraker gingen auf die Straße, um für jene Rechte und Repräsentationsmöglichkeiten zu kämpfen, die ihnen seit der Invasion von 2003 verweigert werden.

Saddam Hussein säte Angst und Misstrauen in die irakische Gesellschaft, indem er Menschen dazu zwang, sich gegenseitig auszuspielen. Er führte einen psychologischen Krieg gegen seine eigene Bevölkerung, der zur Entfremdung zwischen Menschen und Staat führte.

Die US-Besatzung im Irak legte keinen Fokus auf Friedenssicherung oder den Aufbau institutioneller Kapazitäten, sondern ließ sich beim Wiederaufbau des Landes von ökonomischen Imperativen leiten. Das State-Building ohne Verständnis für die Komplexitäten des Landes führte zu einer radikalen Neuordnung der Gesellschaft.

Insbesondere die Auflösung der Armee und des Gesundheitssystems unter dem Mantel der Entba'athifizierung führte schon früh zur Desintegration von Staat und Gesellschaft. Alle Bürger mit einer nominellen Zugehörigkeit zur Ba'ath-Partei, zuvor eine Notwendigkeit auf dem Arbeitsmarkt, wurden plötzlich ökonomisch, rechtlich und gesellschaftlich marginalisiert und mit den eigenen Unterdrückern gleichgesetzt.

Die Aussicht auf Geld und Macht brachte auch Nachbarn wie Iran auf den Plan, die ebenfalls eine Rolle in der Bildung des undemokratischen, konfessionellen Systems spielten, das sich seither durch Korruption und ausländische Kredite über Wasser hält. Dadurch wurde die ethnokonfessionelle Diskriminierung institutionalisiert. Quoten

hievten nicht gewählte Politiker an die Macht und bevorzugten einige religiöse und ethnische Gemeinschaften, während andere ganz ausgeschlossen blieben – besonders den Minderheiten der Jesiden, Assyrer, Mandäer und Ahl-El-Haqq wurden die Teilhabe am politischen Prozess verwehrt.

Iraks Regierungen seit 2003 betrieben Geschichtsrevisionismus und veränderten Lehrbücher, um die frühere Ba'ath-Regierung aus der öffentlichen Erinnerung zu tilgen. Letztlich trat das Gegenteil des gewünschten Effekts ein: Viele Jugendliche wissen so gut wie nichts über die Verbrechen des alten Staates. Zudem dominieren parteinahe Medienhäuser den öffentlichen Diskurs und leisten dem Narrativ eines ewigen konfessionellen Krieges Vorschub.

Der Krieg gegen den IS schweißte die irakische Gesellschaft über Konfessionen hinweg für eine Weile zusammen. Politiker beraumten zwar Untersuchungen zum Fall Mosuls an, Ergebnisse wurden aber nie öffentlich gemacht, und ein transparenter Prozess zur Rechenschaftspflicht blieb aus. Da realisierten viele, dass ihr eigentlicher Feind nicht der IS ist – es sind jene Politiker, die die Gesellschaft bewusst spalten. Bis heute wird der Öffentlichkeit die ganze Story zum Krieg gegen den IS vorenthalten.

DIE SAMEN DER OKTOBERREVOLUTION WURDEN SCHON LANGE VOR 2019 GEPFLANZT

Versöhnung kann nicht ohne die Aufarbeitung der Vergangenheit und die Wiederherstellung von Gerechtigkeit durch eine Übergangsgerechtigkeit erreicht werden. Doch genau das wird den Irakern verwehrt. Die höchsten Ebenen des Justizsystems sind politisiert, während niedrige Instanzen eingeschüchert werden, wodurch der »Rechtsstaat« zum Repressionsinstrument verkommt. Jene tribalen Strukturen, die das Sicherheitsvakuum im Nachgang der US-Invasion füllten, implementieren dabei schlicht ihre eigenen Regelwerke.

Während der Regierungszeit von Premierminister Nuri Al-Maliki (2006–2014) wurde die Staatsgewalt eingesetzt, um konfessionelle Spaltungen in der Gesellschaft weiter zu vertiefen. Die Diskriminierung der Sunniten, die durch das Dogma der Entba'athifizierung legitimiert wurde, spielte eine zentrale Rolle bei der Entstehung des IS. Der anschließende Krieg militarisierte die Gesellschaft weiter. Einige der in dieser Zeit entstandenen Milizen kämpften heute als erweiterter Arm der irakischen Armee und gedeihen als Hybrid-Akteure in den Grauzonen zwischen Staat und Gesellschaft. Manchen gelang nach den Wahlen von 2016 sogar der Einzug ins Parlament. Doch gleichzeitig agieren sie entgegen staatlicher Interessen, indem sie politische Gegner erpressen, einschüchtern, oder ermorden.

Unterdessen sind alle Ebenen des Staatsapparates von Korruption durchsetzt. Von faulen Verträgen mit inexistenten Firmen über die Veruntreuung öffentlicher Gelder bis hin zu Geldwäsche und Erpressung – die politische Elite im Irak hat es inzwischen auf Platz 162 des Korruptionsindex von Transparency International geschafft. Währenddessen verarmt ein immer größerer Teil der Bevölkerung,

grundlegende Bedürfnisse bleiben aufgrund fehlender Gesundheits-, Elektrizitäts- oder Wasserversorgung unbefriedigt. Die hohe Arbeitslosigkeit sowie eine aufgeblasene Bürokratie, in der nur durch Schmiergelder etwas zu erreichen ist, heizen den öffentlichen Zorn weiter an.

Zwar hat das Land in den letzten Jahren regelmäßig Proteste erlebt, aber die Aufstände im Oktober 2019 waren von einem anderen Kaliber. Die Proteste in den sunnitisch dominierten Provinzen im Westen und Norden wurden zwar recht schnell durch die Verhaftung von Aktivisten eingedämmt. Doch im primär schiitischen Zentralirak und Süden des Landes waren die Menschen besser organisiert und hatten mehr Protesterfahrung. Tausende füllten die Plätze und blockierten die Straßen. In den folgenden Monaten töteten die Sicherheitskräfte sowie paramilitärische Scharfschützen mehr als 700 Demonstranten, über 20.000 wurden verletzt, und bis heute sind viele Aktivisten spurlos verschwunden.

Hinter diesen Zahlen stecken die Geschichten von Menschen, die in einer Mischung aus Hilflosigkeit und Entschlossenheit auf die Straße gegangen sind. »Ich hole mir meine Rechte zurück« und »Wir wollen eine Heimat«, riefen sie auf den Demonstrationen. Die Parolen umschreiben die kollektive Empfindung und spiegeln die tiefe soziale und politische Entfremdung der Gesellschaft – die Iraker wollen sich endlich zugehörig und sicher fühlen können. Die Proteste brachten Menschen aus allen Gesellschaftsschichten zusammen und kreierten so eine neues Gefühl von Einheit. Auch Frauen zeigten sich das erste Mal seit Jahrzehnten wieder als Anführerinnen, mobilisierten sogar in den konservativsten Städten des Landes. Dafür erfuhren sie auch von männlichen Demonstranten Unterstützung: »Ihr seid Revolution!«

Sowohl staatliche als auch nichtstaatliche Akteure gingen mit ganzer Härte gegen die Demonstrationen vor – sie setzten nicht nur auf Alarm- und Leuchtbomben, sondern auch auf Rufmordkampagnen in den Sozialen Medien. Die Regierung stellte zeitweise das Internet ab, um den Kontakt unter den Aktivisten und mit der Außenwelt zu kapern. Daraufhin verwendeten die Protestierenden Radios zur Kommunikation. Aktivisten in den nicht betroffenen kurdischen Gebieten sprangen ein, um die Informationslücken zu schließen und über Menschenrechtsverletzungen zu berichten. Diese Bewegung hat gezeigt, wie sehr die Iraker gesehen und gehört werden wollen.

Daraufhin versuchten die politischen Parteien und Milizen, die Proteste zu kapern und einen Keil zwischen die Menschen auf den Straßen zu treiben. Bewaffnete mischten sich unauffällig in die Proteste, um Gewalt anzuzetteln. Die Menschen auf den Straßen waren sich der repressiven Taktiken jedoch bewusst und ließen sich auch nicht von Politikern beeindrucken, die sich opportunistisch auf ihre Seite schlagen wollten. Jede Ermordung eines Aktivisten wurde als Mordanschlag auf alle gesehen, der Geburtstag eines gefallenen Aktivisten als Geburtsstunde der Revolution gefeiert.

Obwohl die Pandemie eine Protestpause erzwang, gehen weiterhin viele Menschen auf die Straßen – auch wenn Aktivisten von paramilitärischen Gruppen mit dem Tode bedroht und ermordet wurden. Die Kultur der Angst kehrt zurück, doch für die Demonstranten gilt: »Wir haben nichts mehr zu verlieren.« Die Proteste beweisen, dass die Iraker dem Tod nicht das letzte Wort überlassen wollen.

Ruba Ali Al-Hassani ist Rechtssoziologin am Tahrir Institute for Middle East Policy und promoviert an der Osgoode Hall Law School im kanadischen Toronto. Sie beschäftigt sich mit sozialer Gerechtigkeit, dem Irak, sozialen Bewegungen und sozialer Kontrolle.

Bilder, Bots und Bouteflika

Algeriens etablierte Medien haben den Aufstand gegen Bouteflikas Dauerherrschaft nicht kommen sehen. Wie ein merkwürdiger Mix aus Aktivisten und Influencern die Propagandamaschine des Regimes entlarvte

VON LYAS HALLAS

A

m 10. August 2020 verurteilte ein Gericht in Sidi M'Hamed in der Hauptstadt Algier den Journalisten Khaled Drarni zu drei Jahren Haft – dem 40-jährigen Leiter der Website *Casbah Tribune* wurden »Anstiftung zu einer unbewaffneten Versammlung« und »Angriff auf die nationale Einheit« vorgeworfen. Es war die höchste Strafe, die jemals gegen einen Journalisten in Algerien ausgesprochen wurde – auch wenn die Haftzeit in der Berufung im September auf zwei Jahre gemindert wurde.

Das Urteil löste Aufruhr und Bestürzung aus. Drarni hatte gerade über eine Demonstration gegen die Regierung berichtet, als er im März 2020 festgenommen wurde. Eigentlich rechtfertigte nichts seine Verurteilung. Warum also wurde er so hart bestraft?

Drarni hat mehr als 100.000 Follower auf Twitter und gibt viel auf seine Unabhängigkeit. Dissidenten wie ihn juristisch zu verfolgen, steht sinnbildlich für die Strategie des Regimes, die Berichterstattung über die zweiwöchentlichen Großdemonstrationen einzuhegen.

Seit April sind die Proteste wegen der Corona-Pandemie ausgesetzt. Die meisten algerischen Medien ignorierten sie aber schon viel länger – weit bevor Abdelmadjid Tebboune aus den umstrittenen Wahlen vom 12. Dezembers 2019 als neuer Präsident hervorging.

Mit Hilfe staatlicher Subventionen (und ihrem möglichen Entzug) nahm der Staat die Medien an die kurze Leine. Den Aufstand im Februar 2019, der das Ende der Herrschaft von Langzeitpräsident Abdelaziz Bouteflika einläutete, sahen sie daher nicht kommen. Sie waren zu beschäftigt, die offiziellen Sprachregelungen wiederzugeben – fast einstimmig feierten sie den einschläfernden Diskurs, mit dem die staatlichen Stellen Bouteflikas fünfte Amtszeit vorbereiteten.

Der Niedergang der algerischen Presse hat handfeste Gründe: Sinkende Werbeeinnahmen und die gezielte Steuerung staatlicher Subventionen ließen die klassischen Medien seit gut einem Jahrzehnt verarmen. Einige Zeitungen mit Meinungsmacht wie *Le Soir d'Algérie*, *El Watan*, *Liberté* oder auch *El Khabar* verpassten daher den digitalen Turn.

Dadurch entstand ein Freiraum, den neue Akteure nutzten: »Nachrichten, die von staatlichen Sendern und etablierten privaten Zeitungen verheimlicht werden, kursieren im Internet. Das diskreditiert die klassischen Medien«, sagt Said Djaffar, der bereits seit 40 Jahren für algerische und ausländische Medien arbeitet. »Die Zahl derjenigen, die sich heute über gedruckte Zeitungen informieren, ist nicht besonders groß. Das ist nicht zu vergleichen mit den 1990er Jahren, als die Zeitungen den politischen Diskurs belebten.«

Das Regime versucht, gegen die digitale Gegenöffentlichkeit vorzugehen – unter anderem mit dem Strafrecht: Zahlreiche Aktivisten landeten wegen Facebook-Kommentaren im Gefängnis. Aber wie funktioniert diese Gegenöffentlichkeit? Wie konnte es ihr gelingen, eine Propagandamaschine herauszufordern, hinter der mehrere Fernsehsender und fast alle Zeitungen stehen?

Algeriens Gegenöffentlichkeit besteht aus einem bunten, untereinander nicht unbedingt vernetzten Haufen: Online-Zeitungen, die mit rudimentären Mitteln erstellt werden. Journalisten, Akademiker, Blogger, Aktivisten und sogar einfache Volksmusiker konkurrieren auf einem Markt, der informell, aber nichtsdestotrotz real ist – die Währung sind Klicks und Likes.

Viele produzieren im Ausland, manche werden von lokalen Quellen mit falschen oder richtigen Informationen versorgt, zum Teil sogar aus Kreisen der Sicherheitsbehörden. Informationen der anderen werden übernommen, manchmal verkürzt, teils seltsame Allianzen gebildet und wieder gekappt. Dennoch hat diese merkwürdige Guerillatruppe es vermocht, die Propagandamaschine des Regimes zum Entgleisen zu bringen.

»Die Algorithmen der sozialen Netzwerke funktionieren wie ein Vergrößerungsglas. Wer eine bestimmte Art von Inhalten anschaut, bekommt Ähnliches angeboten. Das kann zur einer Art Abkopplung von der Realität führen«, meint Riad Ait Aoudia, Chef der Kommunikationsagentur MediAlgeria. »Das führt bei manchen zu Überreaktionen, sie lassen sich von der Blogosphäre blenden und tragen oft unwissentlich dazu bei, dass sich Inhalte viral verbreiten.«

Die Wirkungen dieser in den Sozialen Medien kursierenden »Informationen« muss also stets mitgedacht werden. Wie viele Personen werden erreicht? Wie hoch wird ihre Glaubwürdigkeit von den Rezipienten eingeschätzt? Verändert sich deren Wahrnehmung oder auch ihr Entscheidungsverhalten? Wie viele Menschen schauen sich die Inhalte einfach aus Freude an rhetorischen Gefechten oder aus Neugier auf Anzüglichkeiten an?

Aoudia hält es für wichtig, auf die Werkzeuge zu schauen, mit denen die Reichweite digitaler Informationen gemessen wird. »In dieser Hinsicht ist der algerische Markt unterentwickelt. Meiner Kenntnis nach verfügen nur die Sicherheitsbehörden und einige Marketingfirmen über die entsprechende Technologie, also die Möglichkeit, zu messen, welche Rendite ihnen ihre Aktionen bringen.«

Auch wenn die Wirkmacht digitaler Information nur schwer einzuschätzen ist, hatten manche Inhalte zweifellos massiven Einfluss: Schließlich wurden die Demonstrationsaufrufe primär über die Sozialen Medien verbreitet.

Mit dem Strafrecht gegen
Memes, GIFs und
Facebook-Kommentare

Der Verlust des Informationsmonopols der klassischen Medien setzte jedoch früher ein. Gerüchte gab es schon immer. Weil es schwierig war, bestimmte Themen anzusprechen, haben die Algerier die Propaganda mit Graffiti an Hauswänden oder schlüpfrigen Witzen umgangen. Vor allem die Fußballstadien waren immer ein Ort der freien Meinungsäußerung, gepaart mit ein paar zünftigen Schimpfwörtern.

Als 1990 der damalige Präsident Chadli Benjedid dem algerischen Nationalteam den Pokal für den Sieg des Afrika-Cups überreichte, wurde er mit Slogans der islamistischen Heilsfront (FIS) empfangen. Und ab 2017 besangen die Ultras von USM Algier höhnisch die Verschwendungssucht des Regimes von Präsident Bouteflika. Der Fangesang »La casa de Mouradia« nahm Bezug auf die populäre spanische Bankräuber-Serie »La Casa de Papel« (»Haus des Geldes«) und wurde zu einer der Hymnen des Aufstands 2019.

Das mobile Internet beschleunigte den Bedeutungsverlust der alten Medien noch weiter, auch wenn 3G und 4G in Algerien eher spät Fuß gefasst haben.

Was können Printmedien und Fernsehsender, die den offiziellen Diskurs in abgedroschenen Phrasen wiedergeben, gegen eine sich ständig erneuernde Technologie ausrichten, durch die im Dialekt, mit Memes, Codes, Bildern, Videos, GIFs und Emojis kommuniziert wird? Eine Szene, die Inhalte als Häppchen anbietet, mit bissigen Botschaften in immer kürzeren Abständen, manchmal in der Absicht, mit einer einzigen Pointe einen ausführlichen Diskurs zu zerstören?



Die Aufrufe zu den Demonstrationen wurden fast ausschließlich über die sozialen Medien verbreitet. Zeitungen und Fernsehsender duckten sich weg.

Hat die staatliche Propaganda schlicht ihren Einfluss verloren, weil die Verantwortlichen die Mechanismen der Sozialen Medien nicht verstehen? »Die Jungen glauben nicht mehr an politische Dogmatik. Anders als viele Ältere haben sie organisierte Parteilarbeit im Untergrund nie kennengelernt«, analysiert Nacer Djabi und beobachtet die Entstehung einer neuen politischen Kultur. »Sie legen mehr Wert auf Pluralität, auf den Dialog. Sie haben weniger Angst, schon gar nicht vor der Repression des Regimes«, meint der Soziologe von der Universität Algier.

Es bleibt ein Paradox: Zum einen tut das Regime so, als hätten die sozialen Netzwerke keinerlei Relevanz, zum anderen zögert es nicht, die sozialen Netzwerke selbst zu nutzen, um Oppositionelle zu diskreditieren und interne Konflikte zu regeln. Ganze Armeen von Internettrollen verpesten das Netz und bedrängen Dissidenten und all diejenigen, die der offiziellen Linie widersprechen.

»Das Internet hat den Selbsterhaltungstrieb des Regimes noch gestärkt«, sagt Djaffar. So würden etwa immer häufiger zwielichtige Influencer auftauchen, die Regierungspositionen verteidigen. »Auch wenn das nicht seine Absicht ist, diskreditiert sich das Regime dadurch selber und untergräbt die Propaganda. Denn mit dem Versuch, zu spalten, begibt es sich auf dünnes Eis.«

Für Djaffar spiegeln die Auseinandersetzungen im Internet eine breite Unzufriedenheit wider. Das angstgetriebene Narrativ des Regimes von einer inneren und einer äußeren Bedrohung werde zunehmend abgelehnt. Auch wenn die meinungsstarken Multiplikatoren im Netz eine äußere Bedrohung nicht unbedingt infrage stellen, so zeigt ihr Aktivismus doch, was sie als das größere Problem ansehen: den Fortbestand des überholten Regimes.

Aus dem Französischen von Moritz Behrendt

Lyas Hallas arbeitet als Investigativjournalist in Algier. Er ist Mitglied des Internationalen Netzwerks investigativer Journalisten (ICIJ). Er schreibt für die algerische Zeitung *Le Soir* sowie verschiedene internationale Medien.

Foto: Daniel Gerlach

»Wir brauchen Frauenquoten«



Menschen in Khartoum warten auf den Bus.

Foto: Alessio Mamo

Analystin Kholood Khair erklärt im Interview, was für Sudans Frauen im Zuge der Revolution auf dem Spiel steht – und wie sie die politische Kultur verändern könnten

INTERVIEW: MICHAEL NUDING

zenith: Wäre Omar Al-Baschir immer noch an der Macht, wenn sich nicht so viele Frauen gegen ihn gewandt hätten?

Kholood Khair: Früher hielten sich Proteste im Sudan immer nur wenige Wochen, doch diesmal konnte die Bewegung über fünf Monate aufrechterhalten werden und nahm auch mit dem Sturz Baschirs kein Ende. Das gesamte Leben als Frau im Sudan besteht daraus, unfreiwillig Geduld zu üben. Und erst diese Geduld ermöglichte das Durchhaltevermögen der Protestbewegung. Außerdem waren es Frauen, die die Demonstranten mit Tee und Essen versorgten. So kreierte sie die Atmosphäre, in der lange Sit-ins und Proteste auch im Ramadan erst möglich wurden. Darüber hinaus nahmen Frauen ein viel größeres Risiko auf sich, wenn sie die Nächte auf öffentlichen Plätzen in

gemischter Gesellschaft verbrachten. Sie widersetzten sich den gesellschaftlichen Normen, wenn sie demonstrieren gingen. Dass sie es dennoch taten, gab der Bewegung große Glaubwürdigkeit es kann keine Gerechtigkeit geben, die Frauen ausschließt.

Bisher waren Demonstrationen im Sudan vor allem männlich. Wie kommt es, dass diesmal so viele Frauen protestierten und auch die Führung übernahmen?

Ironischerweise spielte dabei Baschirs neoliberales Projekt zur Privatisierung öffentlicher Dienste eine zentrale Rolle: Während des Ölbooms der 2000er entstanden viele private Schulen und Universitäten, was den Zugang zu Bildung enorm erleichterte.

Junge, gebildete Frauen konnten daher ebenbürtig neben den Männern demonstrieren. Zudem entstanden in den letzten 15 Jahren viele weiblich geführte Initiativen zur Verbesserung der Situation von Frauen. Diese NGOs leisteten wichtige Bildungsarbeit und erinnerten die Menschen daran, wie wichtig Geschlechtergerechtigkeit und Gleichstellung sind – was viele seit der Machtergreifung der Islamisten vergessen hatten. Außerdem begriffen viele Frauen, wie viel sie durch den Fall dieser Partei und ihres Systems zu gewinnen hatten. Frauen litten stärker unter dem Status quo als Männer.

Wie sah die Lage der Frauen im Sudan vor der Revolution aus?

Die politische Vorarbeit für die Unterdrückung der Frau wurde bereits vor Omar Al-Baschirs Regierungszeit gelegt: Bis in die 1970er Jahre war die sudanesisch Gesellschaft relativ liberal, zumindest in den Städten. Doch 1977 ging der damalige Präsident Dschaafar Numeiri einen Deal mit den Islamisten ein, der den politischen Islam ins Zentrum der Politik rückte und 1983 zu den »Scharia-Gesetzen« führte. 1989 kam dann Baschir, auch mit Hilfe der Islamisten, an die Macht und verabschiedete 1992 die »Gesetze zur Öffentlichen Ordnung« (GÖO). Sie ermöglichten die Kontrolle über das gesellschaftliche Leben und dienten dem Regime als rechtlicher Rahmen zur staatlichen Terrorisierung von Frauen.

Wie haben diese Gesetze das Leben von Frauen beeinflusst?

Die Verordnungen betrafen offiziell jeden, aber in der Praxis wurde zum Beispiel der Artikel zu »angemessener Bekleidung« in den GÖO vor allem gegen Frauen angewendet – ich kenne keinen Fall, in dem ein Mann deswegen belangt wurde. Die Formulierungen im Gesetz waren dabei so schwammig, dass die Behörden sie vollkommen willkürlich missbrauchen konnten und primär gegen Frauen, vor allem Aktivistinnen, einsetzten. Andere Regeln verboten Frauen, ohne die Zustimmung eines männlichen Vormunds zu reisen oder mit den eigenen Kindern ohne Einwilligung des Vaters das Land zu verlassen. Solche Gesetze führten dazu, dass Frauen zu Bürgerinnen zweiter Klasse wurden. Baschir nutzte islamische Prinzipien, um die Gesellschaft durch die Unterdrückung der Frau zu kontrollieren. Wie auch in vielen anderen Staaten der Region hängt die Ehre eines Mannes im Sudan oft direkt daran, wie mit ihm verwandte Frauen wahrgenommen werden.

Waren dabei alle Frauen gleichermaßen betroffen?

Diesen Gesetzen waren zwar alle Frauen akut ausgesetzt, doch Frau-Sein ist eine intersektionale Erfahrung, die sich mit anderen Identitätsaspekten wie Klasse oder Ethnie überschneidet. Besonders heftig traf es Frauen aus ethnischen Minderheiten, häufig aus Konfliktregionen – eben jene, die sowieso schon kaum gesellschaftlichen Schutz genossen.

»Viele Menschen in Konfliktregionen kennen die Macht des Staates nur in Form von Maschinengewehren«

Welche persönliche Erinnerung verbinden Sie mit der Revolution von 2018/2019?

Bis kurz nach Baschirs Sturz war ich in Khartoum. Meine Gefühle lassen sich kaum in Worte fassen. Ich war euphorisch, triumphierend und geschockt: Das war ein einmaliges Moment. Menschen aus allen gesellschaftlichen Schichten gingen auf die Straßen, um das Regime

zu stürzen – reiche Männer aus Zentralsudan Seit an Seit mit Heimatvertriebenen Frauen aus Darfur, alle skandierten die gleichen Slogans. 30 Jahre lang hatte das Regime jegliches Gefühl von Einheit oder Nationalbewusstsein systematisch demontiert, durch die Proteste fanden die Menschen ihre kollektive Identität wieder. Und als Baschir dann fiel, wurde alles möglich: Als sein Vize als Übergangspräsident ernannt wurde, jagten ihn die Menschen innerhalb von 24 Stunden aus dem Amt.

Es ist nicht die erste Revolution in der sudanesischen Geschichte. Was war diesmal anders?

Die Bewegungen von 1964 und 1985 entstanden an der Universität von Khartoum, während die Revolution von 2018/2019 von Schulkindern in Damazin, der Hauptstadt der konfliktreichen Region Blauer Nil, ausgingen und anschließend als Anhäufung kleiner, dezentraler Proteste wuchs. Diesmal kamen die unterschiedlichsten gesellschaftlichen Gruppen zusammen – eine Massenbewegung im ganzen Land, nicht nur Proteste in großen Städten.

2019 verabschiedete die Übergangsregierung einige Reformen. Hat die Revolution das Leben für Frauen tatsächlich verbessert?

Wie schon gesagt, Frau-Sein ist eine intersektionale Erfahrung. Die GÖO wurden im November 2019 abgeschafft, was Frauen scheinbar viele Freiheiten ermöglicht, zum Beispiel in der Wahl ihrer Kleidung – aber nur wenn sie aus einer Familie und Region kommen, in der sie tragen können, was sie wollen. Das Problem ist, dass die meisten Änderungen innerhalb des Rahmens der Scharia vorgenommen wurden. Solange die Scharia, zumindest in ihrer bisher praktizierten Form, weiter als Rückgrat der Gesetze fungiert, bleibt der Diskriminierung von Frauen Tür und Tor geöffnet. Und obwohl die Todesstrafe für Apostasie und Homosexualität abgeschafft wurde, wird beides immer noch kriminalisiert.



Kholood Khair ist Managing Partner bei Insight Strategy Partners (ISP), einem Think-and-do-Tank in Khartoum, und veröffentlicht als Kommentatorin des politischen Geschehens im Sudan unter anderem bei Al-Jazeera.

Im September unterzeichneten die Rebellengruppe »Sudanesisch Volksbefreiungsbewegung« (SPLM-Nord) und die Regierung eine Grundsatzvereinbarung, die eine Trennung von Religion und Staat verspricht.

Das hat riesige Symbolwirkung. Erstmals stehen die Regierung und die SPLM-Nord auf der gleichen Seite. Noch steht ein Plan zur Umsetzung dieses Prinzips aus. Aber sollte es Gesetzeskraft erlangen, könnte es den Grundstein für eine wirkliche Gleichheit von Frau und Mann bilden.

Wie groß ist der Reformeifer?

Der öffentliche Druck auf die Regierung ist nach wie vor hoch: Bei Demonstrationen im Juni 2020 forderten die Menschen schnellere Reformen, woraufhin die Regierung weitreichende Gesetze verabschiedete, die Folter, Genitalverstümmelung und öffentliche Auspeitschungen abschafften. Aber selbst wenn Reformen sofort im ganzen Land durchgesetzt würden: Es gibt keine Garantie, dass mehr Freiheiten zu mehr Gerechtigkeit führen. Viele weitere Missstände müssen angegangen werden, nicht zuletzt die Aufarbeitung des Massakers vom 3. Juni 2019.

Vertrauen Sie der Übergangsregierung, weitere notwendige Schritte einzuleiten?

Diese Übergangsregierung ist momentan unsere beste Chance, und was wir bisher von ihr gesehen haben, entspricht auch größtenteils den Forderungen der Revolution. Aber die Regierung sollte nicht nur dann reagieren, wenn die Menschen wieder protestieren. Sie muss beweisen, dass sie wirklich weiter den Weg des Wandels gehen will. Eine baldige Dekriminalisierung gleichgeschlechtlicher Beziehungen wäre beispielsweise ein klares Zeichen für echten Veränderungswillen. Ein weiterer wichtiger Faktor dabei ist die Reichweite staatlichen Einflusses. Viele Menschen in Konfliktregionen kennen die Macht des Staates nur in Form von Maschinengewehren. Der Wandel muss schon bald im ganzen Land spürbar werden, nur so wird ein Wandel für alle möglich.

Der Frauenanteil in der sudanesischen Politik ist nach wie vor gering. Werden Frauen jetzt wieder beiseitegeschoben, sobald politische Entscheidungen anstehen?

Ja. Als nach dem Sturz Baschirs die Verhandlungen starteten, wurde die Beteiligung der Frauen nicht mehr als notwendig erachtet. Auch innerhalb der revolutionären Kräfte finden sich patriarchale Tendenzen. Sudanesischer Politik ist außerdem stark militärisch geprägt,

»Als ich fragte, wo denn die weiblichen Mitglieder seien, sagten sie, dass sie zu Hause Eid Al-Adha vorbereiten müssten«

und das Militär ist eine inhärent männliche Institution. Wenn wir wirklich die Tendenz hin zur Militärherrschaft bekämpfen wollen, brauchen wir mehr Frauen in Machtpositionen. Schon während der Proteste waren es oft Frauen, die wussten, was sie wollen. Frauenrechtsgruppen gehören zu den wenigen Akteuren im Sudan, die gesellschaftlichen Konsens schaffen können, ohne sich dabei auf konfessionelle oder ideologische Identitäten zu konzentrieren. Mit ihren themenbezogenen Forderungen zeigen sie den Sudanesen eine neue Form der politischen Auseinandersetzung auf. Doch leider beobachten wir aktuell eine Rückkehr zu ideologischer, parteipolitischer und

männlicher Politik. Für mich ist das die größte Enttäuschung dieser Revolution. Einige Ministerinnen gehören der Regierung an, doch wir brauchen mehr als bloße Repräsentation in sonst unveränderten Strukturen.

Was müsste Ihrer Meinung nach getan werden?

Wir brauchen Frauenquoten. Aber wir sollten uns auch mit der Rolle der Bildung auseinandersetzen und uns mit den sozialen Geschlechterrollen beschäftigen, die wir jeden Tag reproduzieren. Dafür müssen wir die Gesetze anpassen, die politischen Strukturen reformieren und auch über unsere Sprache nachdenken. Männer

»Frauen kreierten die Atmosphäre, in der lange Sit-ins und Proteste auch im Ramadan erst möglich wurden«

»heiraten«, während Frauen »verheiratet werden«. Solche Kleinigkeiten sind alltägliche Erinnerungen an die weibliche Rolle in der Gesellschaft. Mir ist bewusst, wie riesig diese Herausforderung ist, aber momentan haben wir eine Chance, die wir nicht vergeuden dürfen. Zur Veranschaulichung: Kürzlich traf ich ein paar junge Männer aus den Widerstandskomitees. Diese Jungs sind der Motor des Wandels und setzen sich für völlige Gleichstellung ein. Als ich sie fragte, wo denn die weiblichen Mitglieder seien, sagten sie, dass sie zu Hause Eid Al-Adha vorbereiten müssten. Wie frustrierend das für diese Frauen sein muss, selbst in ihrem politischen Engagement ständig von gesellschaftlichen Normen beschränkt zu werden.

Glauben Sie, dass sich der Sudan auf einem guten Weg befindet?

Bisher verlief die sudanesischer Geschichte zyklisch: Seit der Unabhängigkeit 1956 wurden Phasen der Militärherrschaft stets von Revolutionen beendet, auf die einige Jahre des demokratischen Wandels folgten, bevor das Land wieder ans Militär fiel. Wenn es jetzt so weitergeht, kehrt bald die alte Parteipolitik zurück, die keine mehrheitsfähigen Ideen entwickeln kann, scheitert und dann wieder von der Armee abgelöst wird. Was diesmal anders ist und mir Hoffnung gibt, ist die Fokussierung auf Inhalte. Während die Menschen früher stets mit der Absetzung des Diktators zufrieden waren, nehmen sich die Demonstranten diesmal selbst des Übergangs an und pochen auf ihre Forderungen. Die in der Zivilgesellschaft aktiven Widerstandskomitees haben verstanden, dass die Revolution weitergeht, solange noch Teile des alten Regimes an der Macht sind – besonders Frauen wissen, wie viel sie gewinnen, wenn die Militärherrschaft endgültig vorbei ist.

TUNESIEN ZEHN JAHRE NACH DER REVOLUTION

AGENDA 2021

Sie haben die Revolution als Teenager erlebt. Jetzt wollen diese jungen Tunesier ihr Land mitgestalten. Ihre Blicke auf damals und heute



2011

Hend Mgaïeth, 27 Jahre alt, arbeitet als Projektkoordinatorin im Büro des tunesischen Ministerpräsidenten Elyes Fakhfakh in Tunis.

»2011, das waren nicht einfach Demonstrationen mit Slogans wie Arbeit, Freiheit, Würde. Das war eine Revolution, die international viel Bewunderung hervorgerufen hat und viele Bürger der Nachbarstaaten motiviert hat, ihre Regierungen infrage zu stellen – der Arabische Frühling wurde zu einer regionalen Widerstandsbewegung und brach mit den alten Regimes«

Heute

»Zehn Jahre sind nichts in der Geschichte eines Landes. Und mit dem Blick auf Libyen und Ägypten wird umso deutlicher, dass wir bei uns die großen Reformen in Gang bringen müssen – für einen erfolgreichen politischen Übergang und um endlich die Vision von sozialer Gerechtigkeit zu erreichen«

Mahdi Elleuch, 29 Jahre alt, arbeitet als Jurist für die NGO Legal Agenda in Tunis, die die Arbeit des Parlaments und der Regierung kritisch überprüft.

2011

»Für mich war die Revolution nicht nur die Befreiung eines Volkes, sondern kam auch der Befreiung des Individuums gleich, das den Sinn des Lebens wiedergefunden hat«

Heute

»Die Revolution eröffnete ein riesiges Feld der Möglichkeiten – das kann zu Verbesserung führen, aber auch zu Verschlechterung. Da wir nun endlich unser Schicksal in den eigenen Händen halten – dank der teuer erkauften Freiheiten –, dürfen wir nicht nachlassen, uns für Freiheit, Gleichheit und Demokratie in Tunesien einzusetzen«



Mustapha Kammoun, 24 Jahre alt, arbeitet als IT-Fachmann in Kairouan.

2011

»Als die Revolution ausbrach, war ich gerade 15. Dieser Moment, als die Angstkultur der Diktatur in sich zusammenfiel und sich die Macht des Staates als Illusion entpuppte, gehört zu den größten kollektiven Errungenschaften der Geschichte Tunesiens. Ich bin unendlich dankbar, dass ich die erste Brise der Freiheit an diesem 14. Januar 2011 schnuppern durfte«

Heute

»Auch heute, zehn Jahre später, bin ich überzeugt, dass die Sehnsucht nach Freiheit ein menschliches Grundbedürfnis ist. Dennoch folgte auf viele Demonstrationen die Enttäuschung, als die autoritären Regime zur Konterrevolution ansetzten und Volksaufstände im Tumult versanken«



Essay

Zähne zeigen, Europa

Arabische Despoten lachen über die EU. Wir sind es den Reformern schuldig, dass auf Worte auch Taten folgen

EIN KOMMENTAR VON ASIEM EL DIFRAOUI

Algier 1988: Gemeinsam mit einem jungen Journalistenkollegen bin ich auf dem Rückweg vom Fußballstadion. In Kürze sollen die ersten freien Parlamentswahlen des Landes stattfinden. »Wir haben die Wahl zwischen Pest und Cholera«, kommentiert mein Begleiter. Mit den Krankheiten meint er – in beliebiger Zuordnung – die oppositionellen Islamisten und die mit dem Militär regierende nationalistische Einheitspartei FLN. Die demokratischen und säkularen Parteien in der Mitte seien desorganisiert und hätten bereits im ersten Wahlgang keine wirkliche Chance. Wir waren gerade von der Wahlkampfveranstaltung einer islamistischen Partei zurückgekehrt, die den Muslimbrüdern nahestand – Zehntausende hatten sich in dem Stadion versammelt. Sie wollten die Wahlen nutzen, um an die Macht zu kommen. Demokratie verurteilten sie jedoch – auf Pamphleten stand, sie sei das »Gift der Orientalisten«. Der Wahl war eine Protestwelle der verzweifelten Jugend vorausgegangen, die staatliche Einrichtungen sowie Polizeiwachen zerstört und in Brand gesetzt hatte. Die Gründe: Arbeitslosigkeit, Mangel an Wohnraum, Perspektivlosigkeit, Korruption. Die seit der Unabhängigkeit regierende FLN und die Militärs bekamen die Revolte nicht unter Kontrolle. Sie mussten Zugeständnisse machen: Daher die Wahlen und dieser kurze Moment der Meinungsfreiheit, in dem mein Kollege schreiben und kritisieren konnte, wen er wollte. Mit seiner Einschätzung der Lage hatte er jedoch unrecht – es kam schlimmer: Pest und Cholera fielen zusammen.

Als sich am Wahlabend ein haushoher Sieg der Islamisten abzeichnete, setzten die Militärs den Wahlprozess aus. Sie übernahmen mit Strohmännern die Macht, die Wahlergeb-

nisse wurden nie bekannt gegeben. Es folgte eine Gewaltspirale, die in einem Bürgerkrieg kulminierte. Extremistische Islamisten ermordeten alle, die sie als Feinde betrachteten – Militärs und Polizisten, aber auch Vertreter der demokratischen Mitte: Uniprofessoren, Künstler und Journalisten. Die Militärs ihrerseits antworteten mit schonungsloser Repression. Geschichte wiederholt sich nicht, kann aber eine Mahnung sein. Damals forderten die jungen Algerier bereits, was ab 2010 unter dem Slogan »Brot, Freiheit und Gerechtigkeit« und dem Ruf nach Würde in vielen arabischen Ländern wiederholte. Dabei fallen mindestens drei Parallelen auf, die uns nachdenklich stimmen sollten.

Erstens, in den meisten Ländern gelang den regierenden Eliten und Herrscherhäusern der Machterhalt. So etwa in Marokko, Ägypten, Jordanien, dem Libanon, Syrien, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Bahrain, Oman, Saudi-Arabien – ohne wirkliche Reformen und viel zu oft ohne Rücksicht auf Menschenleben. Die Despoten Ägyptens, Bahains und vor allem Syriens scheuten nicht vor der »algerischen Lösung« zurück: massive Repression und Bürgerkrieg. Das Schreckgespenst des extremistischen Islamismus kam ihnen mehr als entgegen, wie damals in Algerien. In den Bürgerkriegen in Libyen und im Jemen bekämpfen sich vor allem bestehende Eliten gegenseitig. Im Sudan, wo der Arabische Frühling erst 2019 wirklich begann, ist ungewiss, ob die in der Übergangsregierung vertretenen Militärs tatsächlich eine Demokratisierung zulassen.

Im Irak brachen 2019 ebenfalls Massenproteste einer Jugend aus, die genug hatte von der Vetternwirtschaft der Politiker, die das Land seit Saddam Husseins Sturz 2003 kontrollierten. Aber gegen die Macht der Milizen kamen

sie nicht an. Auch die libanesische Volksbewegung, die sich 2019 und 2020 formierte, fand bisher kein Mittel gegen die alten Kriegsherren, die das Land gemäß ihrer Konfessionen unter sich aufgeteilt haben. Nur beim Hoffnungsträger Tunesien, auf den ich noch zurückkommen werde, teilen sich alte und neue Eliten die Macht.

Die zweite Parallele zu Algerien: Kein Staat unternahm wirklich etwas – außer zumeist kosmetischen Reformen –, um die legitimen Forderungen der Jugend nach mehr Mitbestimmung und sozialer Gerechtigkeit zu erfüllen. Vor allem wirtschaftlich geht es der vor zehn Jahren so hoffnungsvollen Jugend der arabischen Welt nicht besser. Von den unter 30-Jährigen, die fast zwei Drittel der Menschen in der Region ausmachen, hat jeder dritte keinen Job – fast doppelt so viele wie im Weltdurchschnitt. Frauen trifft es besonders hart: Die Hälfte von ihnen ist arbeitslos. Die dritte Parallele lässt sich zur Haltung Europas ziehen. Die EU hat trotz wachsendem amerikanischen Desinteresse an der Region Reformbewegungen nie wirklich dauerhaft unterstützt.

Muammar Al-Gaddafi wurde 2011 federführend von den Franzosen weggebombt, Libyen danach jedoch dem Chaos überlassen. Die Europäer machten verbal Front gegen Assad, aber selbst, als das syrische Regime wiederholt Giftgas einsetzte, unternahmen sie trotz vorheriger Bekundungen nichts. Lediglich als der aus Damaskus zunächst geförderte Dschihadismus Europa ernsthaft bedrohte, wurde militärisch eingegriffen – aber nicht zugunsten der Demokratie. 500.000 Menschen starben im Krieg, und wir schauen zu.

In Ägypten wurde die Demokratiebewegung zwar mit Worten und Workshops unterstützt. Dennoch ist Diktator Abdel-Fattah Al-Sisi in Deutschland salonfähig, während Zehntausende politische Häftlinge – Islamisten ebenso wie säkulare Oppositionelle – in seinen Kerkern schmachten. Deutschland macht zudem weiterhin gute Geschäfte mit dem Königreich Saudi-Arabien, dessen Kronprinz meinen Bekannten Jamal Khashoggi umbringen ließ und schlimmer noch, einen Krieg im Jemen führt, in dem Zehntausende unschuldige Zivilisten sterben.

Ja, unsere zivilgesellschaftlichen Soft-Power-Instrumente, vom Goethe-Institut bis zu den parteinahen Stiftungen, versuchen progressive Aktivisten zu stützen. Tagungen über Rechtsstaatlichkeit, Partizipation und Emanzipation helfen, können aber harte Politik nicht ersetzen. Eine wirkliche gemeinsame europäische Außenpolitik ist notwendig, die alles, was wir an sinnvoller Entwicklungshilfe leisten, koordiniert und echte Fortschritte in Sachen Mitbestimmung und sozialer Gerechtigkeit fordert. Hard Power beinhaltet auch – so widerstrebend ich dies auch schreibe – militärische Macht, eine europäische Armee, die jenseits unserer Grenzen intervenieren kann – vor allem auch humanitär. Frankreichs Präsident Emmanuel Macron brachte diese Forderung immer wieder vor – es ist Zeit, dass Deutschland sich dem anschließt. Nur weil Europa bisher ein zahnloser Tiger ist, konnte Putin in Syrien Baschar Al-Assad zu Siegen verhelfen, konnten die Türkei und Ägypten den libyschen Bürgerkrieg weiter anheizen. Wir dürfen Diktaturen und ihren zumeist diktatorischen Unterstützern keinesfalls das Feld überlassen. Schon aus ei-

genem Interesse – unsere Untätigkeit hat Bürgerkriege wie in Syrien erst möglich gemacht, mit ihnen einher gehen die Vertreibung von Millionen Menschen, von denen Hunderttausende nach Europa flüchten, sowie dschihadistischer Terror, der uns heimsucht.

Selbst in Tunesien, dem Staat, in dem es am meisten Grund zur Hoffnung gibt, sind die Ursachen der Revolte nicht beseitigt. Es wird frei gewählt, geredet und geschrieben – die soziale Misere der Jugend hat sich jedoch nicht verbessert. Mehr als ein Drittel ist arbeitslos. Hier muss europäische Hilfe weiter fließen und gut gesteuert werden. Erst dann kann das Land zum Leuchtturm für eine andere arabische Welt werden.

GESCHICHTE WIEDERHOLT SICH NICHT –
KANN ABER EINE MAHNUNG SEIN

2019, knapp 30 Jahre nach der Revolte der Jugend in Algerien, erhebt sich die algerische Jugend erneut. Dem Hirak, auf Deutsch »Bewegung«, gelang es, durch friedliche Proteste, den seit zwanzig Jahren regierenden Marionettenpräsidenten Abdulaziz Bouteflika zum Rücktritt zu zwingen, beziehungsweise die wirklichen Machthaber – die Militärs – zu überzeugen, ihn fallen zu lassen. Die Covid-19-Pandemie setzte dem Protest Grenzen, aber er geht weiter. Die Algerier wollen weitere Reformen und mehr Freiheit. Doch die Regierung nutzte die Krise, um Oppositionelle zu verhaften.

Die algerische Bewegung macht deutlich: Der Wille der Menschen nach mehr Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und sozialer Gerechtigkeit lässt sich auch durch jahrzehntelange blutige Unterdrückung nicht zerstören. Auch inmitten von »Pest und Cholera« – und nun noch Corona – besteht noch Hoffnung auf Heilung.

Die Aktivisten der arabischen Welt haben einen langen Atem. Den brauchen wir ebenfalls, wenn wir sie unterstützen – ansonsten wird unsere südliche Nachbarschaft zur Zeitbombe. Was, wenn sie nicht mehr demonstrieren? Was, wenn sich die fast hundert Millionen Ägypter aus schierer Hoffnungslosigkeit erneut gegen einen Diktator erheben, das Land im bewaffneten Konflikt versinkt und wir nichts unternommen haben? Können wir uns dann wieder freisprechen und behaupten, Flüchtlingsströme und Tote seien nicht unser Mitverschulden?

Asiem El Difraoui ist Politikwissenschaftler und Dschihadismus-Forscher. Als Mitgründer der Candid Foundation ist er seit 2015 einer der Herausgeber von zenith.



IMPRESSUM



Herausgegeben von der
CANDID Foundation gGmbH
Chausseestraße 11, 10115 Berlin
www.candid-foundation.org
berlin@candid-foundation.org

in Zusammenarbeit mit der
Friedrich-Ebert-Stiftung
Hiroshimastr. 28, 10785 Berlin
www.fes.de

Redaktionsbeirat: Moritz Behrendt, Dr. Asiem El Difraoui, Christian Meier, Marcel Mettelsiefen, Dr. Walter Posch, Inna Rudolf, Jörg Schäffer, Sara Winter Sayilir
Chefredaktion: Robert Chatterjee, Daniel Gerlach (V.i.S.d.P.),
Leitender Redakteur: Florian Guckelsberger
Chef vom Dienst: Moritz Behrendt und Michael Nuding
Redaktion: Manuel Gath und Dr. Jannis Julien Grimm (FES), Anika Scharnagl, Leo Wigger
Art Director: Tamim Sibai
Illustration: Aya Tarek
Autorinnen und Autoren: Hichem Abdessamad, Sam Alrefaie, Ahmed Asery, Ramy Al-Asheq, Lina Attalah, Hannah El-Hitami, Mizar Kemal, Amirah Al-Haddad, Lyas Hallas, Ibrahim Hamidi, Ruba Ali Al-Hassani, Magdolin Harmina, Mirco Keilberth, Henrik Meyer, Yasmin Schneider Saaid, Thore Schröder, Ahmad Shehata, Riem Spielhaus, Hédi Yahmed
Fotografen: Alessio Mamo, Philipp Spalek
Korrektur: Heike Barnitzke
Dankeschön: Calum Humphreys, Bahjat Shams
Copyright: CANDID Foundation gGmbH 2020.
Zitate nur mit Quellenangabe. Nachdruck nur mit Genehmigung. Namentlich gezeichnete Artikel geben die Meinung der Autoren wieder, nicht die der zenith-Redaktion, der Candid Foundation oder der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Gegründet 1999. ISSN 1439 9660

Dieses Dossier wurde gefördert durch



JETZT ZENITH ABONNIEREN!

Die zenith-Clubmitgliedschaft ist unsere Antwort auf die vielseitigen Bedürfnisse und Lesegewohnheiten unseres Publikums. Sie bündelt alle Leistungen und Inhalte der Printausgaben, der Onlineseiten, sowie der zenith-App und informiert Sie online und offline über die Welt von Nordafrika bis Zentralasien.

Abonnenten erhalten:

- ✓ Die Printausgaben von zenith sowie Publikationen von Partnerorganisationen
- ✓ Zugang zu allen Digital- und Printinhalten über die zenith-App
- ✓ Zugang zum Online-Archiv von zenith
- ✓ Freischaltung aller kostenpflichtigen Artikel und Reportagen
- ✓ Exklusive Einladungen zu zenith-Events
- ✓ Rabatte auf zenith-Leserreisen, Einzelhefte und andere Produkte
- ✓ Mit der Clubmitgliedschaft fördern Sie auch die Projekte und Ziele der gemeinnützigen Candid Foundation.

Abonnieren Sie noch heute unter shop.zenith.me



FÜR NUR
6,58 €
PRO MONAT
(79 € im Jahr)
Ermäßigter Preis: 49 €

ATLAS DES ARABISCHEN FRÜHLINGS

Bald auch
auf Arabisch



Fast zehn Jahre nach Beginn der Proteste und Umstürze in vielen arabischen Ländern ist es an der Zeit, eine Bilanz zu ziehen: Was ist in den Jahren des Arabischen Frühlings passiert, wie sieht es in Nordafrika und in Nahost in der Folge aus?

In Kooperation mit der Bundeszentrale für politische Bildung präsentieren wir die Videodokumentation

»Atlas des Arabischen Frühlings« – in zehn Episoden begibt sich Moderator Younes Al-Amayra, Mitglied des Satire-Kollektivs Die Datteltäter, auf Spurensuche. Wir nehmen die Umbrüche in Tunesien, Libyen, Syrien, Ägypten und ihren Nachbarländern unter die Lupe, sprechen mit Expertinnen und Experten sowie Aktuerinnen und Akteuren, um die Entwicklungen in der Region besser zu verstehen.

Dabei beschäftigt sich die Dokumentation auch mit den überregionalen Folgen – von Demokratisierung und Machtwechsel über Bürgerkriege bis hin zu Fluchtbewegungen. Die Veränderungen, die mit dem Arabischen Frühling ihren Anfang nahmen, haben tiefe Spuren hinterlassen. So werden nicht nur historische Umbrüche erfahrbar, so wird auch deutlich, wie stark Europa mit der arabischen Welt in Verbindung steht.

Alle Videos gibt es hier: www.zenith.me/adaf